

P R O T O K O L L

über die 19. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 28. Oktober 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Karl Holub
Ing. Othmar Schloßgangl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler
Hermann Bachner
Felicitas Bauer
Josef Brandstötter
Ulrike Fuchs
Günter Fürweger
Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Brigitte Lohnecker

Friederike Mach

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Dr. Tilman Schwager

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Marco Vanek

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder

Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Ha-194/93	Haus "Oberösterreich" SOS Kinderdorf Südafrika; ao. Subvention.
Ha-176/93	Kindergruppe Steyr; Subvention 1993.
Bau3-2296/92	Errichtung einer Verbindungsstraße zwischen der Resthofstraße und der Ennser Straße; zusätzlicher Grunderwerb.
ÖAG-2251/77	Zahlung einer weiteren Kaufpreisrate an Fr. Maria Brunmayr.
Fin-5/93	Oö. Tierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Subvention.
F-395/73	"Essen auf Rädern"; Instandhaltung der Fahrzeuge.
Bau3-236/93	Haltebuchten Wolfenstraße (Dachsbergsiedlung). Vergabe der Arbeiten.
FW-16/93	Grundüberholung und Überprüfung sowie div. Ersatzteile für Druckminderer der Freiw. Feuerwehr Steyr.
FW-17/93	Hydrantenaufstellung auf den Krenn-Gründen, Gußwerkstr. und Bahndammstraße.
FW-19/93	Umbau des Alarmrechners in der Feuerwehr-Dienststelle.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Schu-103/93 Vergabe des Auftrages über die Entwicklung von Studiengängen der FHS OÖ. am Standort Steyr an das Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT Steyr GmbH.
- 2) GHJ1-100/93 Anschaffung eines Großkopiergerätes für die zentrale Kopierstelle; Ersatzbeschaffung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH
SABLIK:

- 3) Bau6-5062/92 Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr; Detailprojekt; Zusatzauftrag.
- 4) ÖAG-4766/88 Müllabfuhr Deponiegasnutzung durch den RHV Steyr u. Umgebung; Abschluß eines Liefervertrages.
- 5) UMW-13/93 Umweltbericht 1992.
- 6) Ha-2388/76 Landesdarlehen an den RHV Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 01, 02 und 03; Änderung der Rückzahlungsbedingungen.
- 7) Fin-17/93 RHV Steyr u. Umgebung; Rechnungsabschluß '92; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.
LEOPOLD PFEIL:

- 8) K-6038/90 Weihnachtsausstellung 1993; Festsetzung der Eintrittspreise.

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHREN-
HUBER:

- 9) Ha-2517/91 Verein "Frauen für Frauen"; Adaptierungsarbeiten im Frauenhaus Steyr; Übernahme der Mehrkosten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 10) ÖAG-151/93
Stadtwerke
Neuverlegung von Erdgasaufschließungsleitungen
im Bereich Wolfenstraße - Steyregger Straße; Ver-
gabe der Leistungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 11) Fin-20/93
Aufstellung eines Krippenbaumes; Subvention an
den Tourismusverband.
- 12) K-1/93
K-3300/89
Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1993;
A) "Innere Stadt" und "Ennsdorf" -
B) "Steyrdorf" und "Wehrgrabengebiet".
- 13) K-1/93
K-4339/91
Fa. Doleschal - Restaurierung und Neugestaltung
des Betriebsobjektes Steyr, Schaftgasse 2.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

- 14) Bau3-501/93
Straßenbau Wehrgraben; Vorplatzgestaltung In-
selbrücke; Firmenvergabe.
- 15) Bau4-122/93
Sanierung und Verlängerung der Kruglbrücke.
- 16) Bau6-6275/89
Kanalisation Steinwändweg; Belagsarbeiten -
Feinasphalt; Kreditübertragung.
- 17) Bau6-497/93
Kanalverbesserungen im Stadtgebiet; Kreditüber-
tragung.
- 18) Ges-35/93
Platzbenennung nach Prof. Jörg Reitter.
- 19) Ges-15/93
Straßenbenennung "Marlen Haushofer".

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- 20) ÖAG-7903/90
Kaufverträge Knogler-Gründe; Zahlung der Wert-
sicherung für die Kaufpreisraten 1993.
- 21) GHJ2-1585/77
GHJ2-83/83
Dauerparkmöglichkeit in gebührenpflichtigen Kurz-
parkzonen für Gewerbetreibende u. dgl.; Erweite-
rung der Tarifordnung betreffend die Festsetzung
d. Entgelte für eine über den Gemeingebrauch hin-
ausgehende Benützung des öffentlichen Gutes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

22) Präs-563/93

Festsetzung der Reisezulagen für Dienstverrichtungen im Ausland.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich - auch die Vertreter der Medien. Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau Gemeinderätin Anna Jeloucan und Herr Gemeinderat Richard Gollatsch gemeldet. Beide nehmen diese Funktion an. Entschuldigt haben sich folgende Kolleginnen und Kollegen: GR Gerhard Bremm, GR Johann Glanzer, GR Engelbert Huber, GR Josef Mayr, GR DI Frank Mundorff, GR Hans Payrleithner, GR Mag. Harald Philipps und GR Ing. Dietmar Spanring.

Meine Damen und Herren, mit Schreiben vom 11. Oktober 1993 teilte Hr. GR Gottfried Hofstetter mit, daß er mit sofortiger Wirkung auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichte. Herr GR Gottfried Hofstetter wurde am 7. Nov. 1991 zum GR der Stadt Steyr angelobt. Er war damit fast 2 Jahre Mitglied des GR der Stadt Steyr und im Finanz- und Rechtsausschuß, Wohnungsausschuß, Verkehrsausschuß und im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen tätig. Ich möchte mich bei Hr. GR Gottfried Hofstetter für sein Engagement bedanken - bes. in Richtung Steyrdorf - und ihm bei passender Gelegenheit zur

Erinnerung an sein Wirken ein Geschenk übermitteln.

Aufgrund der ebenfalls mit 11. Oktober 1993 eingelangten Verzichtserklärung von Hr. StR Karl Holub war zur heutigen Sitzung Frau Brigitte Lohnecker zur Angelobung als neues Mitglied des GR der Stadt Steyr einzuberufen. Zur Angelobung ersuche ich Sie, sehr geehrte Frau Lohnecker, sich von Ihrem Platz zu erheben und das Gelöbnis mit den Worten "ich gelobe" abzulegen.

Die Gelöbnisformel lautet wie folgt:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke Ihnen, und wir begrüßen Sie sehr herzlich!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zur "BEHANDLUNG ALLFÄLLIGER ANFRAGEN" darf ich Ihnen folgendes mitteilen. Mit Schreiben vom 13. 10. 1993 hat Frau Gemeinderätin Ulrike Fuchs eine Anfrage an mich gerichtet. Obwohl sie anführte, daß sie diese Anfrage außerhalb des § 10 unserer Geschäftsordnung stellt, erlaube ich mir, diese hier im Gemeinderat zu behandeln, damit nichts im Raum stehen bleibt und irgendwelchen Legendenbildungen entgegen gewirkt wird. Sie lautet:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Darf ich Sie in Ihrer Eigenschaft als Sportreferent unserer Stadt bitten, mir über folgende Frage Auskunft zu erteilen:

Über die Vergabe des Rennbahnsportplatzes herrscht Unklarheit. Damit ich richtige Auskünfte, z. B. bei meiner Mitwirkung im neu gegründeten Vorwärts-Jugendausschuß abgeben kann, ersuche ich Sie, mich über die Modalitäten der Vergabe dieses der Stadt gehörenden Sportzentrums und über anfallende Kosten (Miete) zu unterrichten.

So wurde mir mitgeteilt, daß z. B. der dort befindliche Fußballplatz (Nebenplatz) so gut wie kostenlos dem unterklassigen Fußballverein ATSV Steyr zur Verfügung stehen sollte.

Ich glaube, es ist auch in Ihrem Sinne, wenn ich in diesem Zusammenhang zweifellos vor-

handene Ungereimtheiten richtigstellen kann.

Mein Bemühen gilt, die Fußball-Nachwuchsförderung zu forcieren, Schüler und Jugendliche von Discos und dergleichen fernzuhalten und einer vernünftigen Freizeitbeschäftigung zuzuführen. Im neu gegründeten Vorwärts-Jugendausschuß lernte ich viele Idealisten kennen. Eltern, die auf Eigenkosten bereits jahrelang ihre Kinder mit Sportutensilien ausrüsten, zu Auswärtsspielen fahren und dergleichen

Ich brauche Ihnen gegenüber nicht gesondert betonen, daß der Name "Vorwärts" ein guter Werbeträger für die Stadt ist. Dennoch bin ich besorgt darüber, daß für die Vorwärts-Jugend- und Schülermannschaften (U8, U10, U12, U14, U16 und U20) der Vereinsetat nicht ausreicht, um notwendigste Ausrüstungen für die ca. 120 fußballbegeisterten Jugendlichen und Schüler bereitzustellen.

Daher kam es auch zu dieser Ausschußgründung und zu einer angestrebten Eigendynamik - auch in finanzieller Hinsicht, da der Stammverein (wie bereits vorhin betont) ohnehin fast restlos mit der Aufgabe konfrontiert ist, den Profibetrieb einigermaßen aufrecht zu halten. Ein Novum ist es, daß der stärkste Fußballklub nicht einmal über einen eigenen Trainingsplatz verfügt und mit anderen Vereinen und Schulen kurzfristig anhaltende Abmachungen, die

viel Geld kosten, treffen muß, um den derzeit vorhandenen sechs Schüler/Jugendmannschaften Trainingsmöglichkeiten zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang treten drei Fragen auf:

Wäre es möglich, dem neu gegründeten Vorwärts-Jugendausschuß eine finanzielle Starthilfe zu gewähren? Und ist es möglich, daß die Stadtgemeinde, die auch auf die Jugend hinsichtlich vernünftiger Freizeitbeschäftigungen "setzen" soll, ein Trainingszentrum für die Jugend kostengünstig errichten könnte - oder wäre es möglich, nicht nur Schulen und dem ATSV, sondern auch wenigstens einer der sechs Vorwärts-Nachwuchsmannschaften den Trainingsplatz (nicht Kunstrasenplatz) des Rennbahn-Sportzentrums gegen geringen Ersatz von Kosten zur Verfügung zu stellen?

Die Stadtgemeinde verfügt über viele ungenützte Areale (z. B. Ankauf von Grundstücken beim Stadtgutteich), wo man die Überlegung treffen könnte, ein Trainingszentrum zu errichten.

Vielleicht könnten Sie diese Idee verfolgen und demnächst im gemeinderätlichen Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten entwerfen. Es muß sich um keine kostenaufwendige Baulichkeit handeln (z. B. zwei anein-

dergereichte Fußballplätze und einfache Umkleidekabinen). Bei einer Verwirklichung einer derartigen Absicht hätten Sie in mir (und auch bei Kollegen) eine Befürworterin.

Darf ich Sie bitten, mir auf diese Fragen eine Antwort zu erteilen."

Frau Kollegin, zu den einzelnen Punkten dieser Anfrage kann ich folgendes mitteilen:

Zunächst ein wenig Geschichte; mit dieser muß man sich nämlich beschäftigen, wenn man über Sportplätze in Steyr spricht! Dem ATSV Steyr gehörte vor 1934 der jetzige Sportplatz des SK Vorwärts Steyr und nach dem Krieg der Sportplatz des Allg. Turnvereines (jetzt verbaut). (Das wissen viele nicht, aber der Name Vorwärts rührt aus dieser Zeit. Der ATSV Vorwärts Steyr ist jetzt mit seinem Sitz in Münichholz.) Diese Sportplätze wurden nach 1934 dem SK Vorwärts und in den 50er Jahren dem Allg. Turnverein gegeben. Also auf dem Platz, wo wir jetzt diese Siedlung errichtet haben - das sind diese ursprüngl. Sportplätze gewesen.

Im Jahr 1964 wurde unter Bürgermeister Fellingner als Wiedergutmachungs-Ansprüche gegenüber dem ATSV Steyr eine vorläufige Regelung der Besitz- und Benützungsverhältnisse des Sportplatzes Rennbahn erstellt. Die haben nämlich bis zu diesem Zeitpunkt ihren Platz nicht zurückbekommen! Darin wurde

die kostenlose Benutzung der Anlage durch den ATSV Steyr bzw. den ASKÖ Steyr geregelt.

Unter Bürgermeister Schwarz wurde am 14. 11. 1988 - nachdem dieser Platz unter dem Aspekt Bezirkssportanlage ausgebaut wurde, und hier auch Mittel des Landes hineingeflossen sind - für die Sportanlage Rennbahn eine neue Vereinbarung mit dem ATSV Steyr bzw. ASKÖ Steyr abgeschlossen, mit der die seit dem Jahre 1945 bestehenden Wiedergutmachungs-Ansprüche erloschen sind.

In dieser Vereinbarung ist festgeschrieben, daß die Sportanlagen den Sektionen des ATSV Steyr nach Maßgabe freier Zeiten über Anmeldung im Referat für Schule und Sport zur kostenlosen Benützung überlassen werden.

Zu den Idealisten, wie die Eltern im neu gegründeten Vorwärts-Jugendausschuß, die auf Eigenkosten bereits jahrelang ihre Kinder mit Sportutensilien ausstatten, zu Auswärtsspielen fahren u. dgl., muß ich bemerken, daß es diese sehr wohl auch in jedem anderen Fußballverein gibt. Wir haben ja 5 Fußballvereine in unserer Stadt, die auch Jugendarbeit betreiben!

Sehr wohl ist nicht unbekannt geblieben - manchmal auch schon in dieser Runde diskutiert -, daß der SK Vorwärts Steyr ein guter Werbeträger für die Stadt ist. Es muß aber eindeutig

festgehalten werden, daß auch die anderen Steyrer Fußballvereine in diesem Sportbereich tätig sind und Jugend- u. Schülerarbeit betreiben. Auch diese Vereine erhalten für die spezielle Tätigkeit keine separaten Subventionen. Die Subventionen gehen nämlich an den Hauptverein! Das wird auch in Zukunft, glaube ich, nicht anders möglich sein.

Daher sehe ich auch keine Möglichkeit, hier eine zusätzliche Förderung oder eine Starthilfe zu gewähren.

Daß der SK Vorwärts über keinen eigenen Trainingsplatz verfügt, ist bekannt. Wir haben das zwar schon einmal gehabt, aber der Verein hat im eigenen Bereich entschieden, daß der Platz neben dem Fußballfeld, der ursprüngl. einmal als Trainingsplatz bestanden hat, anders gewidmet wird. Es ist auch so, daß hier nicht nur kurzfristig, wie im Schreiben ausgeführt, Schulsportplätze überlassen werden. Sondern es ist festgelegt, daß sowohl im Schulsportzentrum Tabor als auch auf der Ennsleite kostenlos trainiert werden kann. Es sind keine Abmachungen des Vereines mit den Schulen erforderlich!

Die Anmietung der 3 Plätze in Gleink, bei der Union und der Caritas geht über den SK Vorwärts. Gerade bei den beiden Plätzen der Caritas hat aber die Stadt nicht unwesentliche Zuschüsse für die Errichtung von

Trainingsplatz-Beleuchtungen etc. gewährt, die auch hier in der Gemeinde damals beschlossen wurden. Darüber hinaus werden auch alle 3 angeführten Sportplätze im Rahmen der Sportplatzsanierungs- und Sportplatzinstandhaltungs-Vereinbarung durch die Stadtgärtnerei betreut.

Zur Errichtung eines Trainingszentrums für die Jugend und zur Anregung, diese Idee im gemeinderätlichen Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten zu entwerfen, darf ich festhalten, daß wir das gerne tun können. Ich stelle nur fest, daß die Errichtung eines Platzes rd. 1,5 Mill. S ohne Baulichkeiten erfordert. Wie vorgeschlagen, zwei Fußballplätze aneinanderzureihen und einfache Umkleidekabinen zu errichten, würde (ohne Grundkosten natürlich) einen Aufwand von 6 bis 7 Mill. S erfordern. Damit soll auch noch festgehalten werden, daß seitens der Stadt nur Vereinsprojekte gefördert werden können, weil die Vereine Subventionen von Land und Dachverband erhalten. Die Errichtung eines derartigen Projektes durch die Stadt alleine erscheint meiner Meinung nach nicht möglich - jedenfalls nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt!

Zum Wunsch, daß nicht nur Schulen und der ATSV Steyr, sondern auch wenigstens eine der 6 Vorwärts-Nachwuchsmannschaften das Rasenspielfeld - im Schreiben als Trainingsplatz

bezeichnet - der Sportanlage Rennbahn gegen geringen Ersatz zur Verfügung gestellt werden soll, kann ich nur mitteilen, daß das Hauptspielfeld bisher keinem Verein für Trainingszwecke überlassen wurde. Hauptnutzer ist der Leichtathletik-Club Amateure. Dieser würde sich schön bedanken, wenn wir das dem Fußball zur Verfügung stellen würden. Wir betrachten diesen Rasenplatz als eine Gelegenheit, die wir ausschöpfen, wenn wirklich etwas passiert - wenn irgendein Steyrer Verein auf seinem Platz Ausbesserungsarbeiten durchführen muß oder wenn wir aus unvorhergesehenen Gründen ein Spiel durchführen müssen. Das ist in Ausnahmefällen durch die Vorwärts geschehen. Einmal hat ein Sportfest stattgefunden, aber es ist nicht vorgesehen, dort Trainings- oder Meisterschaftsspiele durchzuführen, weil wir meinen, daß eine Anlage in der Stadt doch überwiegend dem Schulsport und natürl. auch der Leichtathletik vorbehalten werden soll.

Das möchte ich in diesem Zusammenhang mitgeteilt haben.

Nun zum dritten Punkt "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS". Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage kann ich sagen, daß die Rezession in der deutschen und europ. Fahrzeugindustrie die Lage der von ihr abhängigen Industrieunternehmen in der Region Steyr in

einer bes. Weise negativ beeinflusst. Der Rückgang der Nachfrage, der Preisdruck und verstärktes Konkurrenzdenken etc. bringen leider neuerliche Kündigungswellen mit sich, die uns natürl. bei unserer Arbeitslosen-Situation - welche ohnehin schon im neg. Spitzenbereich in OÖ. ist - ganz gewaltig treffen.

Zu den Bedrohungen, die von der EG kommen, darf ich mitteilen, daß eine massive und ständige-Besprechungstätigkeit mit den "Spitzen" unserer Bundesregierung stattgefunden hat; ich bin mehrmals mit den Vorstandsdirektoren der SNF in Wien gewesen, und der Bundeskanzler hat hier persönlich bei den Regierungschefs mehrerer EG-Länder interveniert. Mittlerweile ist es jedenfalls dazu gekommen, daß einige Staaten im EG-Ministerrat signalisiert haben, daß sie einer Zolleinführung für SNF-Produkte wahrscheinlich nicht zustimmen werden.

Ich beurteile also diese mehrfache Vertagung dieser Entscheidung an sich positiv, und es zeigt sich, daß hier diese harte Front, die ursprüngl. bestanden hat, aufgeweicht erscheint. Ich hoffe, daß es jedenfalls nicht zu einer solchen Entscheidung kommt, weil dies ohne Zweifel standortgefährdend für die SNF in Steyr wäre. Aber alle Stellen in Österreich - auch die diplomatischen - sind angewiesen, alles zu tun, um hier eine

Verbesserung der Umstände zustande zu bringen.

Das Problem, das ich sehe, ist ja, daß wir in Wirklichkeit Schwierigkeiten haben, weil wir nicht in der EG sind. Die EG möchte sich natürl. vor dieser unerwünschten Konkurrenz schützen. Das Problem wird auch darin liegen, daß die Leute auf die EG bzw. Richtung Brüssel böse sind, und es wird darum gehen, daß man diese Schwierigkeiten aufklärt! Wir müssen eigentl. in die EG, um in Hinkunft vor solchen Entscheidungen gefeit zu sein.

Über eine ganz wichtige Situation bzw. Entwicklung, die sich anbahnt, möchte ich noch berichten. Der Bundeskanzler hat mir mitgeteilt, daß eine eigene, neue Beschreibung der Region Steyr stattfindet. Und zwar losgelöst von Kirchdorf. Das bedeutet, daß hier diese extrem schwierige Situation definitiv zum Ausdruck kommt; und nicht eine Durchschnitts-Situation, die durch die Bedingungen (welche in Kirchdorf besser sind) verbessert erscheint. Dadurch glaubt man, auch in Brüssel eine bessere Verhandlungs-Position erreichen zu können - wir würden dann bei den Förderungskriterien in die Zielgruppe II hineinfallen. Das ist die Strategie, die von Österreich aus in dieser Frage betrieben wird!

3.839 Arbeitslose waren Ende September vorgemerkt. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet dies ein Minus von 160. Die

Arbeitslosenrate beträgt 9,2 %
und ist leicht rückläufig.

Wir haben ein weiteres Problem in unserer Stadt - nämlich die in den Medien berichtete Situation der Gefährdung unseres Trinkwassers. Wie schon einmal berichtet, darf ich erinnern, daß wir bereits einen Sperrbrunnen errichtet haben. An diesem Sperrbrunnen sind jedoch Grundwasser-Fahnen vorbeigekommen in Richtung unseres Brunnenfeldes. Es ist nunmehr aufgrund der Ergebnisse, die durch die Sonden und Analysen festgestellt wurden, notwendig geworden, daß ein weiterer Sperrbrunnen und ein Schluckbrunnen errichtet werden müssen. Damit kann das gereinigte Wasser wieder in den Grundwasserbereich zurückgepumpt werden. Das ist eine sehr aufwendige Maßnahme, und wir haben vorgesorgt, daß eigentl. nichts passieren kann! Die Kosten werden sich allerdings in eine Größenordnung von etwa 15 Mill. S bewegen.

Ich habe mich um einen Termin bemüht, um diese Trinkwasser-Situation noch einmal bei Landesrat Pühringer zu besprechen und auch die Landes-Trinkwasserversorgungsidee weiterzutreiben, weil wir wirklich einen akuten Bedarf haben. Es ist ja - wie Sie wissen - ein Projekt in Ausarbeitung, daß auch eine zusätzliche Trinkwasser-Versorgung aus dem Raum Molln möglich werden soll. Dazu wird

es also in nächster Zeit Gespräche geben!

Gleichermaßen bemühe ich mich, bei dieser Gelegenheit die Verkehrs-Situation neuerlich zu bereden und im Hinblick auf die Meldungen, die wir erhalten haben, daß die Enns-Brücke repariert werden muß, die weitere Vorgangsweise zu besprechen. Wenn die Ennsbrücke teilw. gesperrt werden muß, erhält unsere Verkehrs-Situation noch einmal einen Tiefschlag. Man muß auch überlegen, ob nicht aus dieser Notsituation heraus eine Beschleunigung des Nordspangen-Projektes erreicht werden kann. Ich mache kein Hehl daraus, daß auch die Wiesenberg-Brücke damals bei der Herstellung ein Provisorium war.

Wir müssen uns überlegen, welche Maßnahmen wir in diesem Bereich zu treffen haben, damit der Verkehr in unserer Stadt nicht völlig zusammenbricht. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit noch einmal berichtet haben.

In der Zwischenzeit - das wird vielleicht unseren Kollegen Spöck freuen - ist es gelungen, eine Änderung der Position der Oö. Landesregierung herbeizuführen. Und zwar bezüglich des Taborknotens. Es ist so, daß ich mit dem leitenden Hofrat Pohlhammer ein Gespräch hatte, der mir gegenüber erklärt hat, daß eine Koppelung zweckmäßig und möglich erscheint. Das war nicht immer die Position! Ein

spezielles Verkehrsprojekt soll beauftragt werden - er macht das gleich am Beginn des nächsten Jahres. Im heurigen Jahr hat er keine Budget-Mittel mehr. Wir werden aber alle unsere Möglichkeiten - auch in der Stadt - ausschöpfen, damit wir die Unterlagen beibringen, die notwendig sind. Es wird ja zu einigen Veränderungen kommen müssen, wenn Niveau-Unterschiede auftreten. Aber ich glaube, hier ist uns - zumind. einmal ein Schritt nach vorne gelungen. Wir müssen versuchen, auch die anderen Schritte kurzfristig in Gang zu setzen.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Ende meiner Berichte. Zu Tagesordnungspunkt 4) "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STS". Die Unterlagen wurden zu den jew. StS-Sitzungen an alle GR-Mitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser GR-Einladung bei.

Bevor wir in die Behandlung der VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE eingehen, darf ich berichten, daß zwei Initiativ-Anträge vorliegen, die ausreichend unterstützt sind. Der eine betrifft den Ankauf eines Teilstückes der Parzelle 1733, KG Steyr, von der GFM. Dieser Antrag ist bereits im Finanz- u. Rechtsausschuß behandelt worden. Alle Fraktionen im GR sind dem Antrag beigetreten - es ist ein gemeinsamer Antrag.

Ich lasse darüber abstimmen, ob wir ihm die Dringlichkeit zuerkennen. Wenn Sie dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen, würde ich Sie bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe?

Stimmhaltungen? Keine. Der Antrag ist angenommen, wir werden ihn am Ende der Tagesordnung behandeln!

Der zweite Antrag betrifft eine Abänderung der Zusammensetzung der gemeinderätl. Ausschüsse. Es ist ebenfalls ein Dringlichkeitsantrag gem. § 7, der damit zusammenhängt, daß eine Umbesetzung in der ÖVP-GR-Fraktion bei den Ausschüssen vorgenommen werden soll. Ich glaube, wir sollten auch diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. Wenn Sie damit einverstanden sind, darf ich Sie bitten, ebenfalls ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke. Gegenprobe?

Stimmhaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen, und wir werden ihn auch am Ende der Tagesordnung der entspr. Behandlung zuführen. Nun möchte ich den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister, seinen ersten Verhandlungsgegenstand vorzutragen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR!
Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Vergabe des Auftrages über die Entwicklung von Studiengängen der FHS OÖ. am Standort Steyr an das Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik (kurz FAZAT GesmbH genannt). Es ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

1) Schu-103/93

Vergabe des Auftrages über die Entwicklung v. Studiengängen der FHS OÖ. am Standort Steyr an das Forschungs- und Ausbildungszentrum f. Arbeit u. Technik - FAZAT Steyr GmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB I vom 20. September 1993 wird der Auftrag zur inhaltlichen Entwicklung eines Studienganges der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr sowie zur Erstellung eines Umsetzungskonzeptes für diesen Studiengang in Abhängigkeit der zu erstellenden Curricula an die FAZAT Steyr GmbH., Wehrgrabengasse 5, 4400 Steyr, zum Preis von S 666.000,-- übertragen.

Zur Auszahlung der 1. Teilzahlung des Honorars für die Arbeitsphase I wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 99.000,-- bei der VA-Stelle 5/2890/728000.2 genehmigt.

Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte, darüber debattieren bzw. abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Herren Bürgermeister, verehrte Damen und Herren! Eine Tür, die schon zugeschlagen war, wurde wieder aufgemacht. Es ist noch nicht gar so lange aus, als wir über die Medien erfahren mußten, daß klarerweise nur eine FHS in OÖ entstehen soll - nämlich eine FHS Wels. Durch das Engagement unseres Bürgermeisters in dieser Angelegenheit konnte erreicht werden, daß diese Tür wieder aufgemacht wurde. Ein pos. Umdenken hat stattgefunden, man spricht heute von einer FHS OÖ. mit Studiengängen in Hagenberg, die bereits im Versuchsstadium laufen, mit einem Vorbereitungslehrgang in Wels, der heuer angelaufen ist und mit anderen Standorten für Studiengänge, wie beispielsweise Steyr.

Die FHS oder der Studiengang einer FHS OÖ für Steyr hat eine bes. Bedeutung in der Abrundung des als Schulstadt bekannten Bildungsangebotes in unserer Heimatstadt. D. h., wir setzen hier anfügend an die allg.

bildenden höheren Schulen aufbauend auf die berufsbildenden Schulen und vor allem weiterführend für solche Leute, die in den Betrieben ihre Ausbildung zum Facharbeiter genommen haben, die Möglichkeit fort, eine Dipl.-Ing.-Ausbildung in Steyr zu ermöglichen.

Wir wissen, daß dieses "Ding" eine Bundessache und eine Landesangelegenheit ist, die aber nicht ohne bes. Unterstützung durch die Stadt und ausgedrückt durch unser ausgedrücktes gemeinderätl. Kollegium stattfinden kann. Das BM für Wissenschaft und Forschung und das BM für Unterricht und Kunst haben das Gesetz zur Errichtung der FHS in den Nationalrat eingebracht und hier einige bes. Weichenstellungen vorgesehen. Es ist noch nicht zur Gänze ausdiskutiert, wer die Lasten tragen soll. Sie alle können sich erinnern, daß hier die Diskussion im Raum steht, Studiengebühren einzuheben oder eine andere Form der Finanzierung dieser Studien zu beginnen. Es ist nicht unser Thema hier im GR, ob wir der einen oder anderen Richtung Präferenz geben, sondern das ist Sache der übergeordneten Instanzen.

Aber eines ist hier klar und deutlich zum Ausdruck gekommen: Steyr soll auf dieser FHS-Landkarte einen kurzfristig erreichbaren Platz haben. Ich dränge nicht so stark, hier in der ersten Welle der Bewerber voranzustürmen und vielleicht in

das eine oder andere offene Messer zu laufen. Diese Versuche werden ja allgemeinerweise als Pilotversuche gehandelt; d. h., die Piloten fliegen ein Flugzeug, und es gibt zwischen einer sanften Landung und einer Bruchlandung alle möglichen Dinge, wie dieser "Vogel" vom Himmel wieder herunter kommt.

Ich glaube, wir sind gut beraten, hier nicht die Piloten zu sein, um vielleicht eine Entwicklung mitzumachen, die nicht günstig ist. Es ist richtig, in gesicherter Entfernung abzuwarten, wo andere Erfahrungen sammeln. Gerade hier kommt die Arbeit des FAZAT Steyr gelegen, eine Zieldefinition zu machen, was soll oder kann ein Studiengang "FHS Steyr" bringen (Arbeitstitel ist der Wirtschaftsingenieur), dafür einen Lehrplan zu entwickeln, dafür eine Ermittlung zu machen, welche Ressourcen sowohl in räumlicher als auch in technischer und in personeller Sicht vorhanden sind. Ich denke insbesondere auch an die beabsichtigte Gründung des IPTO in Steyr, das die wissenschaftl. Grundlagen für ein FHS-Engagement mit sich bringt, eine Taktik und Strategie zu entwickeln, wie wir uns im Rahmen einer FHS OÖ. positionieren können, ohne anderen etwas wegzunehmen, das anderswo vielleicht besser aufgegliedert ist. Diese wichtigen Aufgaben für Bgm. Leithenmayr und den Steyrer GR, aber auch für unser Umland sollten wir in Angriff

nehmen, um eine FHS OÖ. mit Studiengängen in Steyr zu ermöglichen.

Zur Arbeit des FAZAT, die in den Grundzügen schon begonnen hat, ist zu sagen, daß wir alle wissen, daß Beschlüsse vorhanden sind, den Abgang dieser Einrichtung durch die Gemeinde decken zu lassen. Ich glaube, der beste Gegenwert für diese Verlustabdeckung ist jener, hier einen Auftrag zu geben und durch eine nützliche Arbeit des FAZATS auch diese Verlustabdeckung zu gewährleisten oder in Kauf nehmen zu können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, mit Rücksicht auf den letzten Absatz der Rede meines Vorredners, StR Zagler, ist eigentlich schon das gesagt, was ich sagen wollte - nämlich der Gegenwert dessen, was die Stadt leistet. D. h., wir tragen ja dazu bei, daß das FAZAT als solches lebensfähig wird und bleibt und auf eigenen Füßen steht. So wird es indirekt besser gefördert als direkt. Daher bin ich auch für diesen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Hr. Stadtrat Tatzreiter bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Auch als ÖGB freuen wir uns über diese Möglichkeiten - wenn schon darüber gesprochen wird, daß die Türe einmal offen ist, einmal zu und dann wieder offen - deshalb umso mehr, weil folgendes gelungen ist: zuerst ist nicht gemeint, bei solchen Dingen jetzt schon Arbeitsplätze zu haben, sondern wir sollen für die Zukunft auf dieses Segment achten. Wir meinen dabei, daß vielleicht gerade hier noch ein Segment offen ist, das bes. Wirtschaftsimpulse geben könnte, und wir meinen in diesem Zusammenhang auch, daß - gerade was die Wirtschaftsingenieure anlangt - wir möglicherweise von der Struktur eine gew. Änderung erfahren könnten.

Ich verweise auch auf die wirtschaftliche Situation in den Betrieben - gerade gestern ist eine neuerliche Hiobsbotschaft über die Medien gekommen, daß ein weiterer Betrieb personelle Schwierigkeiten hat. D. h., wirtschaftliche Schwierigkeiten insofern, daß Personal freigesetzt werden muß.

Ich habe in diesem Zusammenhang schon mehrmals festgestellt, daß die Arbeitsstiftung ein Segment ist, auch diese Möglichkeiten aufzubereiten. Ich glaube, daß in weiterer Folge gerade diese Möglichkeit der FHS einen bes. Grundstein in der

Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unserer Region darstellt. Ich freue mich, daß diese Sache gelungen ist und dem Bgm. dazu gratuliert werden kann, daß die Türe neuerlich wieder geöffnet werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Nächster am Wort ist StR Schloßgangl.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Herren des GR! In Zusammenarbeit mit der Industrie - mit den Betrieben BMW, SKF, Steyr-Daimler-Puch, Technologiezentrum, SNF und GFM - wurde vom FAZAT eine erste Studie über die Errichtung einer FHS bzw. mehrerer best. Studienrichtungen im August 1992 erstellt. Das war die Grundlage, daß Steyr ins Gespräch für eine FHS gekommen ist. Nunmehr hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der erstens die Studiengänge definieren und erarbeiten soll; in zweiter Linie soll das FAZAT die Unterlagen hierfür liefern und bereitstellen.

Ich möchte ganz kurz auf die Position Steyrs eingehen. In der Diskussion über den Aufbau einer FHS OÖ., glaube ich, vertreten wir alle hier im GR eine sehr kooperative Stellung. "Miteinander und nicht gegeneinander" - das sollte unser Thema sein. Steyr will ergänzen

und nicht den in Vorbereitung befindlichen Studiengängen und Standorten den Rang ablaufen. Wir möchten zumind. einen oder mehrere best. Studienrichtungen nach Steyr bringen.

Wie steht die Entwicklung "FHS OÖ." zur Zeit? Es existiert ein Trägerverein; Vorsitzender ist bekanntlicherweise LR Dr. Leitl, Stellvertreter Dr. Fraiss und Bgm. Pregartner. Auch die Stadt Steyr ist durch Bgm. Leithenmayr vertreten. Der Studiengang, der für Steyr interessant und seit jeher vorgegeben war, ist der Wirtschaftsingenieur. Herr Dipl.-Ing. Dr. Jodlbauer vom FAZAT Steyr hat sich sehr verdient gemacht; er hat einen Studienplan und einen ersten Entwurf über Sinn, Zweck und Ziele eines Wirtschaftsingenieurs erstellt. Wenn ich nun ganz kurz auf das Ziel des Studien-Lehrganges hinweisen darf: vorrangiges Ziel des Studienganges soll eine praxisnahe und qualitative Ausbildung zum Wirtschaftsingenieur sein. Der Technologie- und Wissens-Transfer sollen ein zentraler Bestandteil dieses Studienganges sein. Der Transferfluß soll in beide Richtungen erfolgen - einerseits werden vom Studiengang lehrende Projekte, Praxissemester und Absolventen, die neuesten Technologien und das aktuellste Know-How in die industrielle Praxis hinausgetragen, andererseits werden Bedürfnisse des Marktes und der Industriebetriebe im Studiengang integriert. Auch die an-

gewandte Forschung soll nicht zu kurz kommen - Projekt- und Diplomarbeiten sind ja als angewandte Forschung zu sehen. Die Umsetzbarkeit, Verwertbarkeit und auch die Wirtschaftlichkeit dieser Arbeiten werden angestrebt.

Die inhaltliche Ausrichtung soll sich auf ein ganzheitliches Denken, auf Internationalität, auf Praxisbezogenheit und auf EDV-Einsatz im wesentl. erstrecken. Die fachlichen Elemente sollen Maschinenbau, Elektrotechnik und Wirtschaft beinhalten. Auch die sozialen Elemente sollten dabei nicht zu kurz kommen: Teamfähigkeit, Problemlösungskompetenz, Kommunikationsfähigkeit, Mobilität, Ganzheitlichkeit, Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein.

Ich glaube, daß für unsere Region und für Steyr die Errichtung einer FHS sinn- und wertvoll sein wird. Wir wollen gemeinsam dazu beitragen, daß diese auch - zumindest in einzelnen Studiengängen - verwirklicht werden kann. Wie schon meine beiden Vorredner gesagt haben, ist es eine sinnvolle Aufgabe für unser FAZAT, sodaß der Abgang von präliminierten rd. 3 Mill. S durch diese Arbeitsleistung auch zum Teil abgedeckt wird und für die Stadt Erfolg und eine gewinnbringende Entwicklung darstellen soll. Daher werden wir diesem Antrag auch die Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Nun hat sich StR Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß der vorliegende Antrag ein ganz wesentlicher Beitrag sein kann - wenn er fruchtbringend umgesetzt wird -, daß er unsere Region aus dem "OUT" der Gegenwart bringen kann. Dieses OUT kommt uns immer deutlicher zu Bewußtsein, wenn wir andere Wirtschaftsräume betrachten, wenn wir mit tiefer Bestürzung erkennen müssen, wie sehr der Zuzug von neuen Betrieben in Steyr hinter dem, was wir uns alle erhoffen, zurückbleibt. Wir suchen immer nach neuen Möglichkeiten, neue Beschäftigungen zu finden. Ich glaube, in diesem GR kann sich kein einziger von dieser Bemühung ausnehmen, sodaß der gesamte GR ein volles JA zu dieser Beauftragung des FAZATS sagen muß. Wobei ich hier nur die eine Hoffnung habe, daß es nicht ein allzu langes Beauftragen, Vorahnen und Vordenken sein wird, sondern daß es zügig und flott vorangeht.

Was wir flankierend dazu machen müssen, das ist, jede Gelegenheit benützen, um die übergeordneten öffentl. Hände darauf aufmerksam zu machen, daß gerade die Region Steyr aufgrund der wirklich ernstzunehmenden Probleme, die sie hat, eine spontane Beteiligung am FHS-Werk (wenn man das als

Werk bezeichnen will) benötigt. Nur dann werden die personellen Ressourcen in vernünftige und zukunftsweisende Bahnen geleitet werden. Nur dann, wenn diese Region im Herzen der Menschen in OÖ. bzw. sogar in Österreich das Bewußtsein einer kräftigen Region hat, können wir auch die Betriebe, die investieren sollen, zum Investieren veranlassen! Die eine Bedingung wäre also, die Kräftigkeit der Region weiter aufrecht zu erhalten bzw. zu steigern; die zweite Bedingung wäre, die Erreichbarkeit der Region zu verbessern.

Kann sein, daß Sie mir den Vorwurf machen, daß ich am Thema vorbei rede, aber wenn wir über die Struktur unserer Region denken, - das denken wir in diesem Fall über die FHS an - so ist es unerlässlich, auch darüber nachzudenken, daß wir es uns als Gemeindevertretung nicht bieten lassen dürfen, daß man die Eisenbahn-Verbindungen nach Steyr reduzieren will! Ich werde - hoffentlich machen Sie das mit mir - nie müde werden, hier nach oben hin zu schimpfen und zu sagen: "Freunde, das geht nicht, Ihr brecht Worte! Ihr habt das Wort gegeben, liebe Vertreter der Bundesbahn und der Bundesregierung, daß diese Region Steyr eine Verbesserung in der Anbindung an die Hauptverkehrswege erleben wird." Wir haben das einmal ganz kurz gehabt. Einen Zug hat man uns

schon weggenommen, die Tagesrand-Verbindungen - diese erleichtern dem Berufstätigen das Leben und bringen ihn vielleicht vom Auto weg - werden reduziert. Und letztendlich die Einbindung in das kulturelle Herz unseres Landes - nämlich nach Wien und nach Linz - wird dadurch beschnitten, daß man die Abendverbindungen aus den öffentlichen Fahrplänen streichen will.

Ich glaube, daß ich den GR nicht vergeblich ersuchen werde, hier einen Aufschrei nach Wien zu richten und zu sagen, das geht doch so nicht! Wir sind seit vielen Jahren im OUT, weil man hier zu keiner leistungsfähigen Verbindung - weder auf der Straße noch auf der Schiene - imstande ist. Wir sind im OUT, weil wir noch immer eine Monostruktur in der Wirtschaft vorhaben. Und wir sind im OUT, weil uns genau diese schlechte Anbindung an den öffentlichen Verkehr von der Verbesserung der Struktur in der Wirtschaft erheblich abhält.

Beides würde ich als wirklichen Appell richten wollen: lassen wir zum einen nicht zu, daß das Werden der FHS unnötig lange dauert, flankieren wir die Bemühung der öffentl. Hand (der Stadt, der Parteien) um die Beteiligung Steyrs an einer FHS durch die Tätigkeit des FAZATS - das geht parallel und muß nicht sequenziell erfolgen -, und dulden wir nicht, daß man uns die Verkehrsbeziehungen noch

beschneidet. Im Gegenteil -
fordern wir eine Verbesserung!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es eine weitere
Wortmeldung? Nicht der Fall,
dann bitte ich um das Schlußwort
des Referenten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die Türe ist wieder offen, meine
Damen und Herren des GR! Es
war eine gemeinsame Leistung,
wir mußten sie mit dem
Brecheisen wieder öffnen. Und
zwar mit einem geistigen Brech-
eisen. Mit der Machbarkeits-
studie einer FHS in Steyr, die
durch das FAZAT erstellt und
eindrucksvoll präsentiert wurde
und auch in Wien und Linz Gehör
finden mußte. D. h., ich bin
absolut der Auffassung, daß wir
das nur gemeinsam können. Es
ist auch notwendig, hier im
Rahmen unserer Diskussionen
auf einen gemeinsamen Nenner
zu kommen bei der Realisierung
der wichtigsten Projekte für die
Stadt. In bezug auf die FHS ist
das hier in Steyr gelungen. Die
Tür ist offen, aber wir sind noch
lange nicht durch! Ich möchte
bemerken, daß die Gewichtung
im Verein "Oö. FHS" nach wie vor
sehr stark Richtung Wels
orientiert ist, und daß beide
Geschäftsführer in Wels sitzen.
Wir sind momentan Gast, also
kooptiertes Mitglied im Verein
"Oö. FHS" und das auch nicht ganz
freiwillig. Wir haben etwas getan,

was uns normalerweise die "gute
Kinderstube" verbietet - wir ha-
ben uns nämlich hineingedrängt.
Wir waren wieder nicht un-
bedingt gerne gesehen, aber wir
haben diesen Platz verlangt. Jetzt
haben wir ihn inne! Wir sind in
diesem Kreis Gast - heute findet
zur selben Stunde eine Sitzung
des Vorstandes des Träger-
vereines "Oö. FHS" statt. Hr. Dr.
Alphasamer ist dort anwesend
und vertritt unsere Interessen.
Ich habe ihn gebeten, wieder
massiv die Errichtung eines
Studienganges in Steyr zu
verlangen. Er wird nicht alleine
mit dieser Forderung dort sitzen,
er wird unterstützt von einer
Reihe von maßgeblichen Ver-
tretern, die in diesem Verein
sind. U. a. ist zweifelsohne einer
der Wichtigsten der Präsident
des Oö. Landesschulrates, Dr.
Johannes Riedl. Er unterstützt
diese Form der Installierung
einer FHS in OÖ. - also eine Oö.
FHS mit dislozierten Standorten.
Wir wollen uns auch das
"Wieserl" von den anderen nicht
ganz abgrasen lassen. Es muß
möglich sein - gerade in einer
Stadt, die wirklich gekenn-
zeichnet ist von einer ganz
schwierigen Umstrukturierungs-
phase, wo wir von einer
Industriestruktur, die seit mehr
als 100 Jahren eine Mono-
struktur in Richtung Metall-
wirtschaft ist, weg müssen. Wir
haben erkannt und alle, die sich
mit Wirtschaft beschäftigen,
müssen erkennen, daß es nie
mehr so viele Beschäftigte im

industriellen Bereich geben wird, wie es sie schon einmal gegeben hat. Das ist insgesamt betrachtet ein internationaler Trend! Das bedeutet aber, daß wir uns neu orientieren und neue Wirtschafts-Strukturen aufbauen müssen. Dazu ist es notwendig, eine gute, ausgezeichnete und auf die Umstände abgestimmte Ausbildung zu haben - im Bereich der Facharbeiter, also die Erhaltung unserer Lehrwerkstätten, als Schulstadt und auch in bezug auf solche neuen Bildungseinrichtungen, wie es die FHS ist.

Der GR der Stadt Steyr steht dahinter, die Türe ist offen, aber wir werden noch ein maßgebliches "Sperr-Sechserl" - wenn ich das so sagen darf - bezahlen müssen, um hier in dieser neuen Struktur auch wirklich einen Studiengang installieren zu können. Ich bitte Sie wirklich, das mit all Ihren Kräften in Zukunft zu unterstützen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Einstimmig beschlossen. Danke. Punkt Nr. 2) bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir sollen heute auch die Anschaffung eines Großkopier-

gerätes für die zentrale Kopierstelle beschließen. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des StS an den GR:

2) GHJ1-100/93

Anschaffung eines Großkopiergerätes f. die zentrale Kopierstelle; Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Zentralverwaltung vom 7. Oktober 1993 wird dem Abschluß eines Mietvertrages mit der Fa. Rank Xerox Austria GesmbH., 4020 Linz, Pillweinstraße 30, zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt. Die Fa. Rank Xerox hat demnach ein Großkopiergerät mit der Bezeichnung "Xerox 5100" der Stadt auf die Dauer von 60 Monaten gegen Zahlung eines monatl. Mietzinses von S 29.800,80 incl. USt zur Verfügung zu stellen. Im vereinbarten Mietzins sind die von der Fa. Rank Xerox zu erbringenden Serviceleistungen und monatl. 100.000 Kopien enthalten. Während der ersten 6 Monate hat die Fa. Rank Xerox dieses Gerät der Stadt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Zusätzlich zur Lieferung des Großkopiergerätes stellt die Fa. Rank Xerox der Stadt ein Kopiergerät mit der Bezeichnung "Xerox 5028" unentgeltlich auf Vertragslaufzeit zur Verfügung, die Stadt hat für dieses Gerät

lediglich S 0,192 pro Kopie zu bezahlen. Vertragsbeginn ist der 1. 1. 1994.

Ich bitte, auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Zu Wort hat sich Hr. StR Eichhübl gemeldet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm., daß wir diesem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben werden. Ich möchte aber nichtsdestotrotz - so wie im StS - darauf hinweisen, daß man bei diesen vertraglichen Vereinbarungen, so wie es der Amtsbericht vorsieht, von einer Stückzahl 100.000/Monat ausgeht. Tatsache ist aber - das hat eine Anfrage von mir ergeben -, daß man bis zu 120.000 Kopien im Monat anfertigen wird. Das ist ja nicht immer gleich, aber man rechnet eben mit einer Stückzahl bis zu 120.000/Monat.

Daher erheben sich zwei Fragen: Zum einen, warum man nicht versucht hat, zu einer Stückzahl von 120.000 zu kommen, ohne daß weitere Kosten für die Stadt anfallen. Sollte das aus irgendwelchen Gründen, die im Amtsbericht nicht angeführt sind, nicht möglich gewesen sein, dann fehlt mir zum zweiten der Hinweis darauf, daß man eben mit Mehrkosten rechnen muß. Diese hätten auch im Amts-

bericht ihren Niederschlag finden müssen, um heute hier durch dieses Gremium den entspr. Antrag verabschieden zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine; dann bitte ich um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir haben im StS kurz darüber diskutiert. Die Frage wurde so vom Koll. Eichhübl nicht gestellt, sonst hätte vom zuständigen Beamten genau berichtet werden können, warum man diese Vorgangsweise gewählt hat.

Mir sagt jedoch der Hr. Magistratsdirektor gerade, daß diese Stückzahl von 120.000 ein absoluter Spitzenwert ist. Nach allen Überlegungen, die in diesem Zusammenhang anzustellen waren, hat sich diese Größenordnung als die zweckmäßigste erwiesen - auch bei den Verhandlungen, die man mit Rank Xerox geführt hat.

Wenn jedoch noch weitere Informationen seitens der FP-Fraktion gewünscht werden, bin ich überzeugt, daß diese gerne nachgeliefert werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wir kommen nun zur Abstimmung ...

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:
War das schon das Schlußwort
des Bürgermeisters?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Eigentlich ja, aber so genau sind wir nicht, wenn noch eine Frage offen ist! Es wäre jedoch gut, wenn wir das im Fachkreis diskutieren könnten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Gut, dann erteile ich Hr. Dr. Schwager das Wort.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Um das klarzustellen, StR Eichhübl hat ja vorausgeschickt, daß wir nicht gegen den Antrag sind - das ist einfach eine Frage des Verhandeln.

Wenn wir uns die Geschichte im Amtsbericht anschauen, so kann man beobachten, wie die Preisdifferenzen in der Anbotstellung waren und vor allem von welcher Position - insbes. beim derzeitigen Letztbieter Rank Xerox - ausgegangen wurde und bei welcher Basis man abgeschlossen hat. Wir zweifeln nicht am Verhandlungsgeschick der Beamten, aber wir können uns aus reiner Erfahrung vorstellen, daß das Kopiervolumen nicht weniger wird. Man muß von einer Pauschalanzahl ausgehen, die höher gegriffen sein sollte als 100.000 - das war unsere Anregung dazu,

aber keine Anfrage, sondern nur eine leise Prognose. Vielleicht werden wir ja bei einem Rechnungsabschluß wieder einmal darüber zu reden haben. Aber die Zustimmung wollen wir auf alle Fälle nicht verweigern!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wird ein zweites Schlußwort gewünscht?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

An und für sich ist es unüblich, zwei Schlußworte zu halten. Ich möchte aber schon feststellen, daß ich manchmal das Gefühl habe, nicht in einer Stadtverwaltung zu arbeiten, sondern in einer Papierfabrik. Persönlich bin ich der Auffassung, daß wir den Umlauf des Papiers eher drosseln und nicht erhöhen sollten. Die Qualität unserer Arbeit steigt damit nicht bzw. ist es keine unbedingte Voraussetzung dafür!

Wir sind also daran interessiert, nicht mehr Kopien zu erzeugen, sondern - wenn es geht - sondern weniger! Das mag auch mitgespielt haben bei der Auswahl dieses Gerätes. Ich glaube jedenfalls, daß es so ist. Wenn es so war, ist es jedenfalls im Sinne meiner Philosophie.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um

ein Zeichen mit der Hand. Danke.
Stimmenthaltungen?
Gegenstimmen? Keine. Danke -
einstimmig beschlossen.
Ich übergebe den Vorsitz an den
Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und
erteile Koll. Vbgm. Erich Sablik
das Wort.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜR-
GERMEISTER ERICH SABLİK:**

Meine Damen und Herren des GR!
Ich darf Ihnen heute mehrere
Anträge vorlegen. Der erste
betrifft die Erweiterung der
Mülldeponie der Stadt Steyr. Es
handelt sich hier im Detail um
einen Zusatzauftrag an Hr. Univ.-
Prof. Dipl.-Ing. Kurt Ingerle,
Innsbruck, dem ein Auftrag in
Höhe von 380.000 S übertragen
wurde. Im Rechnungsjahr 1992
wurden davon 152.000 S in Form
einer Teilrechnung zur Auszahlung
gebracht. Diese Planungsarbeiten
bezogen sich nur auf die
Erweiterung im Bereich der
Niederterrasse, im Anschluß an
die derzeitige Deponie.

Prof. Ingerle sieht nunmehr auch
eine Erweiterung im Bereich der
Au-Stufe vor; somit sinken die
spezifischen Kosten für den
Grundwasserstollen und die
uferstrukturellen Einrichtungen,
was uns natürl. nur recht sein
kann!

Aufgrund dieser Tatsachen
wurde seitens des Projektanten
Dr. Ingerle ein entspr. angepaßtes

Honorar-Angebot in Höhe von S
675.150,-- vorgelegt. In diesem
Betrag sind auch alle Neben-
kosten, ausgenommen aber die
Fahrtspesen nach Steyr, ent-
halten. Die Fahrtspesen werden
nach der Gebührenordnung für
Ingenieure nach tatsächl. Auf-
wand verrechnet.

Ich habe Ihnen dies so genau
vorgetragen, um Ihre Zu-
stimmung zu erlangen, daß wir
jetzt eine Kreditübertragung in
Höhe von S 523.200 beschließen.
Ich ersuche um Abstimmung
bzw. eventuelle vorhergehende
Diskussion.

3) Bau6-5062/92

Erweiterung der Müllde-
ponie der Stadt Steyr; De-
tailprojekt; Zusatzauftrag.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
RHV vom 24. 8. 1993 wird der
Auftragserweiterung des Detail-
projektes "Erweiterung der
städtischen Mülldeponie" an Hr.
Univ. Prof. DI Dr. techn. Kurt
Ingerle, Innsbruck, in der Höhe
von S 295.150,-- excl. MWSt
zugestimmt.

Zur Abdeckung des Haupt-
auftrages sowie der Auftrags-
erweiterung wird eine Kredit-
übertragung von VSt
5/8131/001000.3 im Ausmaß
von

S 523.200,--
excl. MWSt bei VSt
5/8131/050000.3 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort hat sich Hr. StR Holub gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Hoher GR, daß die Erweiterung der Mülldeponie unausweichlich auf uns zukommt, ist seit geraumer Zeit eine bekannte Tatsache. Überhaupt durch das Einbringen des Mülls aus den Gemeinden im "Nachbarland" - eben aus Steyr-Land.

Der Bezirksabfallverband hat die Aufgabenstellung übernommen, die Gemeinden auch zu entsorgen. Die prognostizierten Restmüllmengen haben sich durch die Übernahme aus den Gemeinden natürl. ganz erheblich gesteigert. Eine wesentl. Besserung der Müllsituation ergibt sich durch das Einbringen eines Müllsortierwerkes vor und an der Mülldeponie - derzeit noch vor der Mülldeponie. In Zukunft, wenn die Erweiterung gemacht wird, möglicherweise mitten in der Deponie, wenn nicht rechtzeitig - das ist der Grund meiner Wortmeldung - dafür Sorge getragen wird, daß die Betriebsstätte des Müllsortierwerkes aus dem jetzigen Herz der Deponie an die Peripherie erweitert wird. Das wird wohl kaum gehen, ohne daß die Projektanten mit dieser Aufgabenstellung befaßt sind. Die Sorge, die ich dabei habe, ist, daß die Restmüllmenge, die durch das Sortierwerk verkleinert wird, in Zukunft nicht so dynamisch weiter verkleinert

wird, wie es jetzt ist. D. h. also im Gegenschluß dazu, daß die Bestandsdauer der Deponie mit großer Wahrscheinlichkeit kürzer sein wird, als wir ursprünglich angenommen haben. Was wiederum beweist, wie dringlich die Erweiterung der Deponie ist. Ich befürchte, daß das Sortierwerk an die Grenzen seiner Rentabilität gelangen wird. Nämlich dann, wenn die Mülltrennung nach der Verpackungsverordnung voll zum Greifen kommt. Ich meine, daß wir uns auch darüber sehr intensiv in der Diskussion im GR auseinandersetzen sollten und die Lösung der Probleme, die in Wirklichkeit unsere Stadt betreffen, nicht nur der ARGEV überlassen sollen. Dieses Gebilde ARGEV, das nicht immer zur Zufriedenheit von allen staunenden Konsumenten tätig ist, übernimmt ja das Aussortieren nach der Verpackungsverordnung von Müllfraktionen, die recycelbar sind und vollzieht diese Aufgabe durch Inanspruchnahme von Vertragspartnern. Einer der Anbieter ist der Betreiber des Müllsortierwerkes. Fest steht jedoch eines: wir müssen zwei Dinge bedenken. Zum einen. Wenn Müll vorher aussortiert wird, wird es unattraktiver sein, den Restmüll zu sortieren. Die Stadt muß also versuchen, den Bestand des Restmüll-Sortierwerkes doppelt abzusichern. Zum einen, daß der Betrieb, der das durchführt, in einer Kostendeckungs-Marge

arbeiten kann oder zum anderen, daß man dem Betrieb hilft, über andere Dienstleistungszweige über Zusatzkostendeckungen zu verfügen. Das aber nur unter der Bedingung, daß der Betrieb, der das Sortierwerk betreibt, eine Konstanz der Abnahmekosten des Mülls und der Dienstleistung, die er dort vollbringt, auch garantiert. Sonst könnte ja wirklich etwas anderes auch passieren! Daß zum einen die Dienstleistung des fraktioniert Abführens zwar als Kostenträger und als Deckungsbeitrag herangezogen wird und auf der anderen Seite dann die geringere Restmüllmenge, die im Sortierwerk bearbeitet werden kann bzw. das geringe recycelbare Gut, das dort ausgemustert wird, eine schlechte Kostendeckung im Sortierwerk bringt. Die Dinge lassen sich hier ziemlich genau kaufmännisch beobachten - das steht fest.

Ich glaube, wir sollten uns hier nicht nur von Kollegialität leiten lassen, wenn wir Entscheidungen treffen oder befürworten, sondern wir sollten uns nach dem Ganzen und Sinnvollen orientieren.

In diesen Tagen - so hört man - fällt die Entscheidung, wer denn der Sortierer nach der ARGEV sein wird bzw. welches beauftragte Unternehmen hier gekürt werden soll. Die Bezirke Linz-Land, Steyr-Land und Steyr haben sich auf ein Unternehmen zu einigen. Eigentlich funktioniert das bezirksweise, aber die

Mülldeponie steht Steyr-Stadt und Steyr-Land zur Verfügung. Je besser und je koordinierter das Sortieren und Vortrennen funktioniert, desto effektiver wird die Bestandsdauer unserer Deponie sein.

Wenn wir glauben, daß wir hier einzelne Betriebsteile oder einzelne Entsorgungs-Komponenten kostendeckend herauslösen und in andere Hände geben können, so werden wir möglicherweise große Schwierigkeiten haben.

Die Reduzierung der Müllmenge, die sich durch das Aussortieren vor Ort an der Deponie ergibt, ist eine ganz wesentl. Sache. Wenn Sie sich vor Augen halten, daß 6.500 Tonnen (!) Müll/Jahr - das sind keine m^3 , sondern Gewichtstonnen; bei einem leichtgewichtigen Müll ist das ein riesiges Volumen - aus der Müllmenge, die unsere Steyrerinnen und Steyrer bzw. Nachbarinnen und Nachbarn produzieren, aussortiert wurden, so bedeutet dies eine ganz wesentl. Dienstleistung. Ich glaube, daß diese wesentl. Dienstleistung von einem priv. Unternehmen recht sinnvoll und gut erbracht wurde. Daß dieses Unternehmen auch noch der Stadt geholfen hat, die Investition zu vermeiden, die sie selbst hätte machen müssen, wenn der Vorbetreiber aufgrund seiner betrieblichen Probleme u. U. den Sortierbetrieb auf längere Zeit als 1 Jahr einstellen hätte müssen. Wenn das alles nicht der private Bewerber jetzt gemacht

hätte, so hätte die Stadt ganz gewaltige Kosten zu tragen. Ich nenne absichtlich keine Namen, weil ich weder der Werbebeauftragte des einen noch des anderen Unternehmens bin. Ich glaube, jeder, der sich mit dieser Materie auseinandersetzt, weiß ohnehin, um wen es konkret geht.

Fest steht, daß wir hier schon Sorge haben müssen. Nicht darum, wer jetzt das beste Geschäft mit dem Müll macht, sondern auf welche Art und Weise es uns als Stadt Steyr möglich sein wird, die Entsorgungsfrage so zu beeinflussen, daß wir an den Bestand glauben können. Was helfen uns die schönsten Verordnungen, wenn die Beständigkeit in der Dienstleistung des Trennens, des Abtransportierens und des Verwertens nicht gegeben ist.

Da kommen wir dann sehr schnell an die glaubhaften Grenzen der Vereinbarungen, auch mit den Nachbar-Gemeinden, wenn wir die kommerzielle Basis dem Entsorgungsbetrieb, der dieses Sortierwerk jetzt betreibt, entziehen. Oder aber, wenn wir den Betrieb nicht durch unsere weitsichtige Planung rechtzeitig dabei unterstützen, mit seinem Standort wieder an einen Platz zu kommen, der ihm eine weitere Tätigkeit ermöglicht, ohne daß er im wahrsten Sinne des Wortes von der zunehmenden Müllmenge auf der Deponie eingehaust wird.

Das sollte so nicht sein, und ich bitte alle, die mit der Vertragserstellung mit der ARA zu tun haben, daß hier die nötige Umsicht die Maxime ist und nicht eine allfällige Begünstigung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte selbstverständlich die Wortmeldung des Hr. StR Holub voll und ganz unterstreichen! Wenn wir jetzt eine Mülltrennung haben - wir haben dort einen Betrieb, der uns in einer Notsituation geholfen hat, der gut funktioniert, der bewiesen hat, daß er es kann -, dann ist es wirklich sinnvoll, die mit der weiteren Mülltrennung zu beauftragen bzw. ernsthaft in die Verhandlungen miteinzubeziehen.

Meine Anfrage an Hr. Vbgm. Sablik (weil es ja auch in den letzten Tagen Vermutungen gegeben hat, frage ich Sie ganz offen vor dem GR): Wer entscheidet, wer diese zusätzl. Mülltrennung machen wird? Wer macht den Vertrag? Sie, der StS oder der GR? Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Bevor Hr. Vbgm. Sablik zur Beantwortung herauskommt, darf ich noch ein paar Eindrücke aus meiner Sicht geben, nachdem ich ja vor Erich Sablik etwa 1,5 Jahre lang das Umweltreferat geleitet habe und auch bei der Erstellung des Vertrages, der mit der Fa. Waizinger geschlossen wurde, nicht unerheblich mitgewirkt habe. Mir ist auch der Spruch klar, der im GR oft gefallen ist: PACTA SERVANDA SUNT - die Verträge, die wir als Gemeinde schließen, sollen wir klarerweise einhalten. Ich glaube, uns als Stadt Steyr und jedem Bürger ist egal, ob die Firma A oder die Firma B diesen Auftrag für die Entsorgung dieser Fraktion bekommt. Wir wollen - davon gehe ich aus - weder den einen noch den anderen begünstigen, sondern den suchen, der am besten dafür geeignet ist. Die ganze Angelegenheit hier weiter besprochen, bedeutet, daß die Frage besteht, wie weit die Sammlung der Kunststoffabfälle - um die geht es ja, denn Glas und Papier werden jetzt auch schon von der Fa. Bittner entsorgt - den Betrieb dieser Müllsortieranlage direkt oder indirekt beeinflusst. D. h., auch hier wäre der GR bzw. die Stadt gut beraten, mit ARA und ARGEV zu verhandeln. Sollte hier ein Schaden entstehen durch unsere vertragliche Verbindung mit Waizinger, dann kann es nicht sein, daß der Steyrer GR

und die Steyrer Bürger diesen Schaden tragen, sondern dann muß über diese Entsorgungseinrichtung eine Abgeltung vorhanden sein.

Sollte es hier wirklich direkte Zusammenhänge zwischen der Zusammenarbeit ARGEV und Fa. Waizinger geben und einer Weiterführung dieser Sortieranlage, die die ARA und die ARGEV dazu bringt, mit Waizinger den Vertrag zu machen und nicht mit Bittner, dann ist das eine Sache, die zwischen ARGEV und Waizinger zu verhandeln ist.

Für uns als Kollegialorgan - ob das jetzt der StS, oder GR ist; ich weiß im Moment nicht, wo die Zuständigkeiten sind - muß aber klarerweise im Vordergrund stehen, daß kein Schaden für die Stadt Steyr dadurch entstehen kann. Denn ansonsten wären wir schlecht beraten, von unserem Recht Gebrauch zu machen, einen Vertrag zu unterschreiben, der uns auf der anderen Seite finanzielle Verpflichtungen auferlegt.

Ich glaube, man sollte jetzt nicht dieses Spiel betreiben, daß der eine oder andere begünstigt werden soll, sondern ganz sachlich damit argumentieren, daß es der bestmögliche Bewerber machen soll. Sollte durch eine vertragliche Positionierung durch die Stadtgemeinde finanzieller Zusatzaufwand erforderlich sein, dann muß das eben der, der dieses "Kunststück" haben

will, auch bezahlen - nicht die Stadt Steyr!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Liegt noch eine Wortmeldung vor? Nicht der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich muß natürlich meinem Freund Zagler sagen, daß ich keine Freude habe, wenn er das Wesentliche aus meinem Schlußwort sagt - Er nimmt das "Fleisch aus der Suppe" und läßt mir die Suppe übrig! Diese Mitteilung lasse ich Dir jetzt einmal hinüberkommen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Jeder von Ihnen hat diesen grünen Bericht erhalten, in dem Müllmengen angeführt sind, wo Sie mit Müllmengen jonglieren können!

Das wird natürlich jetzt ein längeres Schlußwort, weil mehrere Problemkreise angesprochen wurden.

Das eine - der vorliegende Akt behandelt ja nur das - ist die Erweiterung der Mülldeponie. Je nach Anfall der Restmüllmenge, die ja verringert werden soll - wenn der Sinn der Verpackungsverordnung, die aufgrund des Bundes-Abfallwirtschaftsgesetzes beschlossen worden ist,

in die Tat umgesetzt wird -, sinkt die Müllmenge, und wir können unsere Restmülldeponie noch weitere 7 - 15 Jahre (mit so hohen Unterschiedsgraden müssen wir rechnen) betreiben. Der Schüttabhang in der alten Deponie zur Waldseite hin ist noch so weit in Ordnung zu bringen, daß diese Mengen hineingehen.

Weiters sinkt das Müllaufkommen nur unwesentlich, weil wir früher die Mengen Grünschnitt einfach mit aufplaniert haben und zur sicheren Führung der Deponie brauchten. Heute können wir feststellen, daß wir über 2.000 m³ Grünschnitt und Grünabfälle nach Sierning zur Kompostierung verbracht haben. In unserem ursprüngl. Vertrag ist ja vereinbart, daß die Müllmengen, die der BAV Steyr-Land (also die ehem. Reinhalt-Gemeinden und jetzt BAV) hereinliefert, in Form von Grünschnitt refundiert werden. Wir rechnen uns gegenseitig die Tarife auf. D. h., die Kubikmeter-Mengen, die echt in Steyr verbleiben, sind bei dieser Rückrechnung relativ gering. Das funktioniert übrigens ausgezeichnet. Die bäuerliche Kompostieranlage in Sierning erfüllt voll ihren Zweck. Darum habe ich auch im Abfallverband Steyr-Land dokumentiert, daß wir an einer bäuerlichen Kompostierung interessiert sind und auf die Ausbringung des Kompostes auf bäuerliche Nutzflächen Wert legen - gegenüber

einer umhausten Kompostieranlage, die uns in Steyr einen 4fachen Tarif einbringt und den Bauern Schwierigkeiten in der Verwertung der Kompostanfalle. Im Ausland ist es ja schon so, daß es die berühmte Böschung, die man mit Kompost begrünt, gar nicht gibt. Bei uns fallen bei Baumaßnahmen so viele Erdmengen an, um Böschungen leicht mit Erde begrünen zu können.

Die Erweiterung der Mülldeponie, die vorerst einmal in Planung befindlich zur Debatte steht, wird in etwa das Gebiet umfassen von den jetzigen Sperrmauern (wo jetzt der Zaun steht) zur Straßenabfahrt, die jetzt neu geschüttet wurde. Also ein riesiges Gebiet, und es wird ungefähr einen Zeitraum von 30 Jahren umfassen, es mit Restmüll aufzufüllen.

Die Fa. Waizinger steht auf dem unteren Teil, und es ist noch nicht notwendig, sie jetzt in einer Panikreaktion schon geistig woanders hinzuverrücken. Im Plan des Dr. Ingerle ist bereits die Verlagerung der Sperrmüll-Trennanlage an den unteren Rand zur Enns hin enthalten. Das wäre auch betriebswirtschaftl. richtig, denn Waizinger kann dann seine anfallenden Müllmengen richtig und logistisch unterbringen. Jetzt sind die Einfahrtsradien für LKW mit Anhänger zu klein usw.

Ich möchte jetzt noch etwas zu dieser "Dolchstoß-Legende" sagen, daß wir jetzt unser eigenes

Mülltrenn-Werk umbringen wollen - die "Dolchstoß-Legende", daß wir den draußen haben wollen oder gar, daß uns, Hr. Dr. Pfeil, die Firma Waizinger einen so großen Gefallen erwiesen hat. Das können wir alles vergessen; das sind Legenden für irgendeine erste Volksschul-Klasse.

In unserer marktwirtschaftl. Ordnung der Wirtschaft gibt es so etwas nicht. Es gibt keinen Gefallen, den eine Firma einer Gemeinde erweist - umgekehrt eher noch. Aber es gibt keinen solchen Gefallen, sondern hier wird gerechnet. Und wenn die Rechnung stimmt, dann wird das gebaut oder übernommen. Wenn es momentan nicht stimmt, dann im Hinblick auf spätere Entwicklungen.

Jetzt wollen wir einmal die Eigentums-Verhältnisse ins rechte Lot rücken, lieber Hr. StR Holub. Die ARA, die die Lizenzen vergibt, und die ARA, die die Gelder einsammelt von den Lizenzträgern, kassiert im Jahr zw. 3 und 4,5 Mrd. S in Österreich. So genau ist es noch nicht heraußen, denn derzeit kassieren sie und entsorgen noch nicht! Das ist einmal ein kleines "Körpergeld" in Höhe von 1 Mrd. S, das sie sich sozusagen als Betriebskapital selbst aufrechnen. Sie tun überhaupt noch nichts, als "goschert" sein!

Wie sind die Mehrheitsverhältnisse bei der ARA? Die gehören dem Österr. Wirtschaftsbund, bekanntlicherweise eine tragende Organisation der

ÖVP! Jetzt reden wir gleich einmal weiter. Diese ARA hat sich dann eine Vertriebsorganisation geschaffen, nämlich die ARGEV (Arbeitsgemeinschaft Verpackung), die aus diesen 3 - 4,5 Mrd. S dotiert, die Einsammlung, Sortierung und Verwertung der Verpackung als Aufgabe gestellt hat. Diese ARGEV sucht sich je Region einen Regionalentsorger. Die haben mich als Abfallverbands-Obmann angeschrieben, ob wir - das haben wir im Umweltausschuß besprochen - etwas gegen die Bewerber (die Entsorger sein wollen) einzuwenden haben, die sie uns genannt haben, darunter Waizinger und Bittner.

Ich kann schriftlich nachweisen, wie meine Stellungnahme gelaute hat: "... wir haben mit beiden Bewerbern Geschäftsverbindungen, ...wir haben über beide Firmen nichts Negatives auszusagen ...".

Die ARGEV vergibt nämlich die Aufträge beinhart nach dem Rechenstift der ÖNORM. Das wurde mir gesagt. Die ARGEV hat zwar 2 Geschäftsführer, aber mit denen kann man nicht reden, weil sie nie anzutreffen sind. Die waren noch nie in Steyr, aber Steyr ist nicht so wichtig - das ist ganz klar! Trotzdem geht es hier um ein Geschäftsvolumen in Steyr von 7 - 20 Mill. S/Jahr. Da werden dann natürl. die versch. Politiker befragt und einseitig informiert. Du, Koll. Holub, hast dort von Waizinger einen

Umschlag liegen, daher ist mir klar, daß er bei Dir war!

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist kein Waizinger-Umschlag!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nein, da liegt noch etwas darunter! Ich habe nämlich nur Sehschwierigkeiten bis zu einem 3/4 Meter, aber in die Weite ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Es ist ja keine Schande, wenn sich die Fa. Waizinger an den Karl Holub wendet. Die waren ja bei mir auch und bei Hr. Dr. Pfeil ebenso. Sie gehen ja überall hin, weil das in meinen Augen eine ganz legitime Suche nach Umsatz und Geschäft ist. Ich kreide ihnen das nicht an!

Stellen wir jetzt einmal diese beiden Entsorger gegenüber, von denen ich gesagt habe, daß wir mit ihnen Geschäftsverbindungen haben und daß sie seriöse Firmen sind! Die Fa. Waizinger ist hier seit ungefähr 2 Jahren im Geschäft. Und eines muß man ganz deutlich aussprechen: sie sind Sperrmüll-Sortierer. Nichts anderes wurde im Vertrag mit der Fa. Waizinger hier im GR beschlossen, als daß sie Gewerbemüll (Sperrmüll aus Gewerbebetrieben) und Sperrmüll aus dem Umland und aus Steyr

sortieren. Daß sie einen 25%igen Sortieranteil erreichen müssen, wissen wir aus dem Vertrag; das ist kein Geheimnis! Daß sie diese 25 % in den 2 Jahren nur mit Schwierigkeiten erbracht haben, wissen wir auch. Aber die Umweltbedingungen haben sich geändert. Die bisher sehr gierige Papierindustrie, die gejammert hat, daß sie zuwenig Altpapier haben, sagt jetzt plötzlich: "Wir haben genug Altpapier! Was machen wir, damit der Preis sinkt? Bitte zahlt uns etwas". Das ist wie im Kripperl. Der "Bäcker-Nazi" bringt auch seine Semmeln nicht an!

Zahlt uns etwas, haben sie gesagt - Waizinger soll jetzt bezahlen, wo er einst etwas erlöst hat! Früher hat Waizinger beim Metall pro Tonne Stahlschrott 300 - 400 S erhalten; jetzt muß er für Eisenschrott (das ist das meiste) 400 S zahlen. Das kennen wir, denn wir haben den ganzen Sommer um die Anhebung der Tarife verhandelt, was ihm auch gewährt wurde.

Jetzt gehen wir zur Firma Bittner. Hier wird schon wieder Hintergründiges angeführt. Es ist ja bekannt, daß er vom Freien Wirtschaftsverband - einer uns nahestehenden Organisation - der Obmann-Stellvertreter ist. Ist das schlecht?

STADTRAT KARL HOLUB:

Das hat niemand behauptet!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Othmar Schloßgangl ist auch Wirtschaftsbund-Obmann und ein anständiger Mensch!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ist das schlecht? Ist es schlecht, wenn jemand einer Fachorganisation vorsteht? Und ist es schlecht, wenn er sich um ein Geschäft bewirbt? Das frage ich Sie. Das kann nicht schlecht sein! Denn die Firma Bittner entsorgt seit fast 10 Jahren in Steyr Glas, Papier, Metalle und Kunststoffflaschen. Und was soll jetzt passieren? Er stellt zu seinen ca. 400 Containern, die in Steyr herumstehen, jeweils einen dazu. In diesem Container wird dann vom - es ist noch nicht sicher - "Milchpackerl" bis zur Zahnpastatube jede Verpackung entsorgt. Er bringt das in sein Sortierwerk, dort sortiert er es und verkauft es der ARGEV. Aber den Zuschlag bekommt er weder von der Stadt Steyr noch vom Abfallverband noch von sonst irgendjemandem. Den bekommt er ausschließlich von der ARGEV. Die ARGEV hat sich bereits mittels FAX an uns gewendet. In den Wirtschaftskammer-Nachrichten wurde schon veröffentlicht, daß die Firma Bittner von der ARGEV den Zuschlag für Steyr, Steyr-Land und Kirchdorf als Regionalentsorger erhalten hat - ohne, daß wir etwas gewußt haben. Da steht es drinnen, das war die erste Mitteilung, die wir

erhalten haben. Darauf hin wollten wir mit Dr. Scharff dringendst ins Gespräch kommen, er ist uns immer ausgewichen. Heute wird in Linz zu dieser Zeit ein Vertrag unterschrieben, wo Bittner als Regionalentsorger für Steyr von der ARGEV festgesetzt wird.

In diesem sog. "Triangelvertrag" der Verpackungsverordnung ist aber festgelegt, daß der jew. Abfallverband der Region - egal, wo das ist - mit dem Entsorger der ARGEV einverstanden sein muß. Also eine Gegenzeichnung, eine Dreifach-Wertung.

Ich sehe nicht ein, wenn sich die ARGEV die Fa. X - ich sage bewußt nicht Bittner - als Partner aussucht in einem privatwirtschaftl. Verfahren, daß der Abfallverband Steyr-Stadt sagen soll, Bittner ist nicht in Ordnung; er darf zwar alles entsorgen, was hier herumsteht, aber für die Verpackung ist er zu dumm oder nicht ausgerüstet oder sonst etwas.

Außerdem sind die Quoten, die heraussortiert werden, in der Verpackungsverordnung genau festgesetzt. Es wird sehr schwierig werden, sie einzuhalten. Ganz gleich, ob Waizinger oder Bittner. Beide werden die Quoten nicht einhalten können, weil nämlich das Neueste ist, daß sich die Firma Tetra-Pack, die alle diese mehrfach beschichteten Papier-Packerl erzeugt, abgesondert hat. Die sind von der ARA ausgetreten. Sie nehmen keine

Lizenzen, sondern wollen über die Werbefirma FELBRA ein eigenes Entsorgungssystem aufbauen, weil es hier um 1 Mrd. S/Jahr in Österreich geht. Der Betrag von 1 Mrd. S ist eben ein hoher Anreiz, hier geschäftlich tätig zu werden.

Wir werden wieder die Schwierigkeiten haben, weil die "Reklamefritzen", die ein halbes Kilo Papier in den Briefkasten bringen, dann ein Sackerl auf die Türschnalle hängen. Am Freitag, wenn sie wieder ein halbes Kilo bringen, damit die Fa. Bittner das entsorgen darf, sollen sie dann das volle Sackerl mit den Tetra-Packs mitnehmen zur Entsorgung.

Meine Damen und Herren, das ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn das ist keine Entsorgung, das ist nur der Ansatz einer Entsorgung. Eines möchte ich dabei ganz klar herausarbeiten: Jeder von uns ist Konsument - egal, ob er Gewerbetreibender, Bauer oder "nur" Hausmann bzw. Hausfrau ist. Wir alle bezahlen bereits als Konsumenten ab 1. 9. einen Entsorgungsbeitrag, der bis zu 4 S/Kilo irgendeines Materials geht. Wir bezahlen z. B. beim Joghurt-Becher für ein Jogurella 37 Groschen. Das zahlen wir schon länger! Mit der Verpflichtung der Molkereien, das der Wiederverwertung zuzuführen. Die kassieren für Millionen oder gar Milliarden Packungen in diesen Jahren immer 37 Groschen und bekommen nur einen Rücklauf

von 10 Prozent. D. h., sie kassieren 100 Prozent und haben aber nur für 10 Prozent der Verpackungen für die Entsorgung zu sorgen.

So ist es bei uns auch. Wir müssen als Stadt mithelfen und bekommen sogar Geld von der ARGEV für 40 % eines Abfallberaters. Wir bekommen Geld für Werbemaßnahmen - je nach Bevölkerungsschlüssel -, um die Bevölkerung zu animieren, für das, was sie ohnehin schon bezahlt haben, auch noch die Arbeit auf sich zu nehmen. Nämlich, die leere Verpackung zum Container zu bringen.

Wir als Stadt Steyr haben nur Probleme damit, weil die Leute die sog. Fehlwürfe verstärken werden. Im Gesetz heißt es nämlich ganz vornehm: "Fehlwürfe hat die öffentliche Hand zu entsorgen". Wir bekommen jedoch kein Geld dafür! Die Fehlwürfe sind das, wenn meine Frau sagt: "Du kannst mich gern haben mit diesem stinkenden Packerl; das hebe ich nicht eine Woche lang auf!" Dann kommt es ganz normal in den Restmüll.

Wir müssen das dann auf Kosten der Bürger über den Tarif entsorgen. Diese Fehlwürfe werden zunehmen, wenn wir nicht mithelfen, daß ausreichend Container in genügender Nähe stehen. Daher wird die Stadt nur soweit damit beschäftigt sein - wir erhalten Entgelte dafür -, der ARGEV ca. 300 Standplätze zur Verfügung zu stellen. Nicht dem

Waizinger und nicht dem Bittner, sondern der ARGEV. Dafür bekommen wir Stand- und Reinigungsgebühren (die müssen wir nämlich selbst übernehmen). Das wird ca. 1. Mill. S im Jahr ausmachen. Ich verhandle aber noch weiter, denn die Stadt Linz will mehr Geld, und wir hängen uns ihr an!

Soviel zur Klarstellung ARGEV - Bittner. Ich weiß, das ist eine ermüdende Geschichte, aber man muß das so genau erklären, weil es in alle Breiten der Bevölkerung hineingeht.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist eine spannende Geschichte, Erich!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Du machst es spannend, denn Du sagst, hier wird schon wieder etwas "hinten herum" gemacht! Wir wollen dem vorbeugen. Du hast jetzt schon vorgebeugt, daß Du im StS bei diesem Triangelvertrag vielleicht nicht mitstimmst.

Nun zur Frage des Hr. Dr. Pfeil, wer das entscheidet. Hiezu muß ich sagen, daß ich es nicht weiß. Ich habe alle diese Vertragsentwürfe den Hausjuristen zur Sichtung gegeben. Sie empfehlen mir, zumind. den StS damit zu befassen, obwohl nach dem Abfallwirtschafts-Gesetz der Abfallverband selbst rechtl. verpflichtet oder befähigt ist, solche Verträge zu schließen. Nachdem aber der Abfallverband

diese Flächen zur Aufstellung der Container nicht besitzt, wir alles von der Stadt aus hergeben müssen, weil auch die Müllentsorgung eine Stadtangelegenheit ist, bin ich der Meinung, daß ich diesen Vertrag erst nach einer Sitzung des Abfallverbandes paraphiere und ihn dann dem StS zuleite. Bis dorthin ist dann klar - auch in Linz oder Wels -, ob es in den GR geht. Wenn dem so ist, haben wir es dann wieder hier zur Kenntnisnahme. Das ist der rechtl. Weg, den ich mir vorgestellt habe.

Ich glaube, ich kann diese Situation, wo alle auf unseren Schreibtischen ums Geschäft kämpfen, abschließen und ersuche den Bürgermeister um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Eigentlich steht die Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr zur Debatte - wenn ich das zurückholen darf.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Und eigentlich waren wir bisher verhältnismäßig gut unterwegs. Ich glaube, daß unsere bisherige Politik auf dem Umweltsektor herzeigenswert ist, daß wir in solidarischer Weise gemeinsam mit dem Abfallverband Steyr-Land Möglichkeiten geschaffen haben, die Müllproblematik auf

längere Zeit im Griff zu haben. Erstens helfen wir ihnen jetzt zu entsorgen, und wir haben dadurch vermieden, daß über die Fracht der Flüsse der Unrat auf uns zukommt. Zum zweiten haben wir vereinbart, daß wir den Grünschnitt und den Bio-Müll (wenn es ihn einmal gibt) in die Umlandgemeinden hinausbringen können. Das geschieht ja bereits teilweise.

In weiterer Folge haben wir vereinbart, daß das, was jetzt hereinkommt, später wieder hinausverfrachtet werden kann. Und wir haben uns gemeinsam vorgenommen, daß wir auch - das ist dieser Punkt - eine Erweiterung der Mülldeponie anstreben. Das Land OÖ. - unter dieser Patronanz ist ja diese Vereinbarung zustande gekommen - wird uns behilflich sein, auch dieses Projekt durchzuführen.

Diese Maßnahmen werden dazu führen - wenn sie so funktionieren, wie wir sie geplant haben und das Müllaufkommen nicht größer wird als gegenwärtig -, daß wir das Problem bis zu 30 Jahre im Griff haben können. Das sind die Prognosen; das wurde von den Experten der Oö. LR und auch von unseren Fachleuten errechnet.

Jetzt kommt diese Verpackungsverordnung, die eigentl. noch bessere Voraussetzungen schaffen müßte, aber sie verwirrt momentan unsere Bemühungen ein wenig. Wir sollten uns nicht - nur weil möglicherweise ein paar

Geschäftsinteressen aufeinander prallen - verwirren lassen. Setzen wir diesen Weg fort. Ich glaube, daß hier an und für sich eine sehr große Übereinstimmung besteht.

Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr, über diesen Auftrag, der vergeben werden soll, um die Planung zu machen. Wer mit diesem Auftrag bzw. mit dieser Vergabe einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich danke. Mein nächster Punkt beinhaltet den Antrag, daß Sie einem Vertrag die Zustimmung geben sollen, wo Deponie-Abgase nach Reinigung dem RHV Steyr, dessen Vorsitzender ich zufällig auch bin, verkauft werden. Damit muß dieses Gas nicht wie jetzt abgefackelt verbrannt werden, sondern kann einer nutzvollen Verwertung zugeführt werden.

4) ÖAG-4766/88

Müllabfuhr

Deponiegasnutzung durch den RHV Steyr und Umgebung; Abschluß eines Liefervertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allg. Rechtsangele-

genheiten und Privatwirtschaftsverwaltung vom 29. September 1993 wird dem Abschluß eines Liefervertrages für Deponiegas zwischen der Stadt Steyr und dem RHV Steyr und Umgebung zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. Dr. Schwager gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, es ist an der Zeit, daß wir wieder zu einem Thema kommen, wo wir uns auch schon alleine über die Begriffsinhalte einig sind. Ich kann mir vorstellen, daß die beiden Herren Vizebürgermeister dann, wenn es um den Begriff des Fehlwurfes geht, vielleicht ganz etwas anderes verstehen.

Gelächter

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Wir kommen auch weg von dem Thema "packeln". Das hat zwar Hr. Vbgm. Sablik nur als Hauptwort gebraucht. Wir kommen auch weg von dem Thema "Kuverts" und kommen zu einem Thema, das für uns als Stadt hier im Verhand-

lungsgegenstand hoffentlich nur Gewinn bringen kann.

Wir haben aus der Deponie anfallendes Gas in der Form von - wie es so schön heißt - CH₄, auf gut deutsch Methan, bzw. Gas mit einem ca. 95 %igen Methangehalt. Dieses Gas fällt uns an, ob wir wollen oder nicht, und hier können wir es wirklich nutzbringend verwerten.

Es gibt, wie Sie aus dem Amtsbericht schon entnommen haben, eine Vorvereinbarung zw. einem Industriellen bzw. Gewerbetreibenden (das Einbringen der Größenordnung überlasse ich Ihrer Phantasie) und dem RHV. Jetzt gilt es vor allem einmal, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der RHV diese Vereinbarung, die ja dann mittelbar der Stadt Gewinn bringt, erfüllen kann.

Die vertragliche Regelung, die hier zw. Stadt und RHV vorgesehen ist, ist von unserer Sicht aus nur zu begrüßen. Denn sie bringt der Stadt eigentl. nichts anderes außer Gewinn. Wie Sie dem Amtsbericht entnommen haben werden, sind die wesentl. Investitionen, die die Stadt treffen, schon gezahlt, schon erledigt, schon gebaut. Die vertragl. Bestimmungen, die hier anfallen, sind so, daß der Stadtgemeinde kaum ein Schaden erwachsen kann - soweit ich das heute aus dem Begleittext gesehen habe; die Erläuterung ist eigentl. ziemlich klar, daß der Stadt kaum ein Schaden erwachsen kann. Interessant ist -

hier wird jeder, der mit Verträgen etwas zu tun hat, aufschauen - die hier gewählte Art der Wertsicherung. Ich sehe die Feder des Ing. Deutschmann, der sich hier als wirklich - ich kann das ruhig sagen - denkender Kopf etwas einfallen hat lassen. Daß man nämlich eine Mischwertsicherung, einerseits aus dem Verbraucherpreisindex 1986, heranzieht und andererseits ein arithmetisches Mittel zu einer Wertsicherung auf der Basis des Erdgaspreises nimmt. Damit hat man die rein kaufmännisch mathematische Ermittlung des VPI und auf der anderen Seite aber auch das Moment des an sich pol. Preises, des Gaspreises. Der Gaspreis ist anderen Schwankungen unterworfen, wie wir wissen, als der Verbraucherpreisindex. Beim VPI hat es mir - solange ich mich zurück erinnern kann und soweit ich Tabellen jemals zurück gelesen habe - noch nie ernsthaft gefallen. Beim Gaspreis ergaben sich sehr wohl auch schon Rücknahmen.

D. h., daß hier eine Art der Wertsicherung erdacht wurde, die durchaus begrüßenswert ist. In diesem Zusammenhang kann man ja auch der Stadt nur wünschen, daß sie sich in weiterer Sicht und auf anderer Ebene - leider ist jetzt unser Hr. Finanz-Stadtrat nicht anwesend - nicht allzu große "Keuschheitsgürtel" umschnallen soll, wenn es um Investitionen in Richtung Gasnetz geht. Der Verkauf des

Stadtgases ist für die Stadt ein Geschäft. D. h., wir sollten hier an Investitionen nicht sparen und auch dann nicht - das sei eben zum kommenden Budget gesagt -, wenn momentan die Mittel etwas eng sind.

Das gehört meines Erachtens auch in die Richtung des deficit spending; daß man eben auch in schlechten Zeiten in eine Richtung investiert, die à la longue - das dauert gar nicht so lange - Gewinn bringen wird.

Zum vorliegenden Vertrag zurück. Ich glaube, daß wir hier auch - wenn wir an einen der zuletzt Profitierenden denken, nämlich an die Fa., die hier erwähnt ist - eine pol. Altlast teilw. wieder gut machen können. Wir wissen, wie - zufolge des nicht gerade glücklich seinerzeit ausgemessenen Resthofkanales - diese Firma wasserrechtl. geradezu gestraft (wenn auch jetzt nicht formal-juristisch richtig, aber wirtschaftlich) wurde, als eben sie die Folgen dieser zu geringen Dimensionierung zu tragen hatte.

Insgesamt zusammenfassend für mich, für meine Fraktion kann ich nur unsere Zustimmung dazu äußern. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Hr. StR Eichhübl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Ich habe ja bereits in der StS-Sitzung, als dieser Antrag behandelt wurde, einen zarten Hinweis in die Richtung gemacht, daß ich an und für sich als zuständiger Referent der Stadtwerke (in dieser Eigenschaft bin ich auch für den Verkauf von Erdgas zuständig) eigentl. aus Konkurrenzgründen dagegen sein müßte, daß man einen derartigen Antrag beschließt.

Aber 3 Gründe darf ich doch anführen, die mich dazu veranlassen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. - Koll. Holub macht den Mund schon wieder zu; ich habe bereits das saniert, was ich anfangs angekündigt habe, nicht zu tun.

3 Gründe sind es also: Erstens ist wirklich eine sinnvollere Nutzung mit diesem Gas vorgesehen, als eine Verbrennung vor Ort. Zweitens wird eine Einnahmequelle für die Stadt Steyr erschlossen. Und drittens ist es eine günstige Energiequelle für die Fa. Sommerhuber; ihr soll ja in erster Linie dieses Deponiegas zukommen.

Auf die notwendigen künftigen Erdgas-Aufschließungen hat bereits mein Fraktionskollege Dr. Tilman Schwager hingewiesen; ich werde ja noch Gelegenheit haben, im Rahmen eines Antrages, den ich Ihnen heute vorzutragen habe (da geht es nämlich um Aufschließungsmaßnahmen), aus meiner Sicht

noch breiter darüber berichten zu können.

Noch einmal, ich werde selbstverständlich - wie meine anderen Fraktionskollegen - diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke für die Lobpreisungen des Projektes! Hr. Dr. Schwager, wir haben sehr lange über die Art der Sicherung des Indexes herumdiskutiert. Der Gaspreis beruht ja auf dem "Einstandspreis Ingolstadt des Erdöles". Das ist für ganz Westeuropa der Index. Wenn die Russen billiger liefern, nur deshalb, weil sie Devisen brauchen. Wir als Stadt machen uns zunutze, daß die Ferngasgesellsch. Preiswertes liefert.

Zuerst wollten wir mit diesem Gas in die städt. Leitung hineingehen; d. h. anspeichern. Aber das geht aus Spannungsunterschieden nicht. Außerdem hat dieses Gas nur den halben Heizwert.

Bei diesen "Klimatagen" wurde auch besprochen, daß alle österr. Kühe Methangas in einer Größenordnung erzeugen, daß Wien ganzjährig heizen und beleuchten könnte. Schade um dieses Gas. Vielleicht können wir es einsammeln mit dem Stadtgut,

wenn der "Herr Oberbauer" eine Rinderzucht einführt.

Nun bitte ich aber um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Auch hier ist Einstimmigkeit gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Mit dem nächsten Antrag stelle ich Ihnen den Umweltbericht vor und bitte Sie, ihn pos. zur Kenntnis zu nehmen. Sie haben ihn bald genug erhalten. Die Vertreter der einzelnen Parteien haben im Umweltausschuß Gelegenheit gehabt, vor Fachpublikum zu diskutieren. Ich möchte diesen Plan sehr loben, denn er gibt eine umfassende Erklärung von den wichtigsten Teilen unserer Umwelt. Er kann nicht alles umfassen, da hätte er nämlich 500 Seiten.

Voriges Jahr haben wir viel über die Wassergüte der Enns mitgeteilt. Jetzt ist die Wassergüte des Steyrflusses Hauptthema des Umweltberichtes. Ich muß sagen, ich freue mich, daß wir Zustandsklassen haben, die unsere Gewässer praktisch einem Nationalpark gleichstellen, wo durch natürl. Verunreinigungen - beispielsweise durch Abrutschen von Erdhängen udgl. - das Wasser getrübt wird. Wenn sich vielleicht auch noch Grünburg

und die anderen Gemeinden dem RHV anschließen könnten oder möchten, würde die Wassergüte der Steyr noch weiter steigen. Im letzten Viertel hinten sehen Sie dann die Sammelergebnisse der Anlieferungen. Man sieht ganz deutlich, daß die Anlieferungsmenge von Sperrmüll - darüber haben wir heute schon gesprochen - abgefallen ist von 3.900 t im Jahr 1991 auf ein Normalvolumen von 1.903 (ohne RHV-Gemeinden). Das liegt nicht daran, daß die Leute weniger wegwerfen, sondern das liegt daran, daß der Betreiber des Sperrmüllwerkes gebeten hat, mit Sperrmüllaktionen ein ganzes Jahr zurückzuhalten. Wir haben nur das Notwendigste weggebracht, damit er für den Probetrieb genügend Material zur Verfügung hat. Wir dürften uns jetzt eingependelt haben, und ich darf mitteilen, daß wir schon fast 800 Einzelabholungen im Stadtgebiet Steyr durchgeführt haben, und daß niemand länger als 2 Tage warten muß, daß sein telefonisch angemeldeter Sperrmüll abgeholt wird. Diese Aktion wird von der Bevölkerung sehr stark angenommen, und wir müssen nicht straßenweise, unter Blockierung sämtl. Fahrzeuge des ehem. städt. Wi-Hofes, den Sperrmüll abtransportieren. An dieser Stelle möchte ich an die Bevölkerung appellieren - es wird nicht hinausdringen, aber ich sage es trotzdem -, daß es so auch nicht geht, daß jemand

sämtl. Altreifen (wie heute in Münchenholz) der ganzen Umgebung sammelt und sie dann auf der Grünanlage deponiert. Er hat sich dann auch noch beschwert, daß die städt. Entsorgung nicht funktioniert. Ich war dort und habe mir das angesehen - so geht es nicht. Es gibt eben einmal eine Unterscheidung von Sondermüll, gefährliche Abfälle udgl. Mein Appell, bitte wirklich nur verwertbaren Sperrmüll dort hinzugeben.

Unsere Sammelinsel vor dem ehem. städt. Wi-Hof, also vor dem Umweltamt, wird sehr rege angenommen - die Containerquellen förmlich über. Wir haben diese "Vorsuche" nach verwertbaren Abfällen schon so organisiert, daß sich Leute dort unten aufhalten, die ganz gierig darauf warten, verwertbare Abfälle für ihren Flohmarkt mitnehmen zu können.

Ich glaube, es wäre sinnlos, wenn ich den ganzen Umweltbericht - ich denke nicht daran, ihn zu verlesen - im Detail besprechen würde; daher bitte ich um Abstimmung bzw. Diskussion.

5) UMW-13/93

Umweltbericht 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der seitens der FA für Umweltschutz und Abfallwirtschaft erstellte Umweltbericht für das Jahr 1992 wird zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort ist Hr. GR Fürweger gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Hr. Vbgm. Sablik, erlauben Sie mir, daß ich schon etwas zum Umweltbericht erläutern darf. Ich habe mich voriges Jahr beim Umweltbericht zu Wort gemeldet und geglaubt, daß Sie das beim Umweltbericht für 1992 ein bißchen berücksichtigen werden. Leider mußte ich beim Studium feststellen, daß dem nicht so ist. Heute wurde schon sehr viel über Abfall gesprochen. Für mich bedeutet Umwelt nicht nur Abfall, sondern auch Luft und Wasser. Wenn ich mir den Umweltbericht kurz ansehe: Die Luftbelastung wird in Steyr nur an einer Stelle gemessen - in Münichholz an der Holzstraße. Voriges Jahr haben wir schon gefordert, daß man mobile Luftmessung durchführt. Z. B. auf dem Posthofberg, wo wir alle wissen, daß zu Spitzenzeiten die Belastung so extrem ist, daß kaum mehr Fußgänger zu sehen sind. Wir wissen, daß oben ein Kindergarten vorhanden ist. Wir wissen auch, daß wir einen Tunnel in Steyr haben, bei dem es eine Ampel für rot und grün gibt. Jetzt gibt es Zeiten, wo der Verkehr sogar schon im Tunnel zum Stehen kommt. Mich würde

interessieren, wie die Luftbelastung bei den Spitzenzeiten ist.

Ich habe voriges Jahr schon gesagt, in der Firma wird beim Arbeitsplatz gemessen, wo es am lautesten ist und wo es die meiste Staubbelastung gibt. Wir sollten in Steyr auch dort messen, wo wir wissen, daß es wirklich am extremsten ist!

Der Lärm wird beispielsweise überhaupt nicht "angerissen" im Umweltbericht. Wir wissen auch, daß die Lärmbelastung auf dem Posthofberg sehr groß ist - überhaupt an den Straßenzügen. Ich vermisse das komplett!

Wenn ich zu den folgenden Seiten weitergehen darf. Hier sind sehr schöne Kopien, aber die ganzen Diagramme sind eigentl. nicht sehr aussagekräftig. Ich würde mir das ein bißchen transparenter wünschen.

Zu den zwei Seiten Wetterbericht. Daß es im April unbeständig war und im November oft geregnet hat, mag vielleicht interessant sein, aber für einen Umweltbericht ist es meiner Meinung nach nicht so. Der Juli wird erwähnt mit Ozonbelastung. Das nehme ich zur Kenntnis, denn das ist auch etwas wichtiges, aber die anderen Sachen sind nur viel "Geschreibsel"!

Zur Wassergüte. Gleich im Einleitungstext wird geschrieben: Nur jene Teile werden ausführlich beschrieben, die das Stadtgebiet von Steyr umfassen. Wenn ich dann in der Mitte dieser Seite 13 lese, 24 km

rechtsufrig und 18 km linksufrig mit Zustandsklasse I, dann kann sich das nicht auf Steyr beziehen. Es wird - glaube ich - nur vom Land OÖ. etwas abgeschrieben, aber nicht auf Steyr bezogen. Das Trinkwasser wird z. B. im Umweltbericht überhaupt nicht erwähnt. Im Gegenteil, wir haben dann 20 Seiten Beschreibungen von der Steyr. Wir wissen alle, wie die Steyr aussieht; auch wie das Ufer aussieht, ob es bewachsen oder verbetoniert ist. Ich fürchte mich auch nicht, daß sich in Zukunft etwas Großes ändern wird, da haben wir ja eine Bauordnung. Mich würde jedoch interessieren, ob es noch Einleitungen gibt im Stadtgebiet von Steyr. Man kann doch an manchen Tagen sehen, daß es Schaum auf der Steyr gibt. Ich habe das schon oft angeschnitten. Es ist sehr schwer, nachzuvollziehen, von wo das kommt. Ich bin kein "Umweltdetektiv", aber das würde mich interessieren - vor allem, wo dieser Schaum herkommt, wieviele Einleitungen wir noch im Stadtgebiet von Steyr von offenen Kanälen haben etc. Es ist hier irrsinnig viel an Papier gemacht worden. Hinten ist Ihr Hauptschwergewicht, Hr. Vbgm., der Abfall. Hier fehlt mir ein wenig der Bezug zur Müllvermeidung. Ich könnte mir vorstellen, daß man sehr wohl die Kaufhaus-Leute in Steyr, die führenden Chefs dieser Firmen an einen Tisch zusammen setzt und sie ersucht - wir können es

ihnen nicht verbieten -, manche Produkte aus dem Sortiment zu nehmen. Das war im letzten CLUB 2, der sehr interessant war mit der Ministerin Rauch-Kallat. Von Fr. Langthaler wurde angeschnitten - sie hat die Ex-Ministerinnen auch gefragt -, warum Alu-Dosen oder PET-Flaschen nicht verboten werden. Ich könnte mir vorstellen, daß wir in Steyr einmal versuchen, unsere führenden Wirtschaftsleute anzureden, diese Artikel nicht mehr zu führen. Man kann den Inhalt sowieso in anderer Form kaufen; es geht ja um den Inhalt und nicht um die Verpackung, wenn sich die Leute etwas kaufen. Ich glaube, das wäre ein Schritt vorwärts - aber nicht, indem man uns immer wieder Zahlen präsentiert usw., mit denen wir im Grunde nicht viel anfangen.

Daß der Restmüll jetzt - das steht auch hier herinnen - mehr wird, glaube ich nicht. Im Gegenteil, meiner Meinung nach wird er weniger werden, wenn die Leute wieder mehr trennen.

Ganz hinten ist ein Bericht des Umweltausschusses. Das wäre eigentl. das interessanteste - hier hätte ich mir erwartet, daß wirklich zu den einzelnen Punkten berichtet wird. Wir wissen aus den Medien, daß es im Wolfener Wald bei dieser Firma Probleme gegeben hat. Wir wissen, daß es eine illegale Müllhalde gegeben hat. Ich hätte mir gewünscht, wenn es ein Bericht

ist, daß auch drinnen steht, wo es in Steyr hapert. Das vermisste ich! Deswegen stelle ich im Namen meiner Fraktion einen Antrag auf Zurückstellung dieses Berichtes und Neufassung; und zwar mit Berücksichtigung der fehlenden Sachen. Ich glaube, die Umwelt ist wirklich eine wichtige Sache. Ich habe einmal eine Statistik gelesen, leider ist sie jetzt wieder auf die Position 7 zurückgefallen. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage haben die Leute mehr Probleme mit ihrem Arbeitsplatz als mit der Umwelt. Aber ich glaube, das, was wir uns in den letzten 10 Jahren aufgebaut haben, sollten wir genauso weiterführen und nicht aufgrund der schlechten Wirtschaftslage bei der Umwelt alle Augen zudrücken. Ich bitte Sie, daß Sie unserem Antrag die Zustimmung geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich habe zuerst den Vorsitz übernommen. Nächster am Wort ist Hr. Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Koll. Fürweger hat schon eine Reihe von Sachen gesagt, die ich eigentl. auch sagen wollte. Wie z. B. die fehlenden Teile über das Trinkwasser und über Lärm. Wir haben gerade besprochen, ob wir Ihren Antrag auf Zurückstellung unterstützen. Wir werden ihn unterstützen. Ich möchte jetzt nur kurz noch einige Tips geben,

welche Punkte im Umweltbericht 1993 enthalten sein könnten.

Z. B. eine Flächenbilanz, wo aufgelistet ist, was im vergangenen Jahr verbaut wurde, wie groß die Fläche war und welche Gebiete biologisch aufgewertet wurden durch irgendwelche Maßnahmen.

Man könnte auch einen Überblick über die vorhandenen freien (noch nicht verbauten) Flächen hineingeben und eine Bewertung dieser Flächen vornehmen, in welchem biologischen Zustand sie sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch auf das StEK von Prof. Breitling hinweisen, wo man z. B. auch solche Sachen gebrauchen kann, wenn sie einmal erfaßt werden.

Uns wurde schon seit längerer Zeit versprochen, eine Diplomarbeit in Auftrag zu geben, in der die ganzen emittierten Strukturen erfaßt. D. h., wir zeichnen auf einer Karte ein, welche Betriebe oder anderen Dinge Schadstoffe ausstoßen und wie gefährlich das ist.

Auch ein Teil einer Biotop-Kartierung könnten drinnen sein. Ich möchte dazu noch den Hinweis geben, daß das Land OÖ. in den nächsten Jahren eine solche durchführen wird. Wir von der Stadt können an das Land herantreten und sagen, fangt bei uns an, wir sind bereit, das zu unterstützen.

Jetzt möchte ich noch kurz auf den Punkt eingehen, der den Beitritt zum Klimabündnis

betrifft. Ich weiß nicht, ob Sie das schon wissen. Es hat jetzt in den letzten Tagen eine Reihe von Veranstaltungen gegeben, wo auf die Problematik des Regenwald-Abbaues und auf die 3. Welt-Problematik hingewiesen wird. Es geht bei diesem Klimabündnis darum, daß die Stadt - auch Linz, Wels und Braunau oder das Land OÖ. sind dabei - sich selbst verpflichtet, innerhalb der nächsten Jahre die Emissionen im CO2-Bereich um die Hälfte zu verringern. Es geht auch darum, daß die Stadt die Solidarität zeigt und bei den amazonischen Indianervölkern z. B für Projekte auftritt, die den ganzen Lebensbereich unterstützen. Es geht auch um ein Manifest, wo sich die Stadt bereit erklärt oder verpflichtet, im Verkehrsbereich den öffentl. Verkehr zu fördern usw.

Wir haben im Umweltausschuß - ich weiß nicht, ob Sie das wissen, Hr. Koll. Sablik - versucht, daß sich die Stadt bereit erklärt, diesem Bündnis beizutreten. Es ist dann irgendwie die Ablehnung von Ihnen gekommen, Sie haben gesagt, wir sind bei so vielen Vereinen dabei, wir brauchen nicht noch einen weiteren Verein. Ich weiß nicht, ob Sie das so gesagt haben, mir ist es jedenfalls so gesagt worden.

Ich glaube, es ist keine Schande für uns, bei einer solchen Sache mitzumachen. Wir sind leider keine Vorreiter mehr, aber es

wäre schön, wenn wir als Stadt hier mitmachen würden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Nun ist Hr. StR Eichhübl am Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Ich möchte diesen Antrag zum Anlaß nehmen, um einen Bereich anzusprechen, der nicht in diesem Umweltbericht 1992 enthalten ist. Und zwar hat GR Fürweger bereits darauf hingewiesen, daß es um das Trinkwasser in unserer Stadt geht. Der Hr. Bgm. hat ja eingangs dieser Sitzung über Maßnahmen, die aufgrund der Verunreinigung durch Perchlorethylen in unserem Grundwasser vorhanden ist, bereits berichtet. Ich halte es für eine Verpflichtung als Obmann des Wasserverbandes der Region Steyr, Sie meine Damen und Herren des GR, noch etwas genauer zu informieren - obwohl ich das bereits bei der letzten GR-Sitzung sehr ausführlich gemacht habe. Die Dinge haben sich jedoch inzwischen verändert. Und zwar folgendermaßen verändert, daß wir im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen dieses Thema bereits als Berichterstattung von seiten der Stadtwerke und von mir als Referent zur Kenntnis erhalten haben. Ich möchte Ihnen das

jedoch - wie ich bereits gesagt habe - nicht vorenthalten.

Am 7. 10. hat es eine Besprechung mit den Beteiligten von seiten des Landes u. der Firma, die diese Sanierungsmaßnahmen durchführt, und Vertretern der Stadtwerke gegeben. Aus diesem Gespräch ist hervorgegangen, daß die Perchloräthylen-Verunreinigung noch intensiver ist, als man anfangs befürchtet hat. Daher mußten zwei weitere Sperrbrunnen und zwei weitere Schluckbrunnen, die grundwasserstromaufwärts zu installieren sind, bei dieser Sitzung beschlossen werden. Inzwischen sind diese Arbeiten bereits in Gang.

Diese Brunnen dienen ausschließlich der Grundwasserreinigung, da sichergestellt werden muß, daß das Brunnenfeld Dietach in seiner Gesamtheit nicht verunreinigt wird und auszuschließen ist, daß dadurch das gesamte Wasser im Bereich unserer neuen Brunnen womöglich dann mit entspr. chem. Mitteln und Substanzen versehen werden muß, um als Trinkwasser weitergegeben werden zu können.

Es geht konkret um die Brunnen 7 und 7 a, die ja bekanntlich als Trinkwasser-Bezugsbrunnen in das Leitungsnetz eingebracht werden. In weiterer Folge hat es sich so dargestellt, daß nicht nur Perchloräthylen, sondern eine weitere Substanz im Grundwasser aufgefunden wurde, die befürchten läßt, daß es zwei

Verunreiniger gibt. Im Zusammenhang mit der Suche nach dem Verunreiniger darf ich berichten, daß es eine weitere Spur gibt. Und zwar möchte ich Ihnen nicht verheimlichen, daß mir eine Person, die mir zwar bekannt ist, zu der ich aber keinen näheren Kontakt habe, mir mitgeteilt hat, daß dort in diesem Bereich eine Firma, die im Nahbereich der Verunreinigung ist, möglicherweise vor etwa 10 Jahren als Verunreiniger aufgetreten ist. Die Annahme, daß es sich um eine Tatsache handelt, wird weiter verfolgt. Daher sehe ich mich außerstande, Ihnen jetzt zu berichten, ob es sich tatsächlich um den Verursacher handelt. Schlußendlich geht es ja darum, daß diese Reinigungsmaßnahmen, diese Sicherungsmaßnahmen unseres Grundwassers einen beträchtlichen Teil unseres Budgets beanspruchen werden. Der Hr. Bgm. hat ja bereits darauf hingewiesen, daß es in etwa um eine Summe von 15 Mill. S geht. Es werden wahrscheinlich nicht 15 Mill. S sein, die man für diese Verunreinigungssanierung braucht, sondern es wird wesentl. mehr sein. Wenn man davon ausgeht, daß diese Maßnahmen, die jetzt gesetzt werden mit den Schluckbrunnen, mit der Strippanlage, über deren Funktion ich dem GR bereits berichtet habe, nicht über Monate in Betrieb gehalten werden müssen, sondern diese Anlagen werden - so schätzen

Fachleute - 3 - 10 Jahre in Betrieb sein müssen, um tatsächlich wieder den Zustand des Trinkwassers herzustellen, wie er vor dieser Verunreinigung bestanden hat.

Ich kann nur nochmals das wiederholen, was der Hr. Bgm. bereits gesagt hat, daß von seiten der Stadt, von seiten der Stadtwerke und den Verantwortlichen alles daran gesetzt wird, um unserer Bevölkerung den Genuß von Trinkwasser zu sichern.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile nun Hr. GR Jansky das Wort.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Sehr geehrter Hr. Bgm., werte Damen und Herren des GR! Ich bin auch Mitglied des Umweltausschusses. Wir haben auch in diesem Rahmen den Umweltbericht 1992 schon behandelt. Wir sind in unserer Fraktion sicher der Meinung, daß man diesen Umweltbericht besser hätte machen können.

Ich schließe mich ebenfalls den Ausführungen des GR Fürweger an, den Bericht im nächsten Jahr ausführlicher und besser zu gestalten. Aber für das heurige

Jahr bzw. für den Bericht '92 wollen wir doch die Müllvermeidung in den Vordergrund stellen und diesen Umweltbericht 1992 nicht dem Müll zuordnen und einen neuen erstellen, sondern zur Kenntnis nehmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Hr. GR Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Was mir auch fehlt in diesem Umweltbericht und richtigerweise von Koll. Fürweger gesagt wurde, ist das Trinkwasser. Wir haben am Beginn der GR-Sitzung von Hr. Bürgermeister und jetzt vom zuständigen StR gehört, daß weitere Sperrbrunnen notwendig sind; ein Schluckbrunnen ist ebenso notwendig - Kosten dafür ca. 15 Mill. S zur Sicherung unseres Trinkwassers.

Der Hr. Bgm. hat auch die Möglichkeit von Molln angeschnitten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich schon unseren Bürgermeister erinnern, daß wir ja seit Jahren im GR über die Möglichkeit der Trinkwasserförderung für Steyr in Molln diskutieren. Gerade bei den entspr. Voranschlägen in den letzten Jahren hat unsere Fraktion immer wieder gefordert, hier tätig zu werden. Es war immer 1 Mill. S lapidar vorgesehen für die Erschließung von

Brunnenfeldern. Damit war es aus und Ende!

Hier stellt sich schon die Frage, meine Damen und Herren des GR, ist hier die Stadt nicht säumig? Hätten wir nicht früher handeln müssen? Jetzt, wo es brennt, ist es meiner Meinung nach schon fast zu spät!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Hr. Koll. Strasser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Vielleicht eine Anregung für unseren Kollegen von der Grünen Fraktion. Er hat nämlich geglaubt, daß man über diese Überschriften hinaus noch die Beiträge hinein schreiben sollte. Das ist Punkt Nr. 5 herinnen. Ich glaube auch, daß es unnötiges Papier ist, weil es nämlich zu jeder Sitzung ein Protokoll gibt. Die meisten Protokolle werden Sie noch nicht haben, bitte erkundigen Sie sich bei Ihren Vorgängern, dann ersparen wir uns wirklich viel! Außerdem steht genau dasselbe drinnen, als würde man es hier herein schreiben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht mehr der Fall.

Ich möchte nur zu Koll. Spöck sagen, daß natürl. beim Trink-

wasser, welches bei uns immer sauber war, erst ein Handlungsbedarf gegeben ist,

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Vorsorgen haben wir gefordert!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Moment! Mir ist das ein so wichtiges Anliegen, daß ich schon bitten würde, es ernsthaft zu betreiben!

Wir haben Sonden, wir haben Analysen, und wir können nach Bekanntwerden eines Analyse-Ergebnisses erst feststellen, ob eine Verunreinigung da ist oder nicht. Erste Verunreinigungen war heuer im Frühsommer vorhanden.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Im Mai!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, Mai. Es wurde sofort reagiert und ein Sperrbrunnen errichtet. Mit den Experten der Oö. LR, der Wasserrechtsabteilung, hat hier in Steyr die Begehung, Sitzung etc. stattgefunden. Die Vorschläge wurden ausgearbeitet, was man in so einem Fall machen kann. Alles ist geschehen, was geschehen konnte! Und alle haben eigentlich gemeint - aufgrund der Grundwasserströme, die wir übrigens erst seit drei Jahren kennen, weil die Ergebnisse erst seit dieser Zeit vorliegen -, es würde hier diese gesamte Verunreinigung über

diesen Sperrbrunnen entsorgt werden können.

Es hat sich gezeigt, daß hier "eine Fahne vorbeigegangen ist" - das habe ich schon einmal gesagt -, und unsere Sonden und die weiteren Analysen, die genaue Beobachtung der Entwicklung hat ergeben, daß zusätzl. Maßnahmen Platz greifen müssen. Auch das ist sofort geschehen! Wir sind nicht das leiseste Risiko eingegangen. Es wird sogar so weit gegangen, daß auch für den Fall, daß das auch noch nicht ausreichend ist, Vorsorge getroffen ist.

Man kann ja nicht Sperrbrunnen bohren, wenn das Wasser sauber und rein ist, lieber Willi. Ich bitte dafür um Verständnis!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Bei der Erschließung von Brunnenfeldern sind wir säumig!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Man kann ja nur etwas tun, wenn eine Verunreinigung gegeben ist. Wir wünschen uns alle, daß es keine gibt, aber wir sind davor nicht gefeit. Und wir sind leider nicht die einzigen!

Ich glaube, in diesem Kreis sollte wirklich nicht der Eindruck erweckt werden, daß sich irgendjemand beim Wasser nicht bemüht hätte. Da gibt es wirklich keine Entschuldigung dafür, wenn man etwas unterlassen würde. Man muß schon genau sagen, was man noch hätte machen können. Mir ist nichts

bekannt! Alle unsere Fachleute haben sofort reagiert, eine Krisensitzung hat sofort stattgefunden und es ist keine Stunde verstrichen, ohne daß sofort darauf reagiert wurde. Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit klarstellen. Ansonsten könnte ja der Eindruck zurückbleiben, man hat sich nicht ausreichend bemüht und abgewartet, daß sich diese Angelegenheit von selbst wieder erledigt. Dem ist nicht so! Ich stelle das klar, denn das ist mir sehr wichtig!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Das habe ich auch nicht gesagt!

STADTRAT KARL HOLUB:

Das hat er nicht gesagt. Was er zum Ausdruck gebracht hat, war, daß man ein alternatives Brunnenfeld suchen müßte, um nicht auf einem Versorgungsbein zu stehen! Wenn ich ihn richtig verstanden habe.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich anders verstanden. Das war mißverständlich, denn für mich ist der Eindruck entstanden, man hätte schon vorher Sperrbrunnen machen müssen - bevor überhaupt eine Verunreinigung eingetreten ist. So geht es nicht!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Bei der Erschließung neuer Brunnenfelder sind wir säumig, habe ich gesagt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zusätzl. Brunnenfelder, andere Möglichkeiten und Sicherstellungen - das ist o. k. Sind wir uns also einig?

Nun zu dem Antrag auf Zurückstellung. Ich wurde gerade darüber informiert, daß anscheinend im Umweltausschuß selbst keine Debatte über den vorgelegten Bericht stattgefunden hat. Solche Wünsche sind dort angeblich nicht aufgetaucht. Normalerweise nimmt ja der Umweltausschuß eine entspr. Beratung vor - hier wäre es ohne weiteres möglich gewesen, Ergänzungen zu verlangen, bevor es dem GR zugeleitet wird. Das ist jedoch nicht geschehen! Ich muß ehrlich sagen, wir berichten über das vergangene Jahr. Wenn zusätzl. Wünsche vorhanden sind, daß noch über irgendwelche Umweltzustände berichtet wird, dann kann dies natürl. im Umweltausschuß geschehen.

Ich kann vom Österr. Nationalrat berichten - da ist erst vor wenigen Jahren das erste Mal ein Umweltbericht vorgelegt worden -, daß diese Berichte von Jahr zu Jahr umfangreicher geworden sind.

Aber wir sollten doch einmal die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es diesen Umweltbericht zum zweiten Mal gibt. Ich halte das für eine gute Vorgangsweise. Voriges Jahr gab es keine Debatte und heuer soll er zurückgestellt werden. Ich habe das Gefühl, hier

wird einiges vermischt! Wenn die Fragen gestellt werden, dann bin ich schon daran interessiert, daß man festhält, was genau war. Das wird im Protokoll nachzulesen sein und dann sollen die Berichte nachgeliefert werden in dem Ausschuß. Ich würde schon bitten, daß wir diesen Bericht so zur Kenntnis nehmen. Jetzt bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Als Umweltreferent bin ich in der schönen und guten Lage, mich überall einmischen zu dürfen, wo es um Umweltbelange geht - bis jemand sagt, das ist eigentl. keine Umweltangelegenheit, das geht Dich nichts an, sondern das fällt in den Referatsbereich des Koll. Eichhübl (ich nehme Dich, weil ich Dich gerade sehe). D. h., es ist nicht klar umrissen; und d. h., daß alle diese Wünsche legitim sind. Wenn Koll. Fürweger sagt, er hat mir das voriges Jahr schon eindringlichst ans Herz gelegt, und ich habe das nicht befolgt, dann nicht aus dem Grund, daß ich mir gedacht habe - weil Sie ja damals vor dem Ausschluß aus Ihrer Fraktion waren -, nächstes Jahr sind Sie nicht mehr hier.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sie sind Gott sei Dank noch da. Ich schätze Sie als regen Mit-

arbeiter in Umweltfragen. Aber in den letzten Tagen mußten wir - Sie und ich - wiederum lernen, daß es Dinge gibt, wo der Bürger zu seinen Aussagen nicht steht. Ich denke hier an die Geschichte "Taurer" (Öltank vergraben usw.). Jedenfalls hat Koll. Fürweger erstens einmal die Transparenz kritisiert. Ich gehe das jetzt einmal von vorne nach hinten durch.

Dabei weiß er ganz genau, daß es in dem großen Bereich der Umwelt-Angelegenheiten eine Unmenge von Bundes- und Landesgesetzen gibt. Ich habe in einem Interview nur die Meinung des LR Pühringer weitergegeben, wo in den letzten drei Jahren 105 gesetzl. Bestimmungen bzw. Verordnungen und Erlässe auf die Leute "eingepresselt" sind, die mit Umwelt-dingen zu tun haben. Seien es Behörden oder andere Vertreter, die damit befaßt sind. Über 105 Verordnungen bzw. gesetzl. Bestimmungen! Wenn wir zu diesen - in den letzten drei Jahren - nur mit einer Zeile Stellung nehmen würden, dann würden in diesem Bericht 300 unnötige Zeilen sein. Und wenn wir auch alles eingingen, was hier jemandem einfällt, weil er hier sitzt und weil ihm ein wenig fad wird, dann hätten wir eine dicke Enzyklopädie mit 1.500 Seiten!

D. h., in einen Umweltbericht kann man nur wesentl. hineingeben. Wenn Sie sagen, die Wassergüte der Steyr interessiert

Sie nicht, dann ist das Ihre persönl. Ansicht - die anderen interessiert das. Z. B. den Bürgermeister, weil er dort fischt!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Auch das ist interessant, weil nämlich das Ufer die Güte des Wassers sehr beeinflusst. Ein Fisch steht niemals im trüben Wasser, wenn von dort dauernd ein lehmiges Ufer abbröckelt. Das steht also in unmittelbarem Zusammenhang. Das einmal zum Umfang des Berichtes.

Daß sehr viel abgeschrieben wurde, ist auch klar. Denn die Stadt Steyr verfügt gar nicht über die Einrichtungen, gewisse Dinge zu messen bzw. auswerten zu können. Die Stadt Steyr hat keine eigene Luftmeß-Station, sondern wir sind darauf angewiesen, daß die Luftmeß-Stationen des Landes bei uns situiert werden. Die sagen: "Ihr habt eine so gute Luft in Steyr, daß es reicht, eine West-Emission zu messen. Daher steht dieses Gerät oberhalb des Plenklberges an einer Stelle, wo die Luft bereits von der Stadt Steyr "verseucht" hinkommt - durch die ewige Westluft. Wo soll ich sie sonst messen? In der Gründberg-Siedlung, wo sie hereinkommt? Oder wo sonst?"

Daß wir stationäre Messungen oben auf dem Blümelhuberberg durchgeführt und beantragt haben, das ist evident, das

können Sie jederzeit nachprüfen. Wir haben die interessierten Leute, wie z. B. Hr. Moser von der Wohnungsverwaltung in der Puchstraße, darüber informiert. Aber das ist doch eigentl. jedem von uns bekannt - wenn ich pro Tag 30.000 Fahrzeuge im Verkehr habe, dann kann dort keine Waldluft sein. Das ist doch ganz klar! Wenn Sie wollen, daß diese Dinge ganz drinnen sind, dann können Sie sie nächstes Jahr haben. Es ist keine Kunst, - das hinein zu kopieren.

Und wenn Sie manches nicht lesen oder verwerten können - ich auch nicht. Denn es handelt sich hier schließlich auch um chem. Bezeichnungen, formelähnliche Bezeichnungen, die nur ein Abfallchemiker, der das entspr. Studium absolviert hat, auf den ersten Blick werten und interpretieren kann. Hr. OAR Gergelyfi ist ja da, um auf sachliche Anfragen Auskunft zu geben. Bis jetzt gab es jedoch noch keine sachliche Anfrage, sondern nur "Wischi-Waschi-Beschuldigungen", daß dieser Umweltbericht nicht in Ordnung sei.

Zu den Lärmmessungen. Diese führen wir immer dort durch, wo sie die Bevölkerung verlangt. Meistens verlangen sie die Lärmmessung dann, wenn eine Lärmschutz-Maßnahme gesetzt werden soll. Bei Bundesstraßen ist der Bund zuständig; die Hauptstraßen in Steyr werden eben einmal von Bundesstraßen durchzogen und daher auch von

Bundes- oder Landesdienststellen (im Auftrag des Bundes) gemessen. Wenn Sie sagen, daß nichts geschieht, dann schauen Sie sich die Lärmschutz-Wände an (Azwanger Schule usw.). Soviel zur Transparenz.

Die Frage nach der Einleitung von Kanälen, Hr. GR Fürweger. Hier muß ich Ihnen sagen, daß nur mehr einzelne, aus früherer Zeit bewilligte, reine Regenwasser-Einläufe vorhanden sind. Im Wehrgraben sind einige Kanäle an die städt. Abwasser-Versorgung noch nicht angeschlossen. Diese sind aber in Ausarbeitung; wir haben ja ein Projekt, alle diese restl. noch einzubinden. Dazu dient der Aufschließungs-Kanal Wehrgraben, der nach Christkindl weiterführt. Ich muß mich hier an Hr. StR Schloßgangl wenden, dessen Referat das ist.

Wir haben noch 500 großteils undichte Senkgruben in der Stadt Steyr, die durch den Bau der Entsorgung Christkindl-Siedlung auf ca. 200 absinken werden. Vielleicht können wir sie noch um 50 verringern, aber mehr ist nicht drinnen! Wir können nämlich nicht für ein Haus ein Pumpwerk und einen 100 m langen Kanal bauen, nur weil er vor 20 Jahren die Erlaubnis erhalten hat, an der Straße beim Wolfener Wald ein Haus zu bauen.

Bei diesem Schaum auf der Steyr (die waren heuer im Sommer oder im Frühjahr) handelt es sich um Abwässer der Fa. Bauernfeind, denen in ihrer Kläranlage

ein Malheur passiert ist. Durch eine techn. Panne sind Sulfate ausgekommen, die zur Pappenaufbereitung, zur Aufweichung dienen. Angeblich sind sie - laut Auskunft der Landeschemiker - nicht schädlich, sondern schlagen nur unschöne Blasen, wenn sie über eine Wehr laufen. Dann sind die Blasen nämlich nicht schön weiß, wie wir sie gerne sehen, sondern bräunlich. Das war aber ein Einzelfall, der sich laut Aussage der Firma nicht wiederholt. Zum Trinkwasser. Was habe ich mich schon eingemischt beim Trinkwasser! Ich habe letztlich schon gesagt, lieber Koll. Eichhübl, daß es Dein Referat ist. Warum soll ich im Umweltbericht über die Wassergüte berichten, wenn wir wissen, daß sie in Ordnung ist. Wenn ich natürl. eine Wasserleitung im Resthof 3 Wochen lang nicht aufdrehe, und dann halte ich einen Teststreifen unter den ersten Tropfen, der herauskommt, dann ergibt sich eine andere chem. Zusammensetzung als bei Fließwasser. Und als Trinkwasser für ein Kind nehme ich das sowieso nicht. Das sind ohnehin Narren, die aufdrehen, und das erste Wasser dem Kind zu trinken geben. Das muß man durchlaufen lassen! Aber ich habe es Dir gesagt, lieber Roman. Es ist Deine persönl. Verantwortung als Referent, daß Du schaust, daß wir mehr Wasser haben - nicht Meerwasser, sondern ein größeres Aufkommen für unsere Brunnen). Das muß Du herbei

schaffen. Du bist dafür verantwortlich, daß Vorausplanungen geschaffen werden. Du bist verantwortlich, daß die Niedermayr-Schottergrube zugefüllt wird, wo nämlich das Erdreich 4 m über dem Grundwasser steht und ein Unfall das verseuchen wird. Und Du bist ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Hör auf mit den rechtl. Zuständen!

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:
Und Du bist verantwortlich für die Güte des Trinkwassers.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Hör endlich auf mit dem Blödsinn!

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:
Niemand macht Dir einen Vorwurf, daß es jetzt verunreinigt ist. Das hast Du von meiner Fraktion nicht gehört, denn das waren Sachen, die nicht steuerbar sind. Wenn Du aber um Geld jammerst, dann muß ich Dich fragen, was Du mit dem Reinhalte-Schilling gemacht hast, den wir bereits seit vielen Jahren bezahlen. Du mußt ja ein riesiges Konto zur Verfügung haben. Den Reinhalte-Schilling kassieren wir nämlich mit dem Wasserpreis ein. Darüber mußt Du Dir auch einmal Gedanken machen! Gedanken mußt Du Dir auch einmal machen, die Mitgliedschaft

der Stadt bei dieser GesmbH des Landes, nämlich die Versorgung von Steyr mit Gebirgswasser zu intensivieren und uns zu berichten, wie es aussieht - nicht nur immer mit "Horror-meldungen" kommen.

Wenn es gewünscht wird, können wir den Teil "Trinkwasser" in den Umweltbericht aufnehmen, aber ich meine, daß dies eine Angelegenheit für den Bericht der städt. Unternehmungen (Wasser-, Gaswerk udgl.) ist.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe gesagt, daß ich gesehen habe, daß das nicht im Umweltbericht enthalten ist, und ich es daher als meine Verpflichtung ansehe, darüber zu berichten! Du bist dort hinten gesessen und hast irgendeinen Roman gelesen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich habe keinen Roman gelesen, sondern sehr interessiert Deinen Ausführung zugehört. Aber Du hast genau dasselbe erzählt wie letztes Mal, daher habe ich nicht gar so interessiert geschaut!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Sache, bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Zur Sache selbst.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nun zu Hr. GR Vanek. Ich glaube nicht, daß der Umweltbericht eine Publikation der Flächenverbauung von Steyr sein kann bzw. soll. Das gehört in den jew. Ausschuß. Aus den Protokollen bzw. aus den Vorträgen der Stadtplaner können Sie das ganz genau entnehmen.

Zum Klimabündnis. Bei den Klimatagen, die derzeit stattfinden, war ich auch anwesend, Sie habe ich aber nicht gesehen. Hier muß ich sagen, daß die Stadt Steyr die Kosten trägt. Die Vortragenden - ganz gleich, wie sie heißen - sind hochqualifizierte Fachleute, aber auch hochdotierte. Ich sage gar nicht, was sie bekommen, sondern ich sage nur, machen Sie ein Seminar für Ihre Partei, dann werden Sie mind. 30.000 S für einen solchen Vortragenden für 1,5 Stunden bezahlen. Mehr sag' ich dazu gar nicht! Wir haben das als Stadt finanziert, die ...

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es bestehen keine Zweifel, daß ...

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

... die anderen haben sich angehängt. Sie waren selbst nicht im Umweltausschuß, interpretieren aber eine Äußerung ...

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich habe Sie nur gefragt, ob das stimmt!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

... interpretieren aber eine Äußerung des Umweltbeirates Mag. Prack, der auf Wunsch Ihrer Vorgänger dort drinnen sitzt und vehement verlangt hat, wir sollen ad hoc dem Klimabündnis beitreten.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Das haben wir schon seit einem Jahr gefordert!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Fordern! Ich fordere Gewisses schon viel länger und bekomme es auch nicht!

Wenn Sie nämlich in wenigen Wochen Stellung nehmen zum Budget, dann werden Sie sehen, daß Pflichtmitgliedschaften und Beiträge für gew. Institutionen schon über 100.000 S hinaus gehen. Ich muß ja vor den GR treten und sagen, Kollegen, gebt mir die Zustimmung, wir gehen zum Klimabündnis und bezahlen nur 16.000 S im Jahr Mitgliedsbeitrag. Dann wird jemand aufstehen und sagen: "Was macht denn das Klimabündnis?" Dann können Sie die Zeitung herzeigen mit 8 Seiten.

Verschiedene Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine Zwiegespräche, bitte. Das Schlußwort möchten wir gerne hören!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der Beitritt zu diesem Klimabündnis muß beraten werden. Ich lasse mich hier nicht überfahren! Die haben herrliche Büros - gehen Sie durch die UNO-City in Wien und schauen Sie sich die internat. Organisationen von Greenpeace und Klimabündnis an. Wir zahlen mit diesem Mitgliedsbeitrag die Aufrechterhaltung dieser Organisationen! Wir verwenden die Gelder für Erdgasaufschließungen, damit wir wegkommen von der Einzelheizung und was sonst noch. Das ist nämlich der Weg, das Klima hier in Steyr zu verbessern. Ich habe im Umweltausschuß ausdrücklich gesagt: "Wir können durch einen Beitritt, ohne daß wir wissen, was mit diesem Geld geschieht, z. B. die Bevölkerungsexplosion in Brasilien, die die Hauptursache für die Vernichtung des Regenwaldes ist, nicht aufhalten! Daher reden wir in aller Ruhe darüber - dann soll der GR entscheiden.

Abschließend zum Thema Müllvermeidung. Die Verpackungsverordnung zielt darauf hin, Müll zu vermeiden.

Trotz Gesprächen mit den Kaufhäusern funktioniert das nicht, denn die verkaufen, was Geld bringt, das ist das Wesen ihres Betriebes. Die Verpackungsverordnung wird sie zur Müllvermeidung zwingen, wenn nicht, muß die Verordnung geändert werden.

Jetzt warten wir ab, bis es in Steyr funktioniert, in den nächsten Wochen wird es soweit sein.

Ich ersuche Sie trotzdem, diesem "kleinen, schwachen, zarten" Umweltbericht Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für das Schlußwort.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag des Umweltausschusses, diesen vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr! Wer ist dagegen? 2 Gegenstimmen (GAL). Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen, der

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Stimmenthaltungen?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Stimmenthaltungen?

7 Enthaltungen (FP).

Es geht um die Kenntnisnahme!

Es steht kein weitergehender Antrag im Raum, es geht um die Kenntnisnahme! Diese ist mit Mehrheit beschlossen worden. Jetzt steht der nächste Antrag zur Abstimmung, wer für die Zurückstellung stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kann dem nicht ganz folgen, aber

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das ist möglich, aber das ist oft so. Mir gelingt das auch nicht immer bei Ihren Ausführungen, Hr. Dr. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt mit Mehrheit beschlossen. Wer stimmt gegen die Zurückstellung? Wer enthält sich in dieser Frage der Stimme? Niemand. Jetzt ist das erklärt, der Umweltbericht der Stadt Steyr für das Jahr 1992 ist mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Ich würde hinzufügen, daß die Punkte, die hier noch gefordert werden, im nächsten Umweltausschuß berichtet werden. Ich würde auch darum bitten - um die Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen - daß man im Umweltausschuß selbst solche Vorstellungen entwickelt, wenn man zusätzliche Berichte haben möchte. Ich würde es als seriöser empfinden, als hinterher in der Gemeinderatsdebatte die Forderungen und Anträge einzubringen. Wenn wir noch etwas darüber wissen wollen, ist das legitim und auch richtig. Man sollte es jedoch dort verlangen, wo der zuständige Ausschuß über die entsprechende Thematik berät.

Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der nächste Punkt beinhaltet einen Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, der Verlängerung des tilgungsfreien Zeitraumes für die Investitionsdarlehen des Landes für die Bauabschnitte 01, 02 und 03 des RHV Steyr und Umgebung von 10 auf 15 Jahre zuzustimmen. Es ist ein Vorteil für die Stadt, bei niedriger Verzinsung die Laufzeit zu verlängern.

- 6) Ha-2388/76
Landesdarlehen an den RHV Steyr und Umgebung für die Bauabschnitte 01, 02 und 03; Änderung der Rückzahlungsbedingungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten vom 28. September 1993 wird der Beschluß der O. Ö. Landesregierung vom 17. August 1992, Gem-8099/45-1991, über die Verlängerung des tilgungsfreien Zeitraumes auf 15 Jahre für die Investitionsdarlehen des Landes für die Bauabschnitte 01, 02 und 03 zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr! Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

In meinem letzten Antrag bitte ich, den Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr für den RHV Steyr und Umgebung in Höhe von S 12.301.000,-- freizugeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 5.927.000,-- zu genehmigen. Außerdem ist noch ein Betrag bei einer anderen Budgetstelle in Höhe von S 416.700,-- freizugeben.

- 7) Fin-17/93
RHV Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1992; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung in der Höhe von S 25.410.504,45 (Investitionskostenanteil S 14.312.679,10, Betriebskostenanteil S 11.097.825,35) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in Höhe von S 18.644.504,45 (S 25.410.504,45 abzügl. Akontozahlung von S 6.766.000,--) zugestimmt (alle Beträge excl. MWSt.).

Zu diesem Zweck wird bei VSt. 1/8110/774000.1 ein Betrag in der Höhe von S 12.301.000,-- freigegeben, sowie eine Kreditüberschreitung und deren gleichzeitige Freigabe in Höhe von S 5.927.000,-- genehmigt. Außerdem wird bei der VSt. 5/8110/774000.2 ein Betrag von S 416.700,-- freigegeben. Ich bitte um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Spöck, ich erteile es ihm.

**GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:**

Wertes Präsidium, werte Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates! Allein in den Bauabschnitten 1 - 6 hat die Stadt in den vergangenen Jahren weit über 150 Millionen Schilling verbaut, investiert durch die 61,5 %ige Beteiligung an den Bauinvestitionen des Reinhaltungsverbandes. Heute werden - wie wir gehört haben - 25,4 Millionen Schilling zur Kenntnis genommen und der Restbetrag vom 18,6 Millionen Schilling freigegeben.

Ich möchte hier anregen, daß auf Sicht gesehen neben der begleitenden Kontrolle am Bau der Rechnungsabschluß auch durch Beamte des Kontrollamtes geprüft wird. Trotz der fallweisen parallelen Kontrolle durch den Landesrechnungsdienst. Es wäre bei diesen Millionen Rechenwert sicherlich

gerechtfertigt und auch eine Hilfestellung für uns Gemeinderäte. Trotz der derzeitigen schlechten personellen Situation, bedingt durch die Abgänge von Ing. Haratzmüller und Hrn. Steiner, möchte ich nach deren Ersatz bzw. Einarbeitung die Anregung an das Kontrollamt weitergeben, den Rechnungsabschluß des Reinhaltungsverbandes in Zukunft auch durch das Kontrollamt prüfen zu lassen.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Weitere Wortmeldung liegt keine vor. Wird ein Schlußwort gewünscht? Herr Kollege Sablik bitte.

**VIEZBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:**

Das war eine Anregung an das Kontrollamt, das durch unser Statut selbstständig tätig werden kann, aber ich zweifle an der Berechtigung dazu. Ich habe nichts dagegen, aber der Reinhaltungsverband ist nach dem Wasserrechtsgesetz ein selbstständiger, juristischer Körper, der eine gewisse Gebietsausdehnung umschließt. Daher wird das ja erstens vom Rechnungshof des Bundes selbst überprüft, weil hier wesentliche Mittel des ehemaligen Wasserwirtschaftsfonds verbaut worden sind, zweitens kommt der Landesrechnungsdienst. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie es auch noch kontrollieren, aber mit dem selben Recht können die Ge-

meinden Aschach, Sierning usw. ihre Prüforgane bringen, die in unserer Buchhaltung "herumfuhrwerken". Ich halte das nicht für gut und sage das auch so.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung.

Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Übt jemand Stimmenthaltung? Ebenfalls nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Sablik. Bevor wir eine kurze Pause machen, erteile ich das Wort Herrn Vizebürgermeister Pfeil.

**BERICHTERSTATTER
VIZEBÜRGERMEISTER
LEOPOLD PFEIL:**

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute nur einen Antrag vorzubringen, betreffend die Weihnachtsausstellung 1993 - Festsetzung der Eintrittspreise. Es geht darum, die Christkindstadt Steyr - wie bereits in den Jahren 1989 bis 1992 - in der Zeit vom 28. 11. 1993 bis 6. 1. 1994 mit der Pöttmesser-Krippe wieder zu bereichern. Die Eintrittspreise sollen wie folgt lauten:

Erwachsene S 25,--, Gruppen ab 15 Personen S 15,-- pro Person, Kinder, Schüler, Studenten, Lehrlinge, Arbeitslose, Präsenzdiener und Stadtführungen frei.

8) K-6038/90
Weihnachtsausstellung
1993, Festsetzung der
Eintrittspreise.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 4. 10. 1993 werden die Eintrittspreise für die Weihnachtssonderausstellung 1993, welche in der Zeit vom 28. 11. 1993 bis 6. 1. 1994 stattfindet, wie folgt festgelegt:

Erwachsene	öS 25,--
Gruppen ab 15 Personen	öS 15,--
Kinder, Schüler, Studenten, Lehrlinge, Arbeitslose, Präsenzdiener und Stadtführungen	frei

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke Herr Kollege. Wir unterbrechen die Sitzung für 10 Minuten.

PAUSE VON 16.48 BIS 17.00
UHR

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Wir nehmen die unterbrochene
Sitzung wieder auf und ich bitte
die Frau Stadträtin Ehrenhuber
um ihren Bericht:

BERICHTERSTATTER STADT-
RÄTIN INGRID EHREHUBER:
Sehr geehrter Herr
Bürgermeister, meine Damen und
Herren! Ich habe nur einen
Antrag zur Beschlußfassung
vorzulegen, er betrifft die
Übernahme der Mehrkosten für
die Adaptierung des
Frauenhauses Steyr.

- 9) Ha-2517/91
Verein "Frauen für
Frauen"; Adaptierungs-
arbeiten im Frauenhaus
Steyr; Übernahme der
Mehrkosten.

Der Gemeinderat wolle
beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der
Magistratsabteilung V vom
5. 7. 1993 wird dem Verein
"Frauen für Frauen" zu den noch
offenen Kosten der Adaptierung
des Frauenhauses Steyr,
Wehrgrabengasse 83, eine
Subvention im Betrage von S
166.600,-- (Schilling einhundert-
sechszigtausendsechshundert)
gewährt. Zum genannten
Zwecke wird bei der Vst
1/4690/777000.3 eine Kredit-
überschreitung in Höhe von S
166.600,-- (Schilling einhundert-
sechszigtausendsechshundert)
bewilligt. Die Deckung
dieser Kreditüberschreitung hat
durch Mehreinnahmen bei den

allgemeinen Deckungsmitteln zu
erfolgen. Wegen Dringlichkeit
wird der Magistrat der Stadt
Steyr gem. § 47 Abs. 5 des
Statutes für die Stadt Steyr zum
sofortigen Vollzug dieses
Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie um Ihre
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, ich erteile Hrn. Dr.
Schwager das Wort.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:
Hohes Präsidium, leeres Haus,
der Antrag wird nicht meine
Zustimmung finden. Es geht mir
jetzt um folgendes:
Meine Grundeinstellung zum
Verein "Frauen für Frauen" ist
an sich positiv, obwohl ich im
allgemeinen gegenüber der-
artigen Vereinen - ich möchte in
diesem Fall Hrn.
Vizebürgermeister Sablik fast
zitieren: "Obskure Vereine, die
darauf aufbauen, daß sie von
anderen finanziert werden" -
sehr skeptisch bin. Ich möchte
jedoch nicht verallgemeinern und
nehme den Verein "Frauen für
Frauen" wegen des einen
Vereinszweckes, auf den ich
noch zu sprechen komme, aus.
Beim Verein "Frauen für Frauen"
ist die Betreibung dieses
Frauenhauses sehr zu begrüßen,
ich weiß aus meinem Beruf sehr
wohl zu schätzen, daß es diese
Institution gibt und daß ihr auch
eine Berechtigung für bestimmte

Fälle zukommt. Es ist bekannt, daß sich unsere Fachabteilung Kontrolle und Revision - nach einer etwas kontroversiellen Diskussion hier im Plenum - dieser Gebarung des Vereines "Frauen für Frauen", insbesondere des Betriebes des Frauenhauses, angenommen hat und hier auch seine Feststellungen getroffen hat. Interessant sind in diesem Bericht die doch sehr erheblichen Personalkosten, es liegt offenbar eine Fehleinschätzung der vorhandenen Mittel vor. Es ist nicht von mir, sondern es stammt von einem bekanntem Theatermann, nämlich Gustav Gründgens, der einmal sagte: "Wenn einer es nicht versteht, ein Etat auszugleichen, so hat er seine Rolle nicht gelernt." Jeder Verein muß mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Wir haben heuer bereits S 450.000,-- zugeschossen und ich möchte noch nicht einmal davon reden, daß wir im Jahr 1991 schon S 310.000,-- und im Jahr 1992 S 400.000,-- bewilligt haben. Bei einer etwas besseren Personalpolitik könnten diese S 166.000,--, um die es hier geht, durchaus eingespart werden und daher halte ich es für nicht notwendig, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Ich bitte Sie daher, meiner Argumentation zu folgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächste ist die Frau Kollegin Lohnecker

gemeldet, ich erteile ihr das Wort.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, mich für den freundlichen Empfang meiner Person zu bedanken. Ich kann Ihnen versprechen, ich nehme dieses Gelöbnis ernst und biete auch allen partnerschaftliche Zusammenarbeit selbstverständlich sowohl zugunsten der Steyrerinnen als auch der Steyrer. Ich bin nämlich keine Männerfeindin, aber natürlich sind mir die Frauen wichtiger. Ich bin sehr betroffen über meinen Vorredner, der gesagt hat, es fehle die Berechtigung und daher wolle er diesen Antrag ablehnen. Ich darf Ihnen sagen - aus meiner Berufstätigkeit als Frauenbeauftragte - daß Frauenhäuser wirklich eine Notwendigkeit sind. Glauben Sie mir, es wäre mir auch lieber, wenn wir sie nicht brauchen würden. Tatsache ist aber, daß es vielen Frauen sehr schlecht geht und daß Frauenhäuser - so viele haben wir ja nicht in Österreich - die letzte Zufluchtstätte sind für mißhandelte, vergewaltigte Frauen. Diese Frauen sollen im Frauenhaus lernen, alles zu vergessen, was passiert ist und ihr Leben neu zu gestalten, neu zu ordnen, um einen Neubeginn zu machen. Dazu brauche ich

Rahmenbedingungen. Ich habe wirklich die höchste Hochachtung vor den Frauen, die im Frauenhaus arbeiten, die dazu beitragen, daß die Frauen lernen, einen neuen Weg zu gehen. Dazu gehören aber - und das ist unumgänglich - auch Rahmenbedingungen. Und wie ich den Antrag verstanden habe, geht es hier um die Adaptierungskosten und die haben überhaupt nichts mit den Personalkosten zu tun. Ich war im Resthof, als man dort diese Notlösung geschaffen hatte. Ich war betroffen, wie dort diese Frauen mit sehr vielen Kindern gelebt haben, noch dazu kam ich zu Weihnachten, wo man weiß, wie man zu Hause Weihnachtsfeiertage verbringt und dann sieht man dieses Elend da oben. Ich finde es ganz entscheidend, daß dieses Geld für das Frauenhaus bereitgestellt wird - das Amt der Landesregierung hat das auch getan, ist da sicher auch seiner Verpflichtung nachgekommen - , allein damit auch dieses Haus den Ansprüchen genügt, die Rahmenbedingungen gegeben sind. Ich bitte wirklich, daß Sie dem Antrag zustimmen, diese S 166.000,-- bereitzustellen, damit all jene Frauen, die hier im Frauenhaus Steyr - und ich muß dazusagen, es ist eines der schönsten und eines der bestgeführten in Österreich - sind, die Möglichkeit haben, neu zu beginnen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, als nächster zu Wort gemeldet Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Lohnecker, ich möchte etwas korrigieren, unser Dr. Schwager hat nicht gesagt, daß er gegen das Frauenhaus ist. Sie haben das - glaube ich - mißverständlich zur Kenntnis genommen oder hier gesagt. Es heißt grundsätzlich ja und die freiheitliche Gemeinderatsfraktion hat ganz deutlich, bereits in den Budgetverhandlungen für das Jahr 1993, mit Unterschrift besiegelt, für 1993 S 450.000,-- reservieren lassen. Das war ein ganz deutliches Bekenntnis zum Frauenhaus. Und es war ein Betrag, der von allen akzeptiert wurde. Wir sind in der mißlichen Situation - jetzt sind wir wieder bei anderen Vereinen - daß Vereine eine Personalstruktur aufweisen, die zuerst teilweise über die Arbeitsmarktverwaltung bezahlt wird und wenn die Verträge auslaufen, dann wird - selbstverständlich wie das Amen im Gebet - die Stadtgemeinde Steyr herangezogen. Es war von allen anderen Parteien auch bei der Budgetverhandlung ein klares Bekenntnis, ja, S 450.000,--. Und es war von vornherein ganz klar, dieser Betrag beinhaltet sowohl die

Adaptierung als auch die Führung des Frauenhauses selber. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Stadtrat Eichhübl. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Beitrag von Frau Gemeinderat Lohnecker hat mich dazu veranlaßt, mich ebenso zu diesem Thema zu Wort zu melden. Zum einen deshalb, weil ich überzeugt davon bin, daß Sie das genau richtig formuliert haben. Es gibt sehr viele bedauernswerte Frauen, die mißhandelt werden, von ihrem vorher gemeinsamen Heim wegziehen müssen und dann in diesem Frauenhaus Unterschlupf suchen. Es bestätigt aber auf der anderen Seite meine Auffassung darüber, daß in unserem Gesellschaftssystem einiges nicht stimmt. Denn es kann doch wirklich nicht so sein, daß auf der einen Seite in einer Ehegemeinschaft, die dann aus diesen Gründen meistens aufgelöst wird, der Mann seine Frau - ich sage es ganz hart - verprügelt, diese zum Auszug zwingt, er bleibt in der Wohnung und nimmt sich dann womöglich noch eine Freundin. Das ist es, was mich an diesem ganzen System

vehement stört. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, hier gesetzliche Veränderungen herbeizuführen und auch jene zur Kasse zu bitten, die diese gesetzliche Voraussetzung geschaffen haben. Ich schließe an den Worten Hrn. Dr. Pfeils an: Es geht nicht darum, daß die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion Frauenfeindlichkeit demonstrieren möchte, aber ich werde mich deshalb der Stimme enthalten, weil wir davon ausgehen, daß das Budget, das wir ursprünglich für diesen Bereich vorgesehen haben, ausgeschöpft ist.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube, es werden einige Fakten vermischt. Wir haben laufende Subvention S 450.000,- - in diesem Jahr beschlossen, das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß ein Restposten für die Adaptierung im Ausmaß von S 166.000,-- noch offen ist. Die Belege und Abrechnungen wurden etwas spät vorgelegt, mittlerweile von unserem Kontrollamt geprüft und in Ordnung befunden und dieser Betrag soll nunmehr freigegeben werden. Liegen noch weitere Wortmeldung vor? Frau Kollegin Mach bitte.

GEMEINDERÄTIN

FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte auch erwähnen, daß vor

kurzem vom Kontrollamt Steyr eine Kontrolle durchgeführt wurde. Dabei wurde festgestellt, daß die zur Verfügung gestellten Gelder korrekt und äußerst sparsam verwendet werden. Auch wird monatlich eine genaue Aufgliederung über die Anzahl der Frauen und Kinder geführt, sowie deren Aufenthaltsdauer. Es sind ca. 90 % der Bewohner aus Steyr und es wird auch weitergegeben an das Sozialamt. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn sich auch die anderen Gemeinden kostenmäßig daran beteiligen würden. Es sind von St. Ulrich und dem Raum Niederösterreich Frauen, die kommen zu uns, denn es gibt dort kein Frauenhaus. Und wenn wir es nicht brauchen würden, wäre es ja leer. Aber so sieht man ja wieder, daß die meiste Kriminalität in der Familie herrscht und das es äußerst notwendig ist, daß Sie diesem Antrag zustimmen. Wir machen ja bei anderen Anträgen auch Überziehungen und es funktioniert auch. Und hier scheint es immer nicht zu gehen. Die Frauen und Kinder sind dort wohl aufgehoben und es wäre daher wichtig, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung?
Kollegin Jeloucan bitte.

GEMEINDERÄTIN

ANNA JELOUCAN:

Sehr geehrter Herr
Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich schätze es sehr, daß die Grundeinstellung des Herrn Dr. Schwager Frauen gegenüber sehr positiv ist und daß das Frauenhaus eine Notwendigkeit darstellt. Aber über die Finanzierungsmöglichkeiten der Personalkosten streiten sich natürlich die Gemüter. Personal kostet eben Geld, ehrenamtliche Tätigkeiten würden natürlich Unkosten verursachen und ich frage mich, wer - auch hier in diesem Raum - eigentlich noch ehrenamtliche Tätigkeiten macht, vor allem Wohltätigkeit im sozialen Bereich. Die Kostenbeteiligung - wie meine Vorrednerin schon gesagt hat - der Gemeinden außerhalb von Steyr, wie z. B. St. Ulrich, Sierning, Dietach, Gleink, etc., deren Frauen auch hier das Frauenhaus aufsuchen, um eine nächtliche Unterkunft zu finden, wäre natürlich notwendig. Zum Thema Vereine. Es werden immer wieder die Vereine hier angesprochen. Gäbe es strukturelle Veränderungen, würde hier das Frauenhaus einer anderen Finanzierung unterliegen im sozialen Bereich, sprich Sozialministerium, Familien- und Frauenministerium etc., würde sich das auf die Kommunen besser auswirken und die finanzielle Beteiligung der Gemeinde nicht zu hoch liegen. Diese Frauen benötigen außerdem Wohnungen, die sie

nicht gleich bekommen, das gehört auch zu diesem Problem. Erstens sind das Frauen, die sehr stark aus den sozial schwächeren Familien kommen, die nicht die Finanzierungsmöglichkeiten haben. Mir ist aber auch erzählt worden von Frauen von Ärzten, die ins Frauenhaus kommen, aber nur eine Nacht bleiben. Sie nehmen sich dann ein Hotelzimmer, weil sie es sich finanziell leisten können. Logisch und klar, daß sich immer die sozial Schwachen an die Kommune wenden und solche Institutionen in Anspruch nehmen. Ich appelliere an Sie alle! Es wird sicherlich in Zukunft noch größere Probleme geben. Die Arbeitslosigkeit und die Gewalt in der Familie werden ihre Spuren hinterlassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Die nächste Wortmeldung, Kollege Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und meine Herren. Ich glaube einen Teil der Diskussionen hätten wir uns heute schon ersparen können, wenn der Verein "Frauen für Frauen" dem Drängen der Stadt früher nachgegeben hätte, Informationen über das Klientel zu liefern. Einen Teil der Informationen über die Herkunft der Damen, die dort Unterschlupf gefunden haben, haben wir heute leider zum ersten Mal aus dem Munde einer

Debattenrednerin gehört. Ich glaube, daß es wirklich höchste Zeit ist und war, Mißverständnisse auszuräumen, damit nicht ein Eindruck oder ein Gefühl überbleibt, daß eine Männerwelt gegen eine Notfalls-einrichtung für Frauen ist. Das trifft den Punkt absolut nicht. Ich glaube jeder, der mit Verantwortung in seine Umwelt, auf seine Mitmenschen schaut, muß zugeben, daß eine Institution wie ein Frauenhaus eine unerläßliche Einrichtung ist. Die heutige Debatte hat das auch bewiesen. Die Blickpunkte, die sich heute auf die Freiwilligkeit im sozialen Dienst gewandt haben, möchte ich eher diskutieren dürfen. Ich glaube, daß unsere sozialen Dienste im allgemeinen unendlichen Schaden daran nehmen, daß die Ehrenamtlichkeit und die Freiwilligkeit immer weniger wird, die Hauptamtlichkeit immer mehr und wir an die Finanzierbarkeit des Gesundheits- und des Sozialsystems herankommen. Der Verein, um den es hier geht, ist allerdings eine Ausnahme. Ich glaube nicht, daß die Betreuungstätigkeit für Mitmenschen in deren schlimmster Lebenssituation hauptsächlich auf Ehrenamtlichkeit gestützt sein kann. Dazu braucht sie zu viele Fachleute, Wissen, Fähigkeiten, Vermögen, als daß man irgendwelche Leute, die es gut meinen, unbesorgt heranziehen könnte. Ich glaube, daß dieser Verein sehr wohl wichtig ist und sehr wohl aus seiner ganzen Struktur her einen gewissen

Anspruch an Hauptamtlichkeit finden kann. Ich denke, wir sollten über die Ehrenamtlichkeit in manchen anderen Gesundheits- und Sozialbereichen wieder nachdenken dürfen. Wir sollten eher diskutieren müssen, wo die Ehrenamtlichkeit tragende Säule in unserem System ist, siehe Beispiel Rettungsdienst. Wir kommen da an Grenzen, die uns sehr besorgt machen müssen. Wo kommt die Ehrenamtlichkeit in der Nachbarschaftshilfe hin, wenn wir allzu viel in die Hauptamtlichkeit in der Belastung übertragen. Wer soll das einmal bezahlen? Das gilt aber nicht für den Verein "Frauen für Frauen" bzw. für die Zielposition Frauenhaus im besonderen. Diese Institution verdient in der Tat die gesamte Ernsthaftigkeit. Aber Ernsthaftigkeit ist keine Einbahnstraße, sondern eine durchaus begehbare Zweischiene-Strecke und ich würde wirklich bitten, daß die Exponenten des Vereines "Frauen für Frauen" denen, die von der Stadt unter Amtseid - weil beamtet - stehend Fragen stellen, die Auskünfte geben, um die sie fragen. Ich glaube, die Institution Frauenhaus verdient die Ernsthaftigkeit von beiden Seiten. Die Männerwelt hier im Gemeinderat bringt Ihnen die Ernsthaftigkeit entgegen, haben Sie die Güte und bringen Sie sie auch den Männern entgegen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Ehrenhuber bitte.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Ich möchte nur nochmals unterstreichen - es wurde ja vorhin vom Herrn Bürgermeister und von der Frau Gemeinderat Lohnecker darauf hingewiesen - daß es hier nicht um den laufenden Bedarf geht, sondern um den noch offenen Restbetrag aus der Erstausrüstung. Ich würde Sie aus diesem Grund wirklich bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Wir haben jetzt auch die genaue Statistik über die Aufenthaltsdauer aufliegen. Ich darf sagen, es sind wenige Frauen, die 1-3 Tage untergebracht sind, die Aufenthaltsdauer beträgt im Durchschnitt zwischen 4 und 5 Monaten. Im ersten Halbjahr wurden 786 Nächtigungen von Steyr verzeichnet - d. s. 84 % - und 150 Nächtigungen - das sind 16 % - von den Umlandgemeinden. Ich glaube auch, daß es notwendig wäre, daß sich auch die anderen Sozialhilfeverbände entsprechend an der Finanzierung beteiligen. Wir haben leider in Oberösterreich nur 3 Frauenhäuser und zwar in Linz, Wels und Steyr, wo sich dann alles konzentriert. Ich weiß aber auch, daß seitens des Landes Bestrebungen im Gang sind, hier eine Dezentralisierung und eine flächendeckende Ausstattung mit Frauenhäusern zu forcieren und ich denke,

damit würden sich auch die Kosten entsprechend aufteilen. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß sich in erster Linie das Familienministerium stärker beteiligen müßte.

Ich darf Sie ersuchen, diesem Antrag dennoch Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 7 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Herzlichen Dank Frau Kollegin Ehrenhuber. Nächster Berichterstatter Herr Kollege Eichhübl.

**BERICHTERSTATTER STADT-
RAT ROMAN EICHHÜBL:**

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe Ihnen ebenfalls heute nur einen Antrag vorzutragen. Es geht darum, daß eine Neuverlegung von Erdgasanschließungsleitungen im Bereich der Wolfenstraße - Steyrecker Straße durch Ihren Beschluß genehmigt werden soll. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, haben sich in den letzten Jahren - Gott sei Dank - mehrere Betriebe in diesem Bereich angesiedelt. Im Jahr 1992 wurde eine Bedarfserhebung durchgeführt, die gezeigt hat, daß es wirtschaftlich vertretbar er-

scheint, diese Erdgasleitung dort zu verlegen und gleichzeitig den Rohrquerschnitt in der Größenordnung so zu wählen, daß auch für spätere Anschließungsmaßnahmen im Bereich der Löwengutsiedlung gesorgt ist. Ich darf Ihnen daher den Antrag zur Verlesung bringen.

10) **ÖAG-151/93**

Stadtwerke

Neuverlegung von Erdgas-
anschließungsleitungen
im Bereich Wolfenstr. -
Steyrecker Straße;
Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 28. September 1993 wird im Zusammenhang mit der Neuverlegung von Erdgasanschließungsleitungen im Bereich Wolfenstraße - Steyrecker Straße nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

- 1: Tiefbauarbeiten
Firma Illma BaugesmbH,
Steyr
S 936.100,-- (excl. USt)
2. Rohrtransport
Städt. Wirtschaftshof
S 4.000,-- (excl. USt)

Die zur Verlegung gelangenden Sphärogußrohre sollen aus dem mit Beschluß des Gemeinderates vom 4.3. 1. J. genehmigten Rohrlager des Gaswerkes entnommen werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**
... Herr Bürgermeister, ich hätte gerne

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Ein Schlußwort braucht niemand diskutiert.

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**
Ich habe eigentlich erwartet... Bitte Herr Bürgermeister, nur zum Verständnis, ich habe an und für sich heute erwartet, daß der Kollege Zagler eine Anfrage stellt. Wir haben im kommunalen Betriebsausschuß darüber diskutiert, daß ich auch heute hier die Gelegenheit zum Anlaß nehme und rückblickend betreffend die Anschlüsse einige Zahlen nenne. Ich habe eigentlich damit gerechnet, daß der Herr Kollege Zagler die Anfrage stellt, daher darf ich einen kurzen Bericht machen ...

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Nein! Ein Schlußwort zum Antrag - zu einer Diskussion - wäre vorgesehen, ein Bericht ist hier und jetzt nicht vorgesehen.

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**
Na gut, das hängt auch zusammen mit den Abschlußmaßnahmen.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Wir reden schon sehr lange, Herr Kollege. Strapazieren Sie es nicht über Gebühr.

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**
Herr Bürgermeister, wenn es nicht gewünscht wird, verzichte ich selbstverständlich darauf.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Ist hier eine Mehrheit, die es wünscht?

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**
Selbstverständlich verzichte ich darauf. Es gibt ja noch die Gelegenheit dafür.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Bei nächster Gelegenheit, z. B. aktuelle Stunde ...

**STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**
Herr Bürgermeister, ich nehme nicht das Recht in Anspruch -

wie Redner vor mir - einen Antrag zum Anlaß zu nehmen, diesen umschrieben zu dokumentieren bzw. zu besprechen, darauf verzichte ich.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

In der aktuellen Stunde und in der Budgetdebatte oder dgl. jederzeit. Die Erschließung mit Gas ist natürlich ein sehr wichtiges Anliegen und wir sind sehr daran interessiert, darüber Berichte zu hören, wie wir lückenlos unsere Stadt anschließen. Unser Problem war in der Vergangenheit eher, daß wir zu starke Intentionen in Umlandgemeinden entwickelt haben. Wir sind jedoch in Steyr zuständig, und es ist eher unsere Intention, die weißen Flecke in Steyr zu beseitigen. Das haben wir - glaube ich - jetzt einigermaßen gut im Griff. Vielleicht hören wir dazu einmal einen Bericht.

**STADTRAT
EICHHÜBL:**
Jetzt?

ROMAN

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt nicht bitte.

**STADTRAT
EICHHÜBL:**

ROMAN

Der Herr Bürgermeister hat mich so angesehen, als wollte er diesen Bericht jetzt von mir hören. Ich bin ja auch gerne bereit, jetzt

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt bitte nicht!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Jetzt haben wir gerade von freiwilligen Leistungen geredet, aber es ist keiner bereit, freiwillig zuzuhören. Ich verzichte natürlich - wie bereits gesagt - Herr Bürgermeister, aber nachdem Sie mich so flehentlich angesehen haben

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Roman, es war auch sehr interessant, nicht ganz so lustig, wie beim Kollegen Sablik, aber auch nicht schlecht. Jetzt bitte ich um die Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung. Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich gratuliere. Nächster Antrag, Herr Stadtrat Holub, Aufstellung eines Krippenbaumes.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT KARL HOLUB:

Keine Sorge, ich stelle Ihnen keinen Baum auf. Auch Krippenbaum ist keine ansteckende Krankheit, sondern ein altes Kulturgut, das wir schon vergessen haben. Dankenswerterweise gibt es in der Region Steyr einen Krippenexperten namens Seidel,

der viele gute Initiativen für Brauchtum, Kultur und Tourismus gesetzt hat. Die letzte Initiative ist die Idee des Krippenbaumes. Er macht die Schnitzereien unentgeltlich, das Material soll mit S 20.000,-- entgolten werden und der Dank des Gemeinderates sei ihm ausgesprochen.

Der Antrag lautet:

- 11) Fin-20/93
Aufstellung eines Krippenbaumes; Subvention an den Tourismusverband.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für präsidiale und öffentlich-rechtliche Angelegenheiten wird dem Tourismusverband Steyr, Stadtplatz 27, 4400 Steyr, zur Anfertigung eines Krippenbaumes eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 20.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 20.000,-- von VSt.

1/7710/757000.0 auf die VSt.

1/7710/777000.6 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für diesen Vortrag. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich glaube, dies ist ein weiterer Schritt zu unseren Tourismusbemühungen, zum stimmungsvollen Stadtplatz. Aber das war keine Wortmeldung. Daher auch

kein Schlußwort. Daher folgt die Abstimmung.

Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke sehr.

STADTRAT KARL HOLUB:

Von längerer Geschichte begleitet - nicht ganz so lange, wie die des Krippenbaumes, vielleicht auch nicht ganz so lustig - ist der nächste Antrag. Es gibt aus den Maßnahmen für die Ortsbildpflege zahlreiche Rückstände aus vollzogenen Maßnahmen über die vergangenen Jahre. Die Stadt Steyr hat sich, nach dem Herrn Regierungsrat Karl Scheuer, dessen Verdienste für die Qualität des Stadtbildes unbestritten sein sollen und auch unbestritten sein müssen, einen würdigen Nachfolger gesucht. Herr Dr. Kaiser, der das Referat Denkmalpflege und Ortsbildschutz in Zukunft führen wird, soll ausgestattet werden mit einer sauberen Weste, was den Nachhang an offenem Förderungsvolumen betrifft. Der vorliegende Antrag soll einen Versuch zum Abschluß der bereits vollzogenen Restaurierungsvorhaben darstellen, in Summe wären es gerundet 6,7 Millionen Schilling, die Sie jetzt freigeben mögen, damit eine riesige Anzahl von Bauvorhaben abgeschlossen werden kann. Die Dimension Denkmalschutz und Ortsbildpflege als Bestandteil der Altstadterneuerung möchte

ich aber dem Gemeinderat aus einem anderen Blickpunkt auch noch vor Augen führen, und zwar zeichnet sich eine Haltung des Bundesdenkmalamtes ab, die kontraproduktiv den Intentionen von Landeswohnbauförderung, Bundeswohnbauförderung und auch städt. Förderung ist. Es mehrt sich in letzter Zeit, daß Hauseigentümer, die Dachgeschoßausbauten für Wohnraumschaffung machen wollen, vor Schwierigkeiten gestellt werden, weil das Landeskonservatorium bzw. sogar das Bundesdenkmalamt in Wien die Liebe zu Dachstuhlkonstruktionen in Steyr überraschenderweise intensiv gefunden hat und das eine oder andere Vorhaben nicht mehr plaziert werden kann, obwohl die Förderung im Höchstausmaß vorhanden wäre. Ich möchte dem Gemeinderat berichten, daß wir uns hier eine wenig auf die Beine stellen sollten, wenn wir vermeiden wollen, daß unsere Innenstädte weiter von Wohnraum entblößt werden. In Wirklichkeit hätten wir auch in Steyrdorf als Schwerpunkt vereinbart, durch Ausbau von Dachwohnraum zu qualitativ ansprechendem Wohnraum eine gewisse Entlastung des Wohnungsmarktes herbeizuführen, wenn die Dimension, auf der grünen Wiese immer neu zu bauen, etwas reduziert werden soll. Hier glaube ich, wie Herr Bürgermeister Leithenmayr manchmal so nett sagt, des Schweißes der Edelsten be-

dürfen, um eine Umstimmung herbeizuführen und darum bitte ich auch. Vorrangig habe ich aber zu ersuchen, die vorgeschlagenen Beträge, Kreditüberschreitungen und Kreditübertragungen freizugeben.

Der Antrag lautet:

- 12) K-1/93
K-3300/89
Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1993;
A) "Innere Stadt" und "Ennsdorf"
B) "Steyrdorf" und Wehrgrabengebiet.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 13. 10. 1993 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

- A) "Innere Stadt" und "Ennsdorf"

bei VASSt. 1/3630/728000.0
S 50.000,--

bei VASSt. 5/3630/778000.0
S 593.000,--

bei VASSt. 5/3630/778010.9
S 1.400.000,--

sowie eine Kreditüberschreitung von S 1.170.000,--

- B) "Steyrdorf" und "Wehrgrabengebiet"

bei VASSt. 5/3630/778030.7
S 600.000,--

bei VASSt. 5/3630/778040.6
S 834.200,--

sowie eine Kreditüberschreitung von S 2.031.600,--

Die Deckung der Kreditüberschreitungen hat mittels

Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht dazu jemand das Wort? Nicht der Fall. Ich kann dazu nur sagen, ich halte es für einen wichtigen Schritt, etwa zeitgleich mit dem Ausscheiden unseres verdienten Stadtbildpflegers noch offene Rechnungen zu begleichen - im wahrsten Sinne des Wortes. Ich freue mich sehr, bei dieser Gelegenheit sagen zu können, daß wir hier eine hervorragende Nachfolgesituation haben. Es war etwas mühselig, ihn nach Steyr zu bringen, weil er wohlbestallt in gleicher Funktion wie Herr Scheuer in Linz tätig war. Es spricht sehr für ihn, daß ihn die Aufgabe gereizt hat, die Besonderheit unserer Stadt gereizt hat. Ich glaube, daß er sich in der Zwischenzeit verhältnismäßig gut zurechtfindet und daß er sich in einigen entscheidenden Phasen - Steyrdorf, Beleuchtungsprojekt usw. - bereits von der besten Seite zeigt und alle im Ausschuß letztes Mal auch sehr angetan waren von der Arbeit des neuen Mannes. Ich glaube, daß man hier von der Qualität her eine gute Nachfolge gefunden hat, ich glaube, daß von diesem neuen Mann punkto Administration

eine Steigerung zu erwarten ist, weil er mit neuem Elan und anderen Methoden an das Problem herangeht und dadurch der Chance entsprochen wird, die wir als Stadt haben, daß es modern ist, ein Stadthaus zu haben und es zu pflegen. Diese Welle sollten wir sehr nützen, weil wir viel privates Kapital mobilisieren, es einerseits die Wirtschaft stützt und andererseits die Stadt schöner macht. In diesem Sinne freut es mich, daß auch sichergestellt scheint, daß hier ein harmonischer Übergang stattfinden kann. Das wollte ich begleitend sagen. Und nun bitte ich zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag. Natürlich nicht. Es übt niemand Stimmenthaltung und daher ist der Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der nächste Antrag kommt auch aus dem Referat Denkmalpflege. Er hat zum Gegenstand die Wiederherstellung einer zeitgemäßen Fassade an der ehemaligen Schäferei, dem traditionsreichen Teilbetrieb der Waffenfabrik, in dem jetzt die Firma Doleschal untergebracht ist. Den Entwürfen des Referates Stadtbildpflege und Denkmalschutz entsprechend, wurde eine beispielhafte Restaurierung und Neugestaltung vorgenommen, die Stadt fördert dies mit einem Gesamtbetrag von S 750.000,--

in drei Etappen und ich bitte Sie, für die erste Jahresrate S 250.000,-- freizugeben.
Der Antrag lautet:

- 13) K-1/93
K-4339/91
Firma Doleschal -
Restaurierung und
Neugestaltung des
Betriebsobjektes
Steyr, Schaftgasse 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Restaurierung und Neugestaltung des Betriebsobjektes der Fa. Doleschal in Steyr, Schaftgasse 2, sind für die 1. Jahresrate S 250.000,-- bei VAST. 5/3630/776000.2 freizugeben.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:
Es wird nicht lange dauern, hohes Präsidium. Es ist auch nichts ätzendes oder böses, sondern ganz einfach eine Freude, des - wie es im vorletzten Bericht so schön hieß - "normalen Bürgers, der dann auf einmal wieder in die Kirche gehen durfte". Jedenfalls des normalen Bürgers, der sich an Schönem freuen kann, dem wollte ich hier Ausdruck verleihen. Dieses Objekt ist wirklich äußerst gelungen und stellt eine optische Bereicherung

des Wehrgrabenensembles dar. Ich wollte es im letzten Punkt nicht erwähnen, weil es in keiner Relation zu 3 Mio Schilling steht, aber was bei Haratzmüllerstraße 72 förderungswürdig ist, verstehe ich wirklich nicht.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke für diesem Beitrag. Vielleicht kann im Schlußwort die Haratzmüllerstraße 72 noch aus einem anderen Gesichtspunkt beleuchtet werden.

STADTRAT KARL HOLUB:
Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir jetzt eine sinnvolle Architekturdiskussion führen, schon gar nicht in diesem Rahmen und aus meinem Mund. Jedenfalls gibt es dort eine Dachinstandsetzung, die gefördert wurde wie jede andere Dachinstandsetzung in der Innenstadt, wenn sie nach Meinung des Denkmalamtes vollzogen wurde. So wurde mir das berichtet. Ich selbst bin nicht in der Lage, jedes einzelne Vorhaben nachzurechnen und nachzuempfinden. In Summe aber glaube ich, verdient sich Herr Regierungsrat Scheuer ein schönes Danke des Gemeinderates für die Art und Weise, wie er Steyr in der langen Zeit seines Berufes prächtiger hat werden lassen, auch wenn er die einen oder anderen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf nicht geringe Geduldsproben gestellt hat. Das weiß jeder

Betroffene, das alte Dichterwort "was lange währt, wird endlich gut" hat unser Karl Scheuer vielfach bis zum Hochgenuß auf seinen Lippen zergehen lassen und man soll das Eisen schmieden, solange es heiß ist und wenn man in Hitze gerät, wird auch das Eisen heißer, insofern hat er auch damit seinen Beitrag geleistet. Ich bitte noch einmal um Zustimmung für diese wirklich gute Förderung zu einer wirklich guten Restaurierung. Ich möchte gleichzeitig auch noch vor Augen führen, daß man in der Nachbarschaft die ehemaligen Fabriksobjekte der Steyr-Daimler-Puch AG - in Summe als Ensemble prägend - sehr gut gefördert hat. Gerade am Wochenende bzw. am Dienstag war eine sehr schöne, beispielhafte Präsentation eines Hauses, wie es in der Restaurierung werden wird. Es ist dort sehr beispielhafter Wohnbau versucht worden. In alte, hohe Räume neuen Raum einzubauen wird niemals ganz unwidersprochen sein. Hier gelingt es auch und auch dafür hat die Stadt ja Förderungsmittel aufgewendet. Im übrigen hat sie dort den schönsten Kindergarten in die Übergabe hineingefördert, die ja in 14 Tagen tatsächlich auch stattfinden wird. Ich wünsche diesem Gebäude ebenso alles Gute wie dem Karl Scheuer.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für dieses Schlußwort und nun kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung. Niemand. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke dem Kollegen Holub. Nächster Berichterstatter, Herr Stadtrat Ing. Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER
STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Antrag geht um den Straßenbau Wehrgraben, Vorplatzgestaltung Inselbrücke, von der vorhin gerade die Rede war.

- 14) Bau3-501/93
Straßenbau Wehrgraben;
Vorplatzgestaltung
Inselbrücke;
Firmenvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 14. September 1993 wird der, wegen Dringlichkeit durch Bürgermeisterverfügung erfolgten Firmenvergabe zur Errichtung der Vorplatzgestaltung Inselbrücke wie folgt zugestimmt:

Fa. Ing. Wenk, Losenstein, für die Erd- und Baumeisterarbeiten
S 490.000,-- incl. MWSt

Fa. Reisner, Steyr, für die Geländer

S 159.120,-- incl. MWSt

Gesamt rund

S 650.000,-- incl. MWSt

Der Mittelfreigabe für 1993 zum genannten Zweck in Höhe von S 435.000,-- incl. MWSt bei VASSt. 5/6120/002140.1 sowie S 200.000,-- incl. MWSt als Kreditübertragung von VASSt. 5/6120/002360.5 auf o.a. Kostenstelle wird zugestimmt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag. Niemand. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag oder übt Stimmenthaltung. Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag behandelt:

- 15) Die Sanierung und Verlängerung der Kruglbrücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau wird der Vergabe der Stahlbauarbeiten zur Verlängerung und Sanierung des Kruglsteges an die Firma PEM in Höhe von S 800.000,-- incl. MWSt und der Vergabe der zugehörigen Holz- und Belagsarbeiten an den Städt. Wirtschaftshof der Stadt Steyr

in Höhe von S 190.000,-- incl. MWSt zugestimmt.

Für die Finanzierung in Höhe von S 990.000,-- ist 1994 ein gesonderter Mittelfreigabebetrag bei VASSt. 5/6120/002270.6 vorgesehen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu wird das Wort gewünscht vom Kollegen Fürweger, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Nur ganz kurz zu diesem Antrag. Es geht ja eigentlich um die Umleitung des Himmlitzerbaches. Ich kenne die Gegend sehr gut und habe mich vor 1 - 2 Monaten dort umgesehen. Diese Baustelle hat mich ein wenig erschreckt. Es ist eine sehr große Baustelle dort, man will eigentlich nur den Himmlitzerbach umleiten und es ist eben wegen dieser Umleitung notwendig, die Kruglbrücke zu verlängern. Mir hat damals ein wenig die Bürgerinformation gefehlt. Es gibt überhaupt keinen Hinweis, wie es in Zukunft dort aussehen wird. Es ist - meines Wissens - eine Landesbaustelle, jetzt kommt auf einmal ein Landesbericht an die Stadt Steyr. Mich hätte hier die Finanzierung ein wenig mehr interessiert, denn es geht doch um einen ganz schönen Betrag. Vielleicht wäre es sogar ohne

Verlängerung der Krugelbrücke möglich gewesen, den Bach umzuleiten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, gibt es noch eine Wortmeldung? Keine. Schlußwort gewünscht, Herr Kollege?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte dazu anmerken, es geht nicht nur um die Umleitung des Himmlitzerbaches, sondern um die Erneuerung des Steges und die Erneuerung des Wehrs. Das ist das Wesentliche. Das muß gemacht werden. Das Wehr wird etwa 20 - 25 Meter flußaufwärts verlegt und der Bereich des Steyrflusses wird in die ursprüngliche Breite - wie sie oberhalb ist - zurückgeführt. Daher müssen dort diese Umbauarbeiten gemacht werden und - wie bereits gesagt - der Hauptgrund ist die Erneuerung des Wehrs. Zu den Gesamtkosten: Die habe ich hier momentan nicht bei der Hand, aber es ist nur ein geringer Teil, den die Stadt Steyr bezahlen muß. Den Hauptanteil trägt das Land Oberösterreich. Der Steg wird außerdem so gebaut, daß die alten Widerlager - bis auf ein Widerlager auf der rechten Seite des Steyrflusses, das durch die Verbreiterung neu gemacht werden muß - verwendet werden und ebenso die alten Tragkonstruktionen. Über die Gesamtkosten kann ich im Moment keinen genauen Bericht

geben, an sich sind 10 % von den Gesamtkosten vorgesehen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir zahlen eine halbe Million Schilling und Sierning und Garsten - es ist ja hier diese Gemeindegrenze, dieses drei Gemeinden-Eck, wenn man das so sagen möchte - zahlen jeweils S 250.000,--. Sie haben bereits ihre Bereitschaft bekundet. In Wahrheit ist das kaputte Wehr der Anlaß für diese aufwendigen Arbeiten, die vom Land durchgeführt werden. Auch der Bund finanziert mit. Wenn ich das richtig im Gedächtnis habe sind hier Kosten von etwa 15 Millionen Schilling zu veranschlagen. Ich glaube, daß dieses Bauwerk sehr gelungen wird. Der Steg wird um zwei Felder verlängert und es ist das Einflußbauwerk in der Betonausführung jetzt fertig. Ich habe mit das am Wochenende angesehen, ich glaube, daß der Himmlitzerbach ein wichtiger Flußlauf ist, der ein wenig gefährdet war. Es weiß nicht jeder, aber es hat Leute gegeben, die wollten auch den zuschütten. Wir haben uns dagegen sehr zur Wehr gesetzt. Der Himmlitzerbach gehört zum Naherholungsgebiet von Steyr und ich glaube, daß in dieses Dreieck hinein, wo der jetzige Einlauf des Himmlitzerbaches ist und wo der neue sein wird, ein wunderbares Biotop entstehen wird. Ich glaube, es wird dann auch ein Naturschutzprojekt

beauftragt, darauf zu achten, daß es auch von der Gestaltung her optimale Formen annimmt. In diese Richtung ist die Planung jedenfalls vorgesehen und die Durchführung und ich glaube, sie ist in guten Händen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Vielleicht eine kurze Anmerkung zu den Terminen. Es hat sich eine gewisse Verzögerung beim Steg ergeben, weil die Erstausschreibung viel zu teuer ausgefallen ist - 1,8 Millionen Schilling gegenüber Schätzkosten von 0,8 bis 1 Million. Bei einer zweiten Ausschreibung wurde dieser Betrag dann erreicht, der geschätzt wurde. Es ist vorgesehen, das ganze Wehr bis zum Spätsommer/Herbst 1994 fertigzustellen und die Gesamtbauaufstellung ist bis Ende 1994 geplant. Wir sind vollkommen im Zeitplan, trotz dieser Überschreitung bei der Erstausschreibung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung.

Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung. Ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Steinwändweg. Belagsarbeiten - Feinasphalt.

16) Bau6-6275/89
Kanalisation Steinwändweg; Belagsarbeiten - Feinasphalt;
Kreditübertragung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 17. Mai 1990 wurden die Kanalarbeiten samt Straßenwiederherstellung für die Kanalisation Steinwändweg an die ARGE Steinwändweg zu einem Preis von S 4.667.617,40 netto vergeben. Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III vom 7. 9. 1993 werden für die Belagsarbeiten (Verschleißschicht) am Steinwändweg S 220.000,-- excl. USt benötigt. Hiefür werden Mittel in Höhe von S 100.000,-- bei VASSt. 5/8110/050050.2 und die restlichen Mittel in Höhe von S 120.000,-- bei o. a. VASSt. in Form einer Kreditübertragung von VASSt. 5/8110/050130.2 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag. Ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag. Nein. Es übt auch niemand Stimmenthaltung? Nein. Daher ist der Antrag einstimmig angenommen. Danke sehr.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es
um die Kanalverbesserungen im
Stadtgebiet.

17) Bau6-497/93
Kanalverbesserungen im
Stadtgebiet;

Kreditübertragung.

Der Gemeinderat wolle
beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
GB III / FA Tiefbau vom 20.
September 1993 wird der
Mittelfreigabe zur
Kanalverbesserung im
Stadtgebiet in Höhe von

S 150.000,-- bei

VASSt. 1/8110/619020.8

als Kreditübertragung von

VASSt. 1/8110/050010.5

zugestimmt.

Ich bitte auch hier um Ihre
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu diesem
Antrag das Wort gewünscht?
Nicht der Fall. Ist jemand gegen
den Antrag? Auch nicht. Übt
jemand Stimmenthaltung? Ist
ebenfalls nicht der Fall. Der
Antrag ist einstimmig ange-
nommen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Bei dem nächsten Antrag geht es
um eine Platzbenennung nach
Prof. Jörg Reiter.

18) Ges-35/93

Platzbenennung nach
Prof. Jörg Reiter.

Der Gemeinderat wolle
beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
Baurechtsamtes vom 13. Oktober
1993, erhält der unbenannte
Platzbereich zwischen der
Promenade und der Berggasse im
Bereich Schloß Lamberg, im
Lageplan des Stadtbauamtes gelb
lasiert, die Bezeichnung
"Prof. Jörg Reiter-Platz".

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke sehr. Wird dazu das
Wort gewünscht? Frau Kollegin
Radmoser.

GEMEINDERÄTIN

EDITH RADMOSER:

Es freut mich, daß zwei so
bekannte Künstler aus Steyr
dadurch geehrt werden sollen,
daß nach Ihnen ein Platz oder
eine Straße benannt wird. Ich
finde nur, es sollte entweder in
einem direkten Bezug zu der zu
ehrenden Person stehen, oder es
sollten mehrere Straßenzüge
irgend einem Thema zugeordnet
werden, ich denke da z B. an
Münichholz; der 1. Abschnitt
Widerstandskämpfer, der 3. Ab-
schnitt Musiker. Ich bin sehr
froh, daß man für diese ausge-
zeichnete Literatin Marlene
Haushofer endlich eine Straße
gefunden hat, die ihrer würdig
ist und nicht wie es schon einmal
im Gespräch war, eine Straße ins
Niemandland. Die Biographie

dieser beiden ausgezeichneten Künstler ist Ihnen ja bekannt. Wir von der SPÖ-Fraktion stimmen diesem Antrag zu, durch den diese beiden Künstler geehrt werden sollen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wünscht noch jemand das Wort, das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Ich verzichte, danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 18) Platzbenennung nach Prof. Ritter. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen. Antrag 19) bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Bei dem letzten Antrag geht es um die Straßenbenennung nach Marlen Haushofer.

19) Ges - 35/93

Straßenbenennung

"Marlen Haushofer"

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Baufortschrittes bei der Errichtung der neuen

Stichstraße zwischen der Resthof- und Ennser Straße in Verlängerung der Prof. Anton Neumann-Straße erscheint es erforderlich, diesen Straßenzug neu zu benennen. Seitens der Magistratsdirektion wurde vorgeschlagen, diesen Straßenzug nach der Steyrer Dichterin "Marlen Haushofer" zu benennen.

Marlen Haushofer wurde am 11. April 1920 in Frauenstein in Oberösterreich als Tochter des Revierförsters Heinrich Frauendorfer und seiner Gattin Maria geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Frauenstein kam Marlen Frauendorfer nach Linz, wo sie maturierte. Von 1947 bis zu ihrem Tode am 12. März 1970 lebte sie mit ihrer Familie in Steyr. Das Preisausschreiben einer O.Ö. Zeitung veranlaßte Marlen Haushofer 1946 mit ihren literarischen Arbeiten an die Öffentlichkeit zu treten. Sie gewann den ersten Preis. Ihr erstes Buch, die Novelle "Das fünfte Jahr" erschien 1952. U.a. folgten die Werke "Eine Handvoll Leben" (1955), "Die Tapentür" (1957), "Wir töten Stella" (1958) und "Die Wand" (1963). Für den Roman "Die Wand" erhielt sie den "Arthur-Schnitzler-Preis". 1968 sprach man ihr den österreichischen Staatspreis für Literatur zu. Die Werke Marlen Haushofers erfreuen sich zur Zeit einer immer steigenden Anerkennung und Beliebtheit. Das Stadtbauamt hat zur Straßenbenennung einen Lageplan, in welchem der

Straßenverlauf gelb lasiert ausgewiesen ist, vorgelegt. Entsprechend diesem Plan sowie unter Hinweis auf vorstehende Ausführungen wird daher vorgeschlagen, den im Lageplan des Stadtbauamtes gelb ausgewiesenen Straßenteil als "Marlen Haushofer-Straße" zu benennen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag? Oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Ing. Schloßgangl. Nächster Bericht-erstatte, Stadtrat Leopold Tatzreiter. Bitte sehr.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um eine Wertsicherung. Die Zahlung für die Knogler-Gründe für die Töchter, Frau Schillhuber und Frau Spaller, die im Zusammenhang mit der Abrechnung dieser beiden Ratenzahlungen, die aus 1992/93 stammen, stehen. In dieser Vereinbarung steht noch die Wertsicherungsklausel dabei. Ich darf um die Zustimmung bitten, daß für Frau

Schillhuber S 759.777,48 und für Frau Spaller S 204.216,79 ausbezahlt werden. Ich bitte auch um Zustimmung für die Kreditüberschreitung die durch die Darlehensaufnahme zu erfolgen hat.

20) ÖAG - 7903/90

Kaufverträge Knogler-Gründe; Zahlung der Wertsicherung für die Kaufpreisraten 1993;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Privatwirtschaftsverwaltung vom 14. September 1993, wird der Auszahlung der Wertsicherung in Höhe von S 759.777,48 an Frau Josefine Schillhuber, 4493 Wolfers, Eglmayrstraße 5, und S 204.216,79 an Frau Gertraud Spaller, 4523 Neuzeug, Enzengangstraße 4, für die im Jahre 1993 fälligen Kaufpreisraten zum Ankauf der Knogler-Gründe zugestimmt. Zum genannten Zweck wird bei der VA-Stelle: 5/8400/001000.2 ein Betrag von S 964.000,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, zum Wort gemeldet Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen
und Herren. Es gibt natürlich
überhaupt keinen Zweifel, daß
wir diese Beträge zu zahlen
haben, nachdem sie ja in nicht
gerade jungen Verträgen
normiert wurden und wir daher
schon lange wissen, daß wir
diese Beträge zu bezahlen haben.
Was ich zu bemängeln habe, ist
nicht daß wir sie zu bezahlen
haben und daß wir sie heute
beschließen, sondern nur der
Modus wie wir sie beschließen,
nämlich im Wege einer Kredit-
überschreitung. Denn das war
immerhin eine Verpflichtung, die
wir schon lange wissen und das
hätte meines Erachtens im
Budget vorgeplant gehört, sodaß
das nicht im Wege einer Kredit-
überschreitung zu finanzieren
gewesen wäre.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, noch eine
Wortmeldung, keine mehr. Ist
das Schlußwort gewünscht. Bitte
sehr.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER

Das ist richtig, daß man das im
Budget hätte vorsehen können,
daß aber das heuer zum tragen
kommt, ist nicht vorgesehen
gewesen. Ich darf trotzdem um
die Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Inflationsrate zu hoch
ausgefallen, Herr Kollege.

Abstimmung, wer für den Antrag
ist, den bitte ich um ein Zeichen
der Zustimmung, danke sehr. Ist
jemand gegen den Antrag, oder
enthält sich jemand der Stimme?
Nicht der Fall, dann ist der
Antrag einstimmig ange-
nommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

In meinem zweiten Antrag geht
es um die Dauerparkmöglichkeit
in der gebührenpflichtigen
Kurzparkzone für Gewerbe-
treibende und dgl.; Erweiterung
der Tarifordnung betreffend der
Festsetzung für die Entgelte
usw. In diesem Zusammenhang
stellt der Stadtsenat an den
Gemeinderat folgenden Antrag.

21) GHJ2-1585/77

GHJE-83/83

Dauerparkmöglichkeit in
gebührenpflichtigen Kurz-
parkzonen für Gewerbe-
treibende und dgl. Er-
weiterung der Tarif-
forderung betreffend die
Festlegung der Entgelte
für eine über den Ge-
meingebrauch hinausge-
hende Benützung des
öffentl. Verkehrsmittel

Der Gemeinderat wolle
beschließen:

Aufgrund des Berichtes des GB
IV vom 6.10.1993 wird die
Tarifordnung betreffend die
Festsetzung der Entgelte für
eine über den Gemeingebrauch
hinausgehende Benützung des

öffentlichen Gutes beschlossen, in der Sitzung des Gemeinderates vom 28.10.1960 in der Fassung der Beschlüsse des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 19.9.1977, 24.11.1983, 26.11.1987 und 15.10.1992, um folgenden Tarifposten erweitert.

Artikel II, Abs. I lit w)

Abstellen von mehrspurigen KFZ in Gebieten, die mit Verordnung des Gemeinderates zu gebührenpflichtigen Zonen erklärt worden sind, mit Ausnahme des Stadtplatzes und des Grünmarktes, für Personen, die im Besitz einer Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 2 StVO 1960 idgF sind.

Hier geht es um die S 8.000,-- Möglichkeit und ich habe mich etwas gewundert, daß der Herr Vbgm. Pfeil schon wieder einen, ich möchte sagen, einen Schritt voraus gesetzt hat, nämlich diese S 8.000,- schon wieder zu wenig sind. Wir vermerken nur in diesem Zusammenhang, daß manche Tarifregelungen etwas schleppend gehen, daß in diesem Zusammenhang aber schon wieder mehr gefordert wird. Ich glaube, daß eine Erweiterung in dieser Form notwendig ist und daß wir im Zusammenhang mit den Abstellflächen unter der Forumbrücke, daß dies eine Erweiterung und eine Möglichkeit jener ist, die dort in Mitleidenschaft gezogen werden, nämlich als Bewohner und wo das öffentliche Interesse sehr stark ist, auch für die

Geschäftswelt. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zum Wort gemeldet Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin froh, daß ich heute hier Stellung nehmen kann. Herr Stadtrat Tatzreiter hat gesagt, ich hätte gesagt, ich weiß nicht wie sie es genau ausgedrückt haben, daß mir die Gebühr zu wenig ist. Das stimmt absolut nicht, daß habe ich nie so gesagt, wie es zitiert worden ist. Sondern über die Vergabe bzw. über die Modalitäten als Steuerungsinstrument, habe ich mich der Fachmeinung von Herrn Dr. Stickler angeschlossen und sonst nichts und ich möchte das auch heute hier noch näher erläutern. Es klingt vielleicht etwas kompliziert, aber grundsätzlich stimmen wir dem Antrag zu. Aber ich habe sehr ernste Bedenken. Es ist dieser ganze Antrag ein Schritt in die nicht richtige Richtung, was die Verkehrsberuhigung im Stadtgebiet von Steyr betrifft. Wenn der Gemeinderat gemeinsam beschlossen hat, Grundlinien für die Verkehrsberuhigung, für die Verkehrslösung, daß erstens dem öffentlichen Verkehr der Vorzug gegeben wird und daß jeder nicht absolut notwendige Verkehr vermieden werden soll,

dann ist dieser Beschluß kontraproduktiv! Hier schaffe ich die Möglichkeiten, daß Bürger in das Stadtgebiet hereinfahren können und auf Plätzen parken, die man sonst für andere Zwecke brauchen würde. Ich habe bereits im Frühjahr - und die ganze Diskussion geht ja auf die Vorlandbrückendiskussion zurück - an ihr Amt, Herr Stadtrat Tratzreiter, an ihre zuständigen Beamten, die Bitte (schriftlich) abgegeben, daß man die Sorge hat, daß mit Beginn 1. September eine Lösung gefunden wird über die Vergabe von Parkplätzen unter der Vorlandbrücke. Es soll öffentl. ausgeschrieben werden, daß sich jeder um einen transparenten Katalog bewerben kann. Das alles ist nicht bzw. sehr schleppend geschehen. Zuerst wurden einige Gewerbetreibende bzw. Ärzte und Rechtsanwälte angeschrieben und aber auch erst im Sommer auf meine nochmalige Intervention, kam es dann erst in einer Zeitung zu einem Inserat, daß hier Parkplätze unter der Vorlandbrücke zu vermieten sind. Ich habe auch damals gesagt, natürlich wollen wir vom Ennskai auch alle anderen Parkenden weg und unter die Vorlandbrücke bringen und auch die Magistratsbeamten, die unbedingt mit dem Fahrzeug unterwegs sein müssen. Es wurde eine Regelung vorgelegt, daß 17 Parkplätze vermietet werden und 10 für Magistratsbeamte vorbehalten bleiben.

Jetzt nach dem Inserat hat man gesehen, daß es doch erheblich mehr Bewerber für diese Parkplätze unter der Vorlandbrücke gibt, als wir zu Verfügung haben. Jetzt ist man auf die Idee gekommen, dann vermieten wir eben öffentliches Gut am Ennskai um solchen Interessentenwünschen entgegen zu kommen. Gut, man hat einen Auftrag an Dr. Stickler gegeben, er solle diese Situation prüfen. Hier wird Dr. Stickler fälschlich zitiert. Es wird gesagt, Dr. Stickler wäre dafür. Herr Dr. Stickler sagt es ist machbar. Ich habe persönlich mit ihm in Innsbruck vor 14 Tagen gesprochen, wie dieser Antrag im Stadtsenat war, ich habe ihn aufgesucht und er hat gesagt, er ist nicht dafür, das ist falsch interpretiert worden. Es ist ein Rückschritt in der Verkehrsentwicklung. Was ihr Steyrer brauchen würdet, daß ist eine Garage im Zentrum, da ist einen Nachholbedarf und das möchte ich 100 x unterstreichen. Wir brauchen eine zentrumsnahe Abstellmöglichkeit für parkplatzsuchende Bewohner bzw. Interessenten. Dr. Stickler sagt es ist machbar, aber er hat nicht gesagt, daß es gut ist. Er hat auch Lösungsvorschläge gemacht und auf die möchte ich näher eingehen. Aber zu erst erlauben Sie mir noch, auf den Amtsbericht selber ein zu gehen. Hier steht, Dauerparkmöglichkeiten in gebührenpflichtigen Kurzparkzonen für Gewerbetreibende und dgl. Bitte wer soll dgl. sein. In

dem entsprechenden Gesetzestext, im § 45 Abs. 2, der StVO heißt es, daß Bewohner bzw. Gewerbetreibende mit tatsächlich erheblichem Interesse Anträge stellen können. Jetzt stellt man einen Kriterienkatalog auf bzw. mir sind zwei bekannt, wer aller unter diese Kriterien fällt. Der Verursacher oder Schreiber dieses Kataloges, hat seinen Namen nicht darauf geschrieben, es steht auch kein Datum darauf. Ich habe hier zwei Kriterienkataloge. Es fehlen mir hier absolut die Bewohner, auch Bewohner können ein erhebliches Interesse habe an dieser Lösung teilzunehmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es sind ja sowieso Personen gemeint.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Dazu kommt noch, daß der Stadtsenat die Bewilligung an sich gezogen hat, das ist die besondere Feinheit daran. Jetzt muß für jeden Antrag, der begründet sein muß, der Beamte einen Amtsbericht schreiben und der Stadtsenat muß sich dann jährlich, weil das gilt nur für ein Jahr, sich somit jährlich mit jedem Antrag neu befassen. Also bei diesem Spiel möchte ich wirklich nicht mittun. Ich möchte, daß bei einem Verfahren, das so abgewickelt wird, ich dann im Stadtsenat Verständnis dafür finde, daß wir vorgehen wie es Dr. Stickler vorschlägt.

Wenn wir uns schon für diese Lösung entscheiden, dann würde ich doch bitten, wenn jemand glaubhaft begründet er hat ein wirtschaftliches oder ein erhebliches persönliches Interesse, hier am Ennskai zu parken, es ihm zu glauben. Jeder von uns kann das sagen und wir könnten nicht Detektiv spielen, um ihnen das Gegenteil zu beweisen. Darum sollen wir den Beamten und den Stadtsenat herausnehmen. Also wenn jemand bereit ist, diese S 8.000,-- zu bezahlen, dann sollten wir ihm dann auch einen Parkplatz geben. Als Steuerungsinstrument und da sind wir jetzt dort, können wir die S 8.000,-- ansehen. Genau jetzt sind wir dort, das hat auch Dr. Stickler genau vorgeschlagen. Die Vorteile einer unbeschränkten Bewilligungsvergabe ohne schwierige Vergabeabläufe sprechen für Variante 2. Die Gebührenregelung sollte flexibler zum Handhaben sein, sodaß bei negativen Effekten wie zB einer Überbelegung der Kurzparkplätze durch Dauerparker, eine schnelle Anpassung der Bewilligungskosten erfolgen kann. Nicht mehr und nicht weniger ist das Originalzitat von Dr. Stickler. So und jetzt haben wir bei diesem doch sehr übereilten Antrag etwas übersehen. Ich weiß nicht Herr Stadtrat Tatzreiter, ob Sie sich überlegt haben, es steht nämlich im Amtsbericht drinnen, daß das Abstellen von mehrspurigen KFZ in Gebieten, die mit Verordnung

des Gemeinderates zu gebührenpflichtigen Zonen erklärt worden sind, mit Ausnahme des Stadtplatzes und des Grünmarktes, von Personen die im Besitz einer Ausnahme-genehmigung gem. § 45 Abs. 2 StVO, 1960 sind beparkt werden dürfen. Jetzt, wenn jemand diese Gebühren bezahlt, dann hat er selbstverständlich das Recht, daß er nicht nur am Ennskai parkt, sondern auch in Steyrdorf und auch am Bahnhof. Das heißt, das ist ja nicht im Sinne des Erfinders von dieser Gebührenregelung. Also hier ist das schon mangelhaft, nur sollte man auch darauf hinweisen. Wir kommen ansonsten zu diesem Fall, daß jemand der diese Karte besitzt in einer nicht gebührenpflichtigen Zone, nur 1 1/2 Stunden stehen darf, aber weil er das bezahlt hat auf einer gebührenpflichtigen Zone einen ganzen Tag stehen darf. Das ergibt für mich keinen Sinn. Also ich glaube, wir sollten hier einmal die S 8.000,-- beschließen für die Benützung von öffentlichem Gut. Es ist nicht notwendig, daß wir die Parkraumbewirtschaftungsgebühr ändern. Es wäre auch gesetzlich nicht gedeckt. Wir sollten uns zu diesen S 8.000,-- entscheiden, bis wir eine zentrumsnahe und ausreichende Parkmöglichkeit haben, die in Richtung Parkgarage, ob das jetzt ein beschlossener Platz im Bereich des Forum-Kaufhauses ist oder nicht geht. Mir fällt in diesem Zusammenhang auf, das hätten wir 1993 schon machen können, auch

die Machbarkeitsstudie für dieses Parkhaus. Wir haben uns im Frühjahr 1993 in der Fraktion auf diesen Platz geeinigt und es hätte schon passieren können, weil es ein brennendes Problem ist, daß man hier im Zentrum einen Parkplatz findet. Das ist ein brennendes Steyrer-Wirtschaftsproblem. Genauso wie die Bahn ein brennendes Problem ist, daß Steyr erreichbar ist. Es wurde in der Vergangenheit verabsäumt, daß wir hier für ausreichenden Parkraum sorgten, ist es für mich nur eine Übergangslösung, der ich schweren Herzens zustimme. Aber ich sehe auch ein, es ist eine Notwendigkeit für eine bestimmte Personengruppe hier in Steyr im Zentrum zu leben. Aber trotzdem bei der Durchführung bitte ich, daß wir nocheinmal im Stadtsenat darüber sprechen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich habe den Vorsitz übernommen. Bis jetzt sind gemeldet, Zagler, Spöck, Fürweger, Eichhübel, Dr. Schwager. Stimmt das, noch wer?

STADTRAT

MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, kurzer Abriß zur Historie dieses vorliegenden Antrages. Es war der Stadtsenat fast für einige Wochen gelähmt in seiner Arbeit und trotzdem nicht in der Lage, die 17 Plätze unter

der Vorlandbrücke in einen sinnvollen Vergabevorschlag hineinzubringen. Das war zumindest mein Eindruck als die Stadtsenatsmitglieder Vorschläge erhielten und über diese Vorschläge Diskussionen abhielte. Deswegen war ich in meiner Überlegung dahingehend unterwegs, wie kann man aus diesem sehr erhitzten Druckkochtopf die Luft herauslassen, oder anders ausgedrückt, wie kann man den Druckkochtopf so zum Pfeiffen bringen, daß der Überdruck sich reduziert. Ich habe mich da einer Sache erinnert, die der Gemeinderat in einstimmiger Art und Weise hier beschlossen hat, daß wir die Parkraumbewirtschaftung eingeführt haben. Es soll für jedermann die Möglichkeit geschaffen werden zum Kaufpreis von S 8.000,-- ein Jahr lang alle gebührenpflichtigen Kurzparkzonen benützen zu können. Der einzige Haken zu der heute vorliegenden Regelung ist der, daß - wenn sich ein Bürger, ob er Unernehmer ist, ob er berufstätig ist oder ob er Bewohner ist, oder ob er Schüler oder Student ist, so eine Karte kauft - dieser bei einer 1 1/2 oder 1/2 Stunden Beschränkung oder wie auch immer die Beschränkung ausschaut, von dort wegfahren mußte, um auf den nächsten freien Parkplatz hinzufahren und dort wieder die nächsten 1 1/2 Stunden verbringen zu können. Das alleine ist neu an diesem Vorschlag, die S 8.000,-- Regelung hier einzu-

führen. D. h., diese Arbeit, mich erinnert das an Wilhelm Tell das Grußen des "Gessler Huttes" hier diese Tätigkeit zum Auto zu gehen, wie es früher ja schon gewesen ist, die Parkuhr nachzudrehen oder ähnliches, daß man das hier in so einem Fall den Autobesitzern, die so eine Karte haben ersparen kann. Ich habe auch eine Hochrechnung damals angestellt, wie rechnet sich den diese S 8.000,-- Karte zu einem Bürger, der öfter oder oftmals in der Stadt oder in diesen bewirtschafteten Zonen parkt. Ich bin darauf gekommen, daß mit diesen S 8.000,-- wenn man Urlaub und andere Dinge Feiertage etc., wo das nicht notwendig ist, weg läßt bzw. Tage wo auswertige Dienstverrichtungen vorliegen etc., dann kommt man auf eine durchschnittliche Parkplatzbelegung von etwa 3 1/2 Stunden d. h., also der Steyrer-Bürger, der eine solche Karte kauft und mehr als 3 1/2 Stunden in der Zone pro Tag steht, der ist ein Verdienner an diesem System. Aber dieses System hätte auch mit der bisher beschlossenen S 8.000,-- Karte gehabt. Wir haben noch eines, und deshalb glaube ich, daß es nicht so viele sein werden, die diese Karte in Anspruch nehmen werden, weil S 8.000,-- auch ein ordentlicher Betrag ist und sich wirklich jedermann, ob ein Unternehmer oder ein Angestellter oder der Bewohner überlegen muß, leiste ich mir das, hat das für mich wirklich diese Wichtigkeit. Ich

glaube, daß hier nicht Status-symbole vergeben werden, sondern daß sich das an der Notwendigkeit stark orientiert. Ein Kriterienkatalog ist zum Vorschlag gebracht worden, der also Mißbräuche, wenn möglich, nach hinten stellen soll und der wesentlichste Mißbrauch ist das Vergabegremium, nämlich der Stadtssenat durch seine Sitzung. Was bewirkt die Parkraumbewirtschaftung und dieser Drang nach der Vergabe solcher Plätze, daß ist ja nicht von ungefähr, wenn ich 17 Plätze unter der Vorlandbrücke vermieten möchte und es sind über 30 Anmeldungen da, obwohl das in der Urlaubszeit inseriert wurde, und im Nachhinein keine weiteren Anträge mehr angenommen wurden, zeigt, daß Bürger im Stadtzentrum nach Parkplätzen suchen. Die Bezirksbauernkammer hat das aufgegriffen und vermietet ihren Parkplatz vor dem Kammergebäude oder versucht ihre Parkplätze in Dauerparkplätze umzugestalten um diese auch hier zu vermieten. Eines möchten sie bewirken, daß der Druck größer wird, daß entweder der Druck, daß wir mit den Parkgebühren, und da gebe ich dir ja recht, daß sie unter Umständen bei gewissen Betrachtungsweisen zu niedrig angesetzt sind, daß man die Parkgebühren regelt, daß man über den Preis, die beschränkten Güter bewirtschaften kann, bzw. daß der Druck wächst, eben dieses citynahe Parkhaus, diese

City-Garage zwischen Forum und Werndl-Denkmal, in dieser Gegend zu errichten. Ich sehe auch hier eine positive Wirkung und nicht unbedingt eine kontraproduktive Wirkung darin, daß eine erste Nachregelungsmaßnahme unserer Parkraumbewirtschaftung, die aber, glaube ich, aufgrund der Ereignisse auch dringend notwendig war, soll uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß ja in Kürze und bei manchen Dingen es ja wirklich eher schon Not am Mann oder Gefahr in Verzug Nachrüstungen zu treffen werden, wo ich hoffe, daß sich auch hier der Verkehrsausschuß und auch der Gemeinderat anschließen wird können. Wenn ich zB an die 1/2 Stunde Parkdauer am Stadtplatz denke, der gerade für die Gastronomie und Hotelbesitzer am Stadtplatz eine mittlere Katastrophe ist, sie lesen die Leserbrief in der Steyer-Zeitung und in der Korrekt dazu. Ich glaube, hier haben wir dringenden Handlungsbedarf. Ich weiß schon, ich war auch der Meinung, man soll eine Anlaufphase benutzen, um hier Erfahrungen zu sammeln, aber dort wo man während dieser Phase erkennt, daß diese Maßnahme dringend notwendig sind, sollte man nicht auf einen bestimmten Stichtag warten, sondern, daß durchaus im Vorwegverfahren machen. Ein ähnliches Beispiel, wenn ich an die Dienstleistungsbetriebe in der Sepp-Stöger-Straße denke, wo

ab der Früh die Angestellten, nicht nur die Bediensteten unseres Hauses, sondern auch die Angestellten im Stadtzentrumsbereich, die Parkplätze wegnehmen, für jene Nahversorger und Dienstleistungsgeschäfte, die dort angesiedelt sind. Auch das wäre eine Überlegung. Wie lange wollen wir etwas, wenn wir es erkennen, daß es von uns richtig gemacht wurde, sozusagen weiter prolongieren, oder sollten wir nicht das in die Hand nehmen und sagen, daß ist aus der normalen Entwicklung abzusondern und gesondert zu behandeln und auch rechtzeitig zu behandeln. Weder dem Friseur noch dem Doktor noch dem Zahnarzt noch dem Rechtsanwalt noch ihrendjemandem ist dort gedient, wenn wir sagen, wir müssen erst einmal monatelang zuwarten, ich glaube wir sollten diese Dinge, die man erkennt und als Fehler erkennt, möglichst unbürokratisch und rasch über die Gremien darüberlaufen lassen.

FRAU GEMEINDERAT ULRIKE
FUCHS VERLÄSST UM 18.20
UHR DIE SITZUNG.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke sehr, nächster am Wort ist der Gemeinderat Spöck bitte.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des

Gemeinderates. Über den Personenkreis, den der nacher zu beschließende Antrag betrifft, bin ich mir auch nicht ganz sicher, über den § 45 Abs. 2 der StVO. Ich bin eher der Meinung, er betrifft Gewerbetreibende. Insbesondere bin ich der Meinung, es heißt im Amtsbericht: ...ergänzend dazu darf bemerkt werden, daß die gleiche Vorgangsweise nach dieser Ansicht, auch bei Bewilligung nach § 45 Abs. 4 StVO (Bewohnerparken) denkbar wäre, da könnte unter Umständen das Bewohnerparken den § 45 Abs. 4 betreffen und nicht Abs. 2, darum bin ich mir nicht sicher. Über das Bewohnerparken: In meinen Augen ist es nicht richtig, wenn es im Amtsbericht heißt, daß diese Ausdehnung auch auf das Bewohnerparken denkbar wäre. Bewohner müssen in meinen Augen ein Anrecht auf gratis Parkplätzen haben. Die Einführung einer Gebühr würde nämlich die Bewohner stärker treffen, weil die Bewohner keine Möglichkeit haben, hier zB wie der Gewerbetreibende, das steuerlich absetzen zu können. Es würde auch sicherlich dazu beitragen, um das Wohnen in der Innenstadt weniger attraktiv zu machen. Es würde sicherlich dazu beitragen, Absiedlungen herbei zu führen. Daher muß in meinen Augen die Möglichkeit gratis zu parken für die Bewohner auch in dem gebührenpflichtigen Bereich weiterhin bestehen. Außerdem müßte man hier sicherlich die

Gleichheit mit den Bewohnern
Münichholz, Ennsleite setzen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Gemeinderat Fürweger
bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bei dieser Sache, wir haben gesprochen von Sinnhaftigkeit, ich sehe hier auch etwas kontraproduktives. Wir müssen uns fragen, warum hat man überhaupt einmal begonnen 30 Minuten Parkplätze zu schaffen. Wir haben es ja auch am Wieserfeldplatz gesehen. Um es den Gewerbetreibenden zu ermöglichen, daß Kunden, die nur kurz kommen, eben einen Platz bekommen. Das war glaube ich auch die Idee am Stadtplatz, wir müssen da, glaube ich, jetzt Mischformen finden. Wir können jetzt nicht, weil die Gastwirte es wollen, daß die Leute jetzt essen gehen länger Parkeinheiten machen. Die Bankleute zB wollen wieder, daß Kunden schnell einen 30 Minuten Parkplatz bekommen. Also wir müssen schauen, daß wir eine Mischform bekommen. Was Stickler wollte, ist ja, oder was wir eigentlich wollten und die Wirtschaftsleute in der Stadt, daß mehr Leute in die Stadt hinein fahren können, daß ein Parkplatz so wie in der Vergangenheit, es waren hier ja auch früher nur Kurzparkplätze, die aber wie wir wissen, oft als

Dauerparkplätze verwendet worden sind. Daß man also einen Parkplatz öfter umsetzen kann. Von verschiedene Kunden, sprich von verschiedenen Fahrzeugen. Wenn wir jetzt Dauerparkplätze wieder am Ennskai einführen, dann ist das meiner Meinung nach kontraproduktiv. Es werden dadurch wieder die Parkplätze für Leute weniger, die am Stadtplatz etwas einkaufen wollen. Ich frage mich, ob das der Wunsch der Gewerbetreibenden ist. Ich befürchte, daß es vielleicht kapitalstarke Organisationen gibt am Stadtplatz, die sich dann vielleicht 5 Dauerparkplätze für ihre Institutionen kaufen und ich glaube, das würde wieder den anderen Wirtschaftstreibenden, die ein kleines Geschäft haben, widersprechen. Es ist vorher angekungen, um S 8.000,-- gibt es schon so eine Dauerkarte. Mir ist jetzt nicht ganz klar, gibt es jetzt schon die Möglichkeit, eine solche Karte zu erwerben?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Für Gewerbetreibende.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Für Gewerbetreibende gibt es schon eine Dauerparkkarte um S 8.000,--, warum brauchen wir dann wirklich eine Dauerparkkarte um S 8.000,-- als eine weitere Form. Wir machen dadurch ja mehrere Klassen, wir haben jetzt schon den normalen Zahler, den

Bewohnerparker, den S 8.000,- Jahreskartenzahler und nun den S 8.000,-- Jahreskartendauerparker. Ich weiß nicht, ob das sehr überschaubar ist und ob es günstig ist. Mir fällt zur Gemeinderatsitzung vom 4.3.93 über Parkraumbewirtschaftung ein, es ist jetzt gerade vorher gefallen, da hat auch der Kollege Zagler gemeint, wir müssen ganz dringend darangehen, einen Platz für ein Parkhaus zu suchen. Eine Entscheidung. Wir haben jetzt Oktober, und wir haben uns noch immer nicht um die Entscheidung zusammengerungen, wo wir ein Parkhaus machen. Ich wollte nur den März noch einmal in Erinnerung rufen, auch hier haben wir das schon besprochen gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Danke der Nächste auf der Rednerliste ist der Herr Stadtrat Eichhübl bitte. Dann Dr. Schwager und Herr GR. Gollatsch. Weitere Redner?

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertenes Präsidium, ich möchte eigentlich nur kurze Erklärung abgeben, warum ich dem eigentlich sehr überraschend eingebrachten Antrag in der vorletzten Stadt-senatssitzung grundsätzlich die Zustimmung gab. Es wurde ja bereits durch meine Vorredner darauf hingewiesen, daß dieser Antrag im Zusammenhang mit

der Vergabe von 17 Abstellplätzen unter der Brücke zu sehen ist. Ich habe das auch so gesehen, daß es aufgrund eines gewissen Kriterienkataloges wesentlich mehr als 17 Bewerber gegeben hat. Um hier doch eine Gleichheit gegenüber unseren Bürgern zu schaffen, bin ich ebenfalls der Auffassung, daß man eben diesen und auch weiteren die Möglichkeit schaffen sollte, um einen Betrag von S 8.000,-- einen Parkplatz zu erhalten. Daher halte ich die Vorgangsweise, daß wir heute - sowie es der Dr. Pfeil ausgedrückt hat - einen Grundsatzbeschuß über die Möglichkeiten und über die Gebühr von S 8.000,-- treffen. Ich halte es auch für richtig, daß eine Ergänzung dazu gehört, daß in bestimmten Bereichen unter der Voraussetzung des Nachweises von wirtschaftlichen notwendigen Umständen, um nur einen Bereich aus dem Kriterienkatalog heraus zu nehmen, es möglich ist. Ich weise darauf noch einmal hin, was Dr. Pfeil gesagt hat, es ist im Falle der Parkplatzgenehmigungen unter der Brücke, die einen bestimmten Bereich darstellt, wenn jemand zB seinen Wirtschaftsbetrieb in Steyrdorf hat und dort eben einen Nachweis erbringt, daß das für seinen Geschäftsgang eben zwingend notwendig ist, ihn sonst am Fortkommen hindert, womöglich seinen Betrieb in Gefahr bringt, dann soll er natürlich dort in Steyrdorf die

Möglichkeit haben, eine Karte zu bekommen. Aber kann nicht mit einer Dauerparkkarte dann, so meine ich, die Parkplätze der Stadt anfahren, wo eben diese Gebührenzonen sind. Mit der Ausnahme des Stadtplatzes und des Grünmarktes. Nun noch ein paar Sätze zu dem was der Kollege Zagler gesagt hat, es ist richtig, daß in bestimmten Bereichen am Stadtplatz Nachrüstungen notwendig sind und ich glaube auch, daß wir in absehbarer Zeit darüber unterhalten sollten und auch hier im Gemeinderat einen Beschluß treffen sollten, daß wir verschiedene Bereiche in die Gebührenzonen mit hinein nehmen. Ich denke da im besonderen, einen Bereich hat ja der Kollege Zagler bereits angesprochen, das ist der Promenadebereich, ich denke im besonderen an den Nahbereich des Friedhofes. Hier gibt es immer wieder Beschwerden und wir haben uns auch in der Fraktion darüber unterhalten, daß zB jene, die dort Gräber besuchen, die Gräber pflegen wollen, nicht die Möglichkeit haben, dort eine Parkplatz zu finden. Bitte darf ich weiter fortfahren. Dort ist es so, daß jene, die dort die Gräber besuchen und pflegen wollen, nicht die Möglichkeit haben. Es handelt sich ja in den meisten Fällen um ältere Personen, die nicht die Möglichkeit dort im Nahbereich des Friedhofes, ihr Fahrzeug abstellen zu können, weil dort eben Dauerparker, die

in der Früh ihr Fahrzeug abstellen in die Stadt gehen und am Abend wieder wegfahren, das verhindern. Das kann man nur in den Griff bekommen, jetzt komme ich noch einmal zu meinem Vorschlag, daß man dort ebenfalls Gebührenparkplätze schafft.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, der nächst zum Wortgemeldet. Herr Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Durch die bisherigen Beiträge, zu diesem Thema ist ja schon viel überholt, was ich zu dem Zeitpunkt, als ich mich zu Wort gemeldet habe, noch sagen wollte. Es geht ja hier bei unserem gegenständlichen Antrag ja nur darum, daß hier ein bestimmter Tarifposten in der Gebührenordnung geschaffen wird. Insofern ist ja dieser Antrag sicher in Ordnung und es wird dem Antrag auch zuzustimmen sein. Es ist verständlich, und ich schließe mich da gleich vorsorglich nicht aus, daß natürlich die Diskussion in die gesamte Thematik Parkraumbewirtschaftung etwas hinübergleitet. Ich würde es aber nicht zu weit ausufern lassen. Aber noch einmal die Frage der Gebühren, diese geht vollkommen klar, es wird aber - und das wird dann eine Sache

der ehemaligen MA I, das ist jetzt der GB IV, sein, bei der Bescheiderlassung sehr vorsichtig zu sein und entsprechende Determinierungen auszusprechen. Aus dem Wortlaut des zu beschließenden Tenors, des Artikel 2, Abs. 1, w), soll ja die Gebührenpflicht für Personen, es ist zu ergänzen, juristische oder natürliche Personen, subjektbezogen und nicht objektbezogen. Also dh, nicht auf ein bestimmtes Fahrzeug. Das entspricht aber nicht dem Antrag, jetzt muß ich mal klar stellen, der Antrag sagt, für Personen, und daher ist es nicht für Fahrzeuge...das glaube ich auch, nein aber noch einmal, ich kann ihnen nur so sagen, wie ich es hier lese. Ich habe aber daraus etwas Positives abgeleitet, nämlich, daß die Befürchtung vom Fraktionskollegen Fürweger damit nämlich unterlaufen werden kann, daß nämlich zuviele Fahrzeuge von einer Firma dann in diesen Raum hineingebracht werden können, wenn es nämlich subjektbezogen ist, dann bekommt er eine Bewilligung und darf jedes Fahrzeug abstellen. Wenn es objektbezogen ist, darf er nur ein bestimmtes Fahrzeug abstellen. Ich glaube schon, daß die Subjektbezogenheit gar nicht so falsch ist. Aber bitte, ich kann nur davon ausgehen, was der Amtsbericht sagt. Ein anderes Problem wird sein, wenn wir uns vielleicht einmal, ich meine nicht ich, weil ich ja nicht die Behörde bin, daß man

sich damit auseinandersetzen müßte, daß man eine Verwaltungsübertretung bestrafen will, weil jemand sich vielleicht an diese Ausnahmegewilligung nicht gehalten hat. Denn eine Ausnahmegewilligung nach § 45 Abs. 2, der StVO, 1960 muß auch geographisch entsprechend determiniert sein. Wenn ich eine Sondernutzung eines öffentlichen Gutes beanspruche, dann muß ich im Ansuchen ganz genau beschreiben, wo und in welchem Bereich. Ich glaube nicht, daß es ausreicht, daß ich sage zB für den Ennskai im Bereich von bis, weil sonst muß jeder einem bestimmten, wenn wir das bescheidmäßig detaminieren, hinter die Windschutzscheibe kleben, daß er eben in diesem Bereich, zB Ennskai zw. 15-17 abstellen darf, oder am Wieserfeldplatz. Das gehört geographisch beschränkt. Daß sich die gesamte Parkplatzbewirtschaftung für die Innenstadt sehr positiv ausgewirkt hat, das darf ich hier am Rande erwähnen. Ich habe schon im Verkehrsausschuß - den ersten, den wir nach Einführung dieser Parkraumbewirtschaftung hatten - habe ich das schon vorgebracht, was heute auch schon angeklungen ist, die Anliegen der Gastronomie im Bereich Grünmarkt - Stadtplatz, das man eben in der Zeit von 12:00 - 14:00 Uhr diese Zeitbefristung am Stadtplatz aussetzt und ich habe auch im Verkehrsausschuß gemerkt, daß man dort diesem Ansinnen positiv das Ohr neigt,

sodaß wir bestimmt diese zeitliche Ausnahme, von 12:00 - 14:00 Uhr in Kürze beschließen können. Um 14:00 Uhr muß er wieder weg sein. Das was Stadtrat Eichhübel über den Friedhof gebracht hat, ist mir ja auch nicht ganz neu, da ich das auch in der Fraktion vorgetragen habe, es bedürfe dann einer entsprechenden Angleichung der Verordnung über die Parkplatzbewirtschaftung und eine entsprechende Angleichung auch der Vereinbarung mit der Firma des Wachdienstes, die dann die Überwachung ausdehnen muß. Daß die Kosten zu hoch sind, glaube ich gar nicht, aber wir haben jetzt die Erfahrung gemacht, daß dieses Gebiet, insbesondere nämlich auch vor dem APT bis zu der Tabor-Stiege, total verparkt ist mit Dauerparkern und daß die Friedhofsbesucher, ob Alt ob Jung, aber mit ihren oftmaligen Lasten nicht hin kommen. Es wäre hier eine gebührenpflichtige Zone vorzuziehen. Noch dazu glaube ich, daß die Ergebnisse der Gebührenpflicht unserem Finanzstadtrat nicht gerade unangenehm sind.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, nächste Wortmeldung. Herr Gemeinderat Gollatsch.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Meine sehr geehrten Herrn Bürgermeister, meine Damen und

Herren. Ich darf auf den Beginn der Wortmeldung des Dr. Pfeil zurückkommen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Sie sind bekanntlich sehr pressefreundlich, wenn es darum geht, Informationen an Journalisten weiterzugeben. Ich höre aber jetzt von Ihnen schon zweimal, daß, was geschrieben wurde, so von Ihnen nicht gesagt wurde. Ich zitiere wörtlich aus der heutigen Zeitung hier "eine noch rigorosere Regelung über den Preis S 8.000,-- Kosten pro Jahr" könnten jetzt nur der Anfang sein. Es müßte eine gleichmäßige Erhöhung kommen, hier wörtlich zitiert. Unter Gänsefüßchen, das sind wörtliche Zitate, soweit ich journalistische Feinheiten kenne. Aber wenn diese Artikel von den Journalisten unter die journalistische Freiheit gestellt werden könnten, dann würde ich Sie ersuchen, formulieren Sie bei den Journalisten eindeutig. Ein zweites Mal war es schon in der Steyrer-Zeitung vom September, wo falsche Zahlen genannt wurden, die nur von Ihnen stammen können. Ausschüsse sind vertraulich. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Wort gemeldet Dr. Pfeil, Holub ist vorgemerkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren ich freue mich, daß ich gleich dazu

Stellung nehmen kann. Ich habe gesagt - und ich zitiere noch einmal - ich habe mich Dr. Stickler angeschlossen, daß man das überdenken soll, wenn man als Reglementierung Bescheide heran nimmt bzw. wenn man als Reglementierung hier einen Stadtsenat einsetzen will, dann ist das nicht richtig, als Reglementierung soll man die Finanz hernehmen, die S 8.000,- - und wenn das so ist, dann kann ich mir auch eine Erhöhung vorstellen. Nicht mehr und nicht weniger. Natürlich wird man dann Schritt für Schritt bzw. kann man dann Schritt für Schritt erhöhen. Da ist überhaupt kein Problem dabei. Wir haben am Ennskai ca. 210 Parkplätze und wenn natürlich jetzt ein Ansturm auf diese Parkplätze im Sinne eines Dauerparken kommt, dann wird man Schritt für Schritt erhöhen müssen. Da sehe überhaupt kein Problem. Ich weiß nicht, was sie mir da hineininterpretieren wollen, ich finde es einfach lächerlich. Ich möchte auch ergänzend sagen, was mir auch noch bei diesem Antrag fehlt, es steht keine ev. Aliquotierung dabei. Wenn jetzt einer am 1. Dezember ansucht, geht das autom. vom 1. Dezember 1993 bis 1. Dezember 1994 oder bezahlt er für ein Monat, für ein Restmonat, das gehört auch noch diskutiert, oder werden wir diese Preise 12teln oder wie auch immer, oder ist das eine Mindestgebühr diese S 8.000,-- pro Jahr. Das steht im Raum,

darüber hat niemand gesprochen. Ich möchte noch dazu sagen, ich habe den Herrn Magistratsdirektor gebeten, daß man diese Beamten, die unter der Vorlandbrücke parken hätten können, dann auch Platz bekommen bzw. sich einen Platz suchen müssen und im Bereich Ennskai, also hier gehört auch dann sinngem. die Vorlandbrücke mit 10 weiteren Parkplätzen dazu. Jetzt möchte ich dem Finanzstadtrat Mag. Zagler eine Antwort geben. Natürlich wir haben jetzt das zweite Monat, wo wir die Gebührenpflicht eingeführt haben, die Erfahrungen sind eher positiv, ich gebe Dir vollkommen recht, wir haben alles gemeinsam beschlossen, wir haben darüber sehr lange diskutiert. Wir werden Nachbesserungen machen müssen. Ich bitte dafür um Verständnis, daß ich nicht schon im zweiten Monat, auch wenn ich etwas richtig erkannt habe, nicht sofort sage, jetzt müssen wir durch alle Gremien durch. Wir haben z. B. ja auch einen Vertrag mit einer Überwachungsfirma, der nicht nur das räumliche Ausmaß umschreibt, sondern auch das zeitliche Ausmaß der Überwachung umschreibt. Wenn wir jetzt am Stadtplatz die Herrschaften von 12:00 bis 14:00 Uhr ausnehmen von der Überwachung, dann schenken wir ihnen ja zwei Stunden. Dann schenken wir ihnen trotzdem etwas, daß möchte ich in einem Atemzug machen, wenn wir daran denken,

eine Ausweitung der gebührenpflichtigen Zonen zu beschließen. Wir haben Nachbesserungsbedarf in Steyrdorf, wir haben Nachbesserungsbedarf am Friedhof. Dort wird man sich überlegen müssen, gerade Allerheiligen kommt jetzt, da wird man sich etwas einfallen lassen müssen. Man wird sich aber auch noch mit dem generellen Problem Bewohnerparken beschäftigen müssen, weil in Steyrdorf, daß muß man ganz offen sagen, ist im Moment das Pendel zu Gunsten der Geschäftsleute. Die Bewohner fühlen sich wirklich sekkiert, wenn sie am Abend vor dem leeren Gebührenparkplatz um 16:00 oder 17:00 Uhr nach Hause gehen und keinen Dauerparkplatz finden und einen anderen Parkplatz aufsuchen müssen. Da werden wir uns überlegen müssen, wir werden Gelegenheit haben am 15. November das ausführlich zu diskutieren. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort gemeldet ist der Kollege Stadtrat Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Die Versuche, meine Damen und Herren, mit der Verkehrssituation in Steyr fertig zu werden, finden einen neuen Höhepunkt, mit der Diskussion die wir uns heute nicht ersparen. Wir wissen alle, daß wir von einem Versuch, Notwenigkeiten

zu vermeiden, in den anderen hinein taumeln. Die Notwendigkeit, daß die Innenstadt lebt, wird doch keiner bestreiten. Über was diskutieren wir, wir diskutieren nicht über die Möglichkeiten, die Innenstadt lebenswert und erlebenswert und bewohnenswert zu machen, sondern wir diskutieren darüber, wo wir noch mehr Gebühren einheben können. Wir müssen den Bewohnern ermöglichen, zu vergleichbaren Bedingungen wie die Bewohner auf der grünen Wiese ihre Heimstätte zu haben, ihren Aufenthalt zu finden. Am Ende des 20 Jhd. ist es ganz einfach, ob man es sehen will oder nicht, ist das Auto ein Bestandteil des Wohngefühls. Es ist so, weil wohnen tut zwar der Mensch aber nicht das Auto, aber jeder von uns beurteilt die Wohnqualität nach der Verfügbarkeit eines Parkplatzes für seine Ersatzmobilität die er im Auto findet. Das ist doch die reine und einfache Wahrheit. Wenn wir uns jetzt von einem Versuch zum anderen hinüberretten, mehr Gebühren von noch mehr Menschen herein zu bekommen, dann pressen wir die Leute aus der Stadt, daß kann ja auch nicht die Absicht sein. Ich weiß, Sie sehen das anders, aber wenn wir die Tragödie sehen, die sich da abspielt, sind die Versuche, zuerst das Geld einzunehmen und dann die Alternativen zu bauen. Das ist die Tragödie. Ich glaube, wir sollen den Bürger nicht das Geld aus der Tasche ziehen, sondern

wir sollen Dienstleistungen erbringen. Die Dienstleistung am Bürger heißt einfach, die Befriedigung seiner Ansprüche, mehr oder weniger entgeltlich oder unentgeltlich, je nachdem wie uns die soziale Aufgabenstellung vorkommt. Das ist Kommunalpolitik. Wenn wir aber glauben, daß wir um diese Garagen herum kommen, weil wir das Geld einfach nicht uns zu verlangen trauen, aber auf der anderen Seite das Geld aus der Tasche ziehen, daß die 1/2 Stunden Zone zu Mittag sinnlos ist, sowohl für das Bedürfnis des Gastes als auch des Gewerbebetriebes kontraproduktiv, aber wenn man dann sagt, ich habe das einmal beschlossen, dann führen wir das weiter, daß ist nicht gelebte Volksvertretung sondern das ist die totale Präpotenz. Gegen diese Präpotenz lehne ich mich auch auf, es kann nicht so sein, daß man eine Allianz findet, nach einem 1/2 Jahr Versuch, wo von Anfang an angemerkt war, bitte denkt an den Tourismus, denkt an die Gastronomie, da bin ich gestanden, da habe ich es gesagt, und die Allianz Zagler/Pfeil hat mir gesagt, daß ist kein Thema, wir beschließen jetzt die Gebühren. Jetzt wissen wir, daß das nicht gut ist und jetzt machen wir noch weiter. Das verstehe ich nicht Herr Dr. Pfeil und da können sie mir dazwischenreden was sie wollen, ich bin ebenso gut im Weiterreden wie sie im Dazwischenreden. Ich bin gegen

diese sonderbaren Allianzen, die sich jetzt zeigen, nämlich diese Allianz, Stickler - Pfeil, der plötzlich sein Liebe entdeckt, ihn vorher verurteilt, ich verstehe ihn nicht. Ich verstehe nicht die Bereitschaft, den Taborknoten so darzustellen, als daß der abgesenkte Kreisverkehr den der Dr. Pfeil will, die Besuchern bei dem Stadtteilgespräch könne sich noch ganz genau daran erinnern, nicht nur die politischen sondern auch die Bürger, können sich sehr gut daran erinnern, daß sie gesagt haben, die einzige Lösung ist der abgesenkte Kreisverkehr. Vergangene Woche lese ich, in der Zeitung, daß Dr. Pfeil behauptet, die Fachleute sagen, daß ist außerordentlich schwierig. Das ist ein großer Lernprozeß nach 2 1/2 Jahren. Vor 2 1/2 Jahren hat wir das gesagt, daß wird sehr schwer zu lösen sein, Sie haben das gesagt, das müßte man so machen. Ich finde, Herr Dr. Pfeil, daß wir auf vielen Ebenen einen Nachholbedarf haben, unter anderem auch in der Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger. Diesen Nachholbedarf sehe ich ganz stark bei Ihnen. Ich glaube, daß wir das Bewohnerparken nicht als Einnahmequelle finden sollen, sondern als legitimen Anspruch des Bewohners. In anderen Städten ist das so. Der Anspruch des Bewohners auf seinen Lebensraum, solange wir nicht andere Ersatzmöglichkeiten zur Verfügung stellen. In der BRD ist mit dem Innehaben einer

Wohnung der Anspruch auf einen Parkplatz verbunden, wenn auf einem ein Fahrzeug zugelassen ist, auch dann wenn es ein Dienstfahrzeug ist. Das ist damit verbunden, wir ermöglichen das gar nicht. Wenn sie das Pech haben, ein Dienstfahrzeug zu haben und nicht in der Rathausgarage parken können, dann sind sie der Zweite, sie bekommen keine Berechtigung. Das glaube ich, das wird man den Bürgern noch erklären müssen, ja natürlich habe ich bei meinem Dienstgeber, wenn er nicht umbaut, so wie jetzt auch die Möglichkeit in der Garage zu stehen. Aber sie haben es nicht jahrelang genossen, ich habe es schon genossen... .. ich sage ja, ich *habe* es genossen. Aber ich glaube, daß wir uns nicht über alles hinwegsetzen sollen, was die Leute von uns verlangen. Ich finde, daß wir auch nicht von einem übereilten Antrag sprechen sollen, der jetzt hier vorliegt, daß ist ein sehr lang diskutierter Antrag, was ich kritisiere, ist die juristische Leistung die dahinter steckt. Wenn hier in der Gemeinderatsdiskussion von allen möglichen Personen, Mitgliedern des Gemeinderates Einwendungen gegen die Formulierungen gemacht werden, so ist es sicherlich nicht das Gelbe vom Ei, das uns da als Entwurf von den Juristen des Hauses vorgegeben wurde, das möchte ich auch in aller Deutlichkeit sagen. Wenn wir den Leitsatz haben, es muß etwas, was knapp

ist, immer teurer werden, so vergessen wir die Maxime, daß die Stadt Dienstleistung ist für ihre Bürger und nicht der Bürger Geldquelle für die Stadt. Ich bitte sie wirklich, diese Grundeinstellungen, die Sie, Herr Dr. Pfeil, gesagt haben, zu überarbeiten, daß wäre schon dringend notwendig. Die Bürger kommen in das Stadtgebiet und parken auf Plätzen, auf denen man anderes tun könnte. Das ist vollkommen richtig. Nur haben sie keinen anderen Platz, daß Versäumen ist bitte nicht bei den Bürgern, sondern bei denen, die für die Planung und für die Veranlassung zuständig sind, daß ist der hohe Gemeinderat, der hohen Stadt Steyr und nicht der Franz Peter Zapfl, der sich noch darüber freut, in dieser Stadt wohnen zu können. Ich meine schon, daß es typisch für Steyr ist, daß wir uns in Halbherzigkeiten ergehen und uns dann darüber freuen, daß wir dann von den Halbheiten noch halbe Lösungen gefunden haben und wenn wir nicht lernen, davon Abstand zu nehmen, daß wir zu erst die Maßnahme machen und dann die Flankierung. Statt zuerst vorzubereiten, dann dem Bürger die Alternativen mitteilen. Die Alternativen auch zur Möglichkeit stellen und dann die Maßnahme setzen, dann werden wir eine Menge Versuche machen aber auch eine Menge Frust dabei verursachen. Das ist keine Kommunalpolitik, wie sie von uns erwartet wird.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, es ist noch gemeldet, der Dr. Tilman Schwager. Ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT FRANZ
ROHRAUER VERLÄSST UM
18.31 UHR DIE SITZUNG.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, verehrtes Präsidium. Um die letzte Klarheiten zu beseitigen, bzw. Unklarheiten zu beseitigen, habe ich mir erlaubt, im Einvernehmen mit Herrn VBgm. Pfeil, Stadtrat Eichhübl, Frau Bauer und Herrn Götz einen Abänderungsantrag einzubringen, nach § 9 der Geschäftsordnung. Der Abänderungsantrag, ich spare es mir es gesamt zu lesen, lt. im Artikel 2, Abs. 2, w) anders als der vorliegende Antrag "Abstellen von mehrspurigen Fahrzeugen" soll heißen "Abstellen eines mehrspurigen KFZ", ich bitte diesem Antrag, sehr geehrter Herr Bürgermeister allenfalls noch zur Diskussion zu stellen, bzw. zur Abstimmung gelangen zu lassen. Die erforderlichen Unterschriften trägt der Antrag.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Es ist ganz anders.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Die Erklärung, Herr Stadtrat Holub ist ganz einfach die, daß ich schon in meiner ersten Wortmeldung gesagt habe, es gibt zwei Auffassungen zw. subjektbezogen und objektbezogen. In diesem Fall, wenn wir jetzt diese Abänderung vornehmen, wie ich sie hier vorgeschlagen habe, dann gibt es keinerlei Diskussion darüber, ob jetzt mit dieser Ausnahmege-
nehmigung bzw. mit der Bezahlung dieser Gebühr mehrere Fahrzeuge umfaßt werden können. Bescheidemp-
fänger ist immer nur einer, das ist entweder eine juristische Person oder eine natürliche Person, aber Bescheidobjekt soll ein Fahrzeug sein und eben nur ein Fahrzeug. Damit soll dem entgegnet werden was der Herr Fürweger gemeint hat, daß man da nämlich eine Ausuferung von Parkmöglichkeiten hat.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, zum Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Zagler.

STADTRAT
MAG. HELMUT ZAGLER:
Geschätzte Damen und Herren, ich kann mich jetzt kurzfassen, aber ich glaube es ist eine sinnvolle Ergänzung unserer Sache, denn wir wollten, in den Vorgespräche ist das herausgekommen, genau das machen. Nicht, daß einer, der über Fahrzeugflotte verfügt, mit dem Bezahlen von S 8.000,-- seine gesamte Flotte am Ennskai etc.

parken kann. Ich glaube, das ist eine vernünftige Ergänzung, würde aber auch dem Amtsbericht entsprechen. Im Pkt. 4) beim Lösungsvorschlag steht das dabei. Bei bisheriger Vorgangsweise, das Formular, das der Dr. Schmidl gerade dem Str. Tatzreiter gegeben haben, sieht dieses vor, daß genau für ein Fahrzeug die Genehmigung ist. Ich glaube da ist kein großer Fehler passiert, aber es war sinnvoll diese Präzisierung dort aufzunehmen, weil es dem Willen klarer entspricht. Ich würde also auch bitten, diesen Vorschlag vom Dr. Schwager anzunehmen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, es liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Es steht ..., wenn noch jemand reden möchte, dann kann er das natürlich sehr gerne, er möge sich zum Wort melden, zum Pult zu gehen. Herr Kollege Spöck bitte, dann bekommt das wieder eine Struktur, das gefällt mir.

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:

Danke, wertees Präsidium, werte Kollegen des Gemeinderates zum Ersten möchte ich ganz kurz auch noch die Erweiterung der Gebührenzone am Tabor beim Friedhof besprechen. Ich bin der Meinung, daß wirtschaftlich nur dieses Gebiet alleine sicherlich nicht gerechtfertigt ist, es würde nichts bringen, d. h., man müßte das Gebiet ausdehnen, ausdehnen

auf das Wohngebiet und ich glaube, daß ist nicht auch immer in unserem Interesse. Als Lösungsvorschlag könnte ich mir vorstellen, hier eine Kurzparkzone zu machen, damit die Besucher den Friedhof benützen können. Zum vorliegenden Antrag ist mir persönlich nicht ganz klar, ob es bezogen ist auf ein Fahrzeug mit einem bestimmten Kennzeichen, oder auf ein Fahrzeug ohne bestimmtes Kennzeichen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Auf ein Fahrzeug.

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:
Mit einem bestimmten Halter?
Auf ein Fahrzeug mit einem bestimmten Kennzeichen?

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Pro Gewerbebetrieb oder

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:
Pro Gewerbebetrieb darf er ein Fahrzeug parken. Ich glaube, der Kollege Zagler ist anderer Meinung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Ein Fahrzeug, Du hast schon 2 x geredet, es geht nicht mehr öfter. Ich möchte nur sagen, es entspricht dem politischem Willen, den man ursprünglich ja zum Ausdruck gebracht hat, ein Fahrzeug, man wollte nicht

haben, daß einer der sich das leisten kann, 8 oder 16 oder noch mehr Parkplätze hat. Ich verstehe den Antrag als eine Präzisierung, die juristisch wahrscheinlich richtig ist und die in der Debatte jetzt mit eingebracht wurde. Daher wird nachher bei der Abstimmung der Antrag in Form des Abänderungsantrages stehen. Ich möchte nur sagen, diese schwierige Materie bisher meiner Meinung nach haben wir sehr gut gemeistert. Das ist also bei der Bevölkerung überwiegend - glaube ich - eine zustimmende Haltung festzustellen. Wir sollten also vorsichtig sein und nicht selbst hier einen Zwiespalt da erzeugen und wir das so kontroversell diskutieren, daß da möglicherweise daraus wieder ein Mißerfolg wird. Ich glaube, daß ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich gebe schon recht, daß dort und da eine Nachbesserungsbedarf besteht, das war uns klar, und das sollte auch nach eingehender Beratung stattfinden. Dieser Antrag wird eine solche Maßnahme sein, zu der wir uns jetzt entschließen sollten. Ich glaube auch, daß hier sehr wohl nach Meinung von Stickler, der der VBgm. Pfeil beitrifft, das Geld oder die Gebühr ein Steuerungsinstrument sein könnte, aber nicht das einzige. Wir haben andere Kriterien angeführt, wir waren der Meinung, daß der Stadtsenat hier darüber zu befinden hat. So wie wir das bei der

Vorlandbrücke gemacht haben, da haben wir auch diese Kriterien angewendet. Also waren wir auch der Meinung, und das möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, es soll ja nicht so sein, daß nur an einem Platz oder an zwei Plätzen das gestattet ist, sondern wir haben einmal gemeint, etwa 10 % dieser Parkplätze werden vertretbar sein. D. h. aber, daß man natürlich auch hier die Kriterien einsetzen muß und hier schauen muß, daß man nicht diese Vorstellung, die wir ursprünglich gehabt haben, um einen besseren Umsatz von Fahrzeugen zustande zu bringen, auf das muß man aufpassen, daß das nicht zu viele werden, glaube ich. Das war mein Bedenken und daher haben wir gesagt, es soll der Verkehrsplaner dazu ein Gutachten, eine Stellungnahme ausarbeiten und er sagt, es ist möglich, daß wir das tun. Darüber haben wir hier heute zu entscheiden. In diesem Sinne glaube ich, daß der Antrag gut ist und das er auch diesen besonderen Interessen verschiedener Personen, Gewerbetreibenden entgegen kommt und das wir den Stadtplatz damit in Belegung halten, was ja ein wichtiger Hintergrund für uns alle war. In diesem Sinne würde ich nun den Kollegen/Referenten um das Schlußwort bitten.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Es ist wirklich so, meine Herren Bürgermeister, meine Damen und

Herrn des Gemeinderates, daß Parkflächen bzw. Garagen und dgl. viele Probleme aufwerfen, als manchesmal ein sehr soziales Problem, nämlich die Wohnungen. Ich bin schon manchesmal sehr erschüttert über das Denken von einigen, die das hier eher zu einem Thema machen weil es eine Prestigeangelegenheit ist. Ich danke denen, die hier zumindest aufklärend mitgewirkt haben, um was es hier geht und ich darf auch im Zusammenhang mit den Dreien, die sich dafür ausgesprochen haben, nämlich auch der Bewohner. Wir sollten die in diesem Zusammenhang nicht ausschließen und nicht glauben, daß wir bei denen einfach kassieren können in endloser Art und Weise. Wie wollen wir den die Stadt beleben, denn nur mehr Geschäfte hier auf dem Stadtplatz zu haben, oder in dieser Nähe, glaube ich, ist nicht das Ziel. Wir sollten auch die Bewohnerschaft, daß zumindest noch ein paar Lichter leuchten bei den Fenstern, daß das zumindest erkennbar ist. Ich sage das jetzt einmal in aller Deutlichkeit, weil sonst gehen wir andere Wege, denen ich nicht näher treten könnte. Zum Herrn Dr. Pfeil darf ich schon sagen, ich habe manchesmal das Gefühl Herr Dr., daß Sie in bestimmten Dingen, sind Sie mir nicht böse, wenn ich das jetzt sage, ich habe aber wirklich das Gefühl so, es drängt sich - glaube ich - auch für einige auf, daß sie in bestimmten Dingen

manchesmal sozusagen der Neid packt und nicht selber hier Vorschläge machen zu können, um in der Öffentlichkeit hier den einen oder anderen bieten zu können. Ich sage das jetzt einmal, denn wie die Situation aufgetaucht ist, zuerst war nämlich die Frage, ob sie vergeben sollen, dann hat sich aber die Sache herausgestellt, daß es eine Liegenschaftsangelegenheit ist und von dort weg, sind sie nämlich einen anderen Weg gegangen. Ich sage das jetzt einmal in diesem Zusammenhang. Zur Übergangslösung darf ich Ihnen recht geben, ich bin nämlich auch der Auffassung, daß es keine Endlösung ist und daß wir eine Übergangslösung erstellen, die möglicherweise nur für vielleicht für 2,3,4 oder 5 Jahre halten soll. Hoffentlich können wir uns entschließen, hoffentlich haben das Geld dazu, hoffentlich bietet uns sich wer, der uns Stadtplatznahe eine Parkgarage baut. Oder wir selbst in der Lage sind. Vielleicht drängt sich sogar aus dieser Situation die Notwendigkeit und die Entscheidungsfreudigkeit, daß wir zu dem eher schneller und näher kommen werden. Das nur zum einen. Daß wir eine Lösung für ein Jahr, die Bewilligung oder die Genehmigung geben sollten und das über den Stadtsenat vergeben werden sollte, ist glaube ich legitim. 1) Weil sich sehr viel verändert und 2) weil es genau das Gremium ist, wo alle drinnen sitzen und wo hier

keiner glauben kann, daß er überfordert ist bzw. etwas übersehen wird. Ich bin auch froh darüber, daß wir es soweit gebracht haben, daß wir zumindest der Auffassung sind. Auch ich war der Meinung, daß wir das in den Stadtsenat hineingeben. Sonst könnte nämlich der Verdacht auftreten, es war ursprünglich die Geisterphantasie, daß soll der Wohnungsausschuß tun. Das hat mit den Wohnungen nichts zu tun. Ich sage das einmal in aller Deutlichkeit. Abstellflächen von einem Auto hat mit einer Wohnungssache nichts zu tun und auch nichts mit dem Wohnungsausschuß. Ich darf zu diesen Äußerungen und das geht mich in diesem Zusammenhang als Referent für diese Sache nichts an, daß wir die Erweiterung der Kurzparkzone im Bereich Friedhof machen sollten. Dem würde ich auch beipflichten. Ich wäre auch dankbar dafür, wenn wir das machen. Ich darf auch dem Gemeinderat Gollatsch danken, daß er die Pressemeldung mitgenommen hat, die ich auch gelesen habe. Die ist nämlich auch so gestanden, deswegen habe ich es am Anfang gesagt Herr Pfeil. Es wäre schon sinnvoll, wenn Sie sich bei den Zitaten daran erinnern, was Sie auch gesagt haben. Ich darf noch einmal in diesem Zusammenhang bitten, auch dieser Änderung, nämlich das Abstellen eines mehrspurigen KFZ darf ich herzlich danken, das ist die

wichtige oder sinnvolle Ergänzung in diesem Antrag und ich darf jetzt um Ihre Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, es steht der Antrag in der Form des Abänderungsantrages zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand, übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen, ich bedanke mich ganz herzlich. Ich danke dem Kollegen Tatzreiter. Nächster Berichterstatter Herr Stadtrat Zagler.

STADTRAT

MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich bin deshalb nicht gleich gekommen, weil ich heute schon soviel gesprochen habe. Zur Sache und Spaß beiseite. Ich werde also jetzt ein Tempo in die Angelegenheit hineinbringen, ich habe einen ganz kurzen Antrag. Es geht dabei darum, die Reisegebührenverordnung abzuändern, bzw. die abgeänderte Form in Anwendung auf die Stadtgemeinde Steyr und ihre Bedinsteten zu beschließen. Ich darf nur was nicht im Amtsbericht bekannt ist sagen, in Japan bekommen die Bediensteten die von uns dorthingeschickt werden am meisten, nämlich S 903,-- . Vielleicht um Sushi und

Hosamaki zu kaufen. In New York sind es S 900,--, in Bolivien sind es S 366,--, in Ecuador S 366,--. Deutschland, das ist das einzige wichtige Land für uns, es ist mit S 486,-- in dieser Liste. Die wenigen Dienstreisen, die von unseren Bediensteten ins Ausland unternommen wurden, gingen in unser Nachbarland Deutschland hinaus. Dies ist eine übliche Vorgangsweise und ich bitte hier den Beschluß in der vorliegenden Form tätigen zu wollen.

- 22) Präs-563/93
Festsetzung der Reisezulage für Dienstverrichtung im Ausland.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die mit Bundesgesetz in Geltung stehende Verordnung der Bundesregierung über die Festsetzung der Reisezulage für Dienstverrichtungen im Ausland, BGB1. Nr. 483/93, wird mit Wirkung vom 1. Sep. 1993 sinngem. für den Bereich des Magistrates der Stadt Steyr anwendbar erklärt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. S 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHEMAYR:

Danke für den Antrag, wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag. Nicht der Fall. Moment, laß mich einmal schauen, keine

Wortmeldung. Ist jemand gegen den Antrag, oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

MAG. HELMUT ZAGLER:

Darf ich jetzt weiter machen Herr Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHEMAYR:

Ich würde bitten um den Dringlichkeitsantrag Nr. 1.

STADTRAT

MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte hier einen Grundankauf zum Beschlußfassen vorbringen, weil dieser Beschlußantrag, wie es in der Einleitung der heutigen Sitzung gesagt wurde, den Weg über den Finanz- und Rechtsausschuß in den hohen Gemeinderat gefunden hat, es geht darum, eine Teilfläche aus jener Fläche auf der im Augenblick der GFM-Parkplatz untergebracht ist. Also eine asphaltierte Fläche, mit einer anschließenden Grünfläche hier ca. 3.120 m² dieser Grünfläche zu erwerben, zu einem Preis von S 800.--, der durchaus angemessen erscheint. Dieser Preis ist nicht nur angemessen, sondern er zeigt auch ein gewisse Notwendigkeit Richtung GFM und durchaus auch als Wirtschaftsförderung anzusehen. Ich bitte von der Verlesung des Antrages und des Amtsberichtes abstand nehmen zu dürfen und bitte hier

um eine Zustimmung, über den Betrag in der Höhe von S 2,6 Mio., die zwar im Wege einer Kreditüberschreitung zu bezahlen sind, aber trotzdem glaube ich, von hoher Notwendigkeit sind.

Dringlichkeitsantrag 1

ÖAG-168/93

Ankauf eines Teilstückes
der GFM Gesellschaft für
Fertigungstechnik und
Maschinenbau AG;

Der Gemeinderat wolle --
beschließen:

Die GFM Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau AG mit dem Sitz in Steyr, Ennser Straße 14, ist Eigentümerin des Grundstückes 1733, KG Steyr, welches stadtauswärts gesehen links der Ennser Straße im Anschluß an die Schauräume der Firma Impex/Reichenpfader gelegen ist. Diese Liegenschaft wird derzeit von der Gesellschaft teilweise als Parkplatz für die im Betrieb beschäftigten Personen genutzt, der Restteil des Grundstückes stellt sich in der Natur als Wiese dar. Das gesamte Grundstück 1733 weist ein bücherliches Ausmaß von 15.448 m² auf, wovon ca. 12.328 m² als Betriebsbaugebiet und die Restfläche von ungefähr 3.120 m² als Grünland gewidmet sind. Diese als Grünfläche gewidmete Fläche wurde nunmehr seitens der Eigentümerin der Stadt zum Kauf angeboten, wobei der Kaufpreis S 800,--/m² betragen soll. Nach den Vorstellungen der

Stadt könnte der Kaufgegenstand in den nächsten Jahren durch eine entsprechende Umwidmung in Wohnbaugebiet mit Mietwohnungen bebaut werden, sodaß der Ankauf des angebotene Grundstückteiles durchaus empfehlenswert ist. Hinsichtlich des geforderten Kaufpreises ist zu bemerken, daß zwar ein Kaufpreis von S 800/m² zunächst als hoch gegriffen erscheint, es ist jedoch dabei zu bedenken, daß als Bauland bzw. als Betriebsbaugebiet gewidmete Grundflächen im Gebiet nächst der Ennser Straße bereits Preise bis zu S 3.000,--/m² erzielen, sodaß der Betrag von S 800,--/m² als angemessen zu bezeichnen ist. Die Stadt hat die in unmittelbarer Nähe gelegenen Grundflächen der Steyr-Daimler-Puch-AG zur Errichtung einer Verbindungsstraße zw. der Resthofstraße und der Ennser Straße zum Kaufpreis von S 1.500,--/m² erworben, wobei dieser Betrag erst nach langwierigen Verhandlungen seitens der Steyr-Daimler-Puch-AG akzeptiert wurde. Von Bedeutung bei der Festsetzung dieses Preises war, daß die Stadt zum Flächenanteil der Verbindungsstraße auch die gesamten Bauwerke der ehemaligen Hauptreparaturwerkstätte erworben hat, die der Steyr-Daimler-Puch-AG verbleibenden unverbauten Restflächen werden von der Gesellschaft zwar zum Verkauf angeboten, jedoch um einen Betrag, der erheblich über dem von der

Stadt bezahlten Kaufpreis liegt. Weiters wird auf den Ankauf der sogenannten Knogler-Gründe im Jahre 1990 verwiesen, wobei die Stadt ebenfalls als Grünland gewidmete Grünflächen für die spätere Verbauung mit Wohnungen um den Betrag von S 830,--/m² erworben hat. Nicht besonders betont werden muß, daß seither die Grundpreise im Gebiet der Stadt Steyr weiter gestiegen sind, auch ein Vergleich der Lage der Knogler-Gründe mit dem von der GFM angebotenen Grundstücksteil zu Gunsten der nunmehr zum Kauf anstehenden Teilfläche ausfällt, da eine Anbindung an das öffentliche Straßennetz bereits vorhanden ist.

Der von der Stadt zu bezahlende Kaufpreis wird erst nach Vorliegen der noch in Auftrag zu gebenden Vermessungsurkunde genau zu ermitteln sein, er wird sich jedoch in einer Größenordnung von S 2,5 Mio. bewegen. Aufgrund der angespannten Finanzsituation der Verkäuferin müßte sich die Stadt verpflichten, den gesamten Kaufpreis bei Vertragsunterfertigung durch die GFM spesen- und abzugsfrei zur Auszahlung zu bringen. Zuzüglich zum Kaufpreis ist mit einer Grunderwerbssteuer in Höhe von rund S 87.500,-- und einer Eintragungsgebühr von ca. S 25.000,-- zu rechnen, sodaß derzeit um eine Mittelfreigabe von S 2,6 Mio gebeten wird. Abgesehen von den genannten Beträgen hat die Stadt auch die

Kosten der Vermessung zu tragen, die hiefür anfallenden Kosten stehen derzeit nicht fest, sodaß gegebenenfalls ein gesonderter Mittelfreigabeantrag durch die zuständige Fachabteilung erfolgen wird. Um Beschlußfassung im Sinne dieses Antrages wird höflich gebeten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wer wünscht das Wort? Hr. Schloßgangl, Dr. Tilman Schwager.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wie sie alle wissen, befindet sich die GFM zur Zeit in gewissen Liquiditätsschwierigkeiten, daher wurde auch das Ansinnen an den Magistrat bzw. an den Gemeinderat der Stadt Steyr gestellt, einen Teil eines Betriebsgrundstückes zu kaufen, dessen Widmung noch Grünland ist. Wenn man zurückblickt und die jahrelange erfolgreiche Tätigkeit der GFM beurteilt, so müssen wir feststellen, daß diese in diesen abgelaufenen Jahren oder Jahrzehnten beträchtliche Steuermittel für die Stadt Steyr aufgebracht haben. Es ist für meine Begriffe eine selbstverständliche und einmalige Gewerbeförderung, die wir hier der GFM zuteil werden lassen, wenn man bedenkt, daß wir ca. 2,5 Mio, als Gewerbeförderung gewähren und dafür ein Grundstück im selben Wert dafür

erhalten. Also leisten wir keine effektive Zahlung, ich glaube, man kann dieser Gewerbeförderung bzw. diesen Ankauf diesen ca. 3000 m² großen Grundstückes nur aus vollem Herzen zustimmen und ich für meine Fraktion kann nur diese Zustimmung bekräftigen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, sehr. Dr. Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, ich habe schon im Finanz- und Rechtsausschuß für diesen Antrag das Wort ergriffen, nur sehe ich es ganz anders wie der Stadtrat Schloßgangl. Ich sehe alles andere als eine Gewerbeförderung, es ist ein ganz normales Geschäft, der Grund hat seinen Preis von S 800,--/m². Das ist ein guter Mischpreis und in diesem Preis finde ich nicht die Spur einer Förderung, denn schauen Sie doch einmal die Relation an, von 12.330 m² Betriebsbaugebiet und eine kleine Restfläche von 3.120 m² Gründland. Verleichen sie bitte wie die Knogler-Gründe ausgeschaut haben, aber von vielen Jahren, wie wir heute die Wertsicherung beschlossen haben und damals schon S 830,-- bezahlt haben. Eine Förderung sehe ich nicht. Es ist meiner Meinung aus einem anderen Grund sehr positiv zu bewerten, nämlich, daß es der

Stadt gelungen ist ein für die Stadtentwicklung sehr wesentliches Bau- oder sonstiges Entwicklungsland zu erwerben, oder wie man das dann in Zukunft widmet. Ob man das Grünland umwidmet in Gewerbe- oder Betriebsbaugebiet oder auch dieses rückgewidmete Wohnungsgebiet, das ist ohneweiters denkbar. Aber wir sollen die Chance nicht verbauen, daß wir diesen Grund zu diesem, meiner Meinung nach, günstigen Preis kaufen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, noch eine Wortmeldung. Herr Str. Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister ich möchte die Wortmeldung vom Kollegen Dr. Schwager nur so ergänzen, als daß ich in Erinnerung rufen darf, daß wir bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung aus den hier angeführten Gründen selbstverständlich bereit waren, einen gemeinsamen Antrag hier und heute vor diesem Gemeinderat zur Abstimmung zu bringen. Ich habe in dieser Finanz- und Rechtsausschußsitzung ein Bedenken gesagt, daß ich hier wiederholen möchte, da steht im Amtsbericht, daß für diese ca. 3.000 m², die zur Zeit als Grünland gewidmet ist, eine Umwidmung dann erfolgen soll in ein Wohnbau-

gebiet, und da waren meine Bedenken in die Richtung, daß dort wieder eine Vermischung zw. Gewerbegebiet und Wohngebiet entstehen wird. Wir haben ja leider in der Vergangenheit immer wieder, und auch die Zukunft stellt sich so dar, Probleme in Gebieten, wo eben solche Vermischungen stattgefunden haben. Aber ich habe selbstverständlich diesen Grundankauf auch unter diesem Aspekt gesehen, daß die Stadt Steyr ja nahe zu verpflichtet ist, so eine Gelegenheit zu nützen, um Grundstücksreserven in so einem günstigen Gebiet zu erhalten, daher waren wir auch damals mit dabei, bei der Zustimmung, wie die Stadtgründe angekauft wurden, das ist allerdings eine andere Größenordnung und in einem anderen Gebiet, aber der Sinn unserer Zustimmung ist an sich derselbe. Ich darf ebenfalls hier in diesem Gremium betonen, daß ich diesen Ankauf nicht als Gewerbebeförderung gegenüber der GFM betrachte, denn man darf ja nicht eines vergessen. Die verkaufen ja ihr Familiensilber, um entsprechend Rücklagen bzw. Gelder zur Finanzierung der ausscheidenden Arbeitnehmer zu haben. Aber nochmals, unter diesem Aspekt werde ich selbstverständlich diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Herr Stadtrat Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich glaube, daß die Wortmeldung von Herrn Schloßgangl nicht so zu verstehen war, daß er den Ankauf deshalb begrüßt, weil sie eine Gewerbebeförderung darstellt, sondern, daß wir ohnehin alle dasselbe fühlen, daß es einfach ein wesentlicher Ankauf ist um Strukturentwicklungen in der Stadt zu ermöglichen. Ich glaube auch, daß wir uns nicht Wort für Wort an den Text des Amtsberichtes halten sollten, aus dem die Widmung zu Wohnbaugebiet hervorginge, weil man ja noch nicht genau weiß, wie die restlichen Flächen verwendet werden und ob die Nutzer die auch Teile erwerben, auf den anderen Grundstücken dann beabsichtigen dann harmonisch mit Wohnbebauung gleich geht. Ich glaube diese Anmerkung sollte man schon in die grundsätzliche Beschlußfassung des Gemeinderates hinein nehmen können. Daß der Amtsbericht ein Denkanstoß ist aber keine Vorgabe, in welche Widmungsrichtung dieses Grundstück dann entwickeln sollte. Ich glaube aber, daß das wirklich nicht Wort für Wort erst zu nehmen ist, sondern als Beispiel an zu sehen ist.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Schloßgangl die Zweite.

STADTRAT ING. OTHMAR

SCHLOßGANGL:

Ich möchte nur eine kurze Anmerkung zu meine Ausführungen machen. Ich sehe eine indirekte Gewerbeförderung schon darin, nachdem es sich da um Grünland handelt und dieses Gebiet für die Widmung wesentlich höheren Preis gekauft wird. Denn der Grünlandpreis würde sich in etwa einem Wert von ca. 10-15% des tatsächlichen Wertes bewegen. Ich sehe es insofern als indirekte Gewerbeförderung, weil die Stadt sofort bereit ist, dieses Grundstück zu kaufen und damit auch der übrige Kaufabschluß von GFM nicht beeinträchtigt wird und zeitlich nicht behindert wird. Wie immer das Grundstück dann verwendet wird, ob es umgewidmet wird, ob es ein Grüngürtel bleibt zur Abschirmung zu dem Betriebsbaugelände dort, das ist dann eine zweite Sache. Das ist ja nur ein Vorschlag, daß man sich eventuell dort eine spätere Umwidmung in Wohngebiet vorstellen könnte, was aber überhaupt nicht Gegenstand der Diskussion noch eines Beschlusses ist. Sogesehen glaube ich, ist sehr wohl eine indirekte Gewerbeförderung und sehr zu begrüßen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, ich möchte nur sagen, es ist sehr wohl ein gutes Geschäft als auch eine Förderung. Vor allem, wenn man das innerhalb einer Woche macht, normal machen wir so S 2,5 Mio. Grundstücksgeschäfte

nicht so schnell, aber der Direktor Novak, der vorstellig gewesen ist hat gesagt, daß es für sie von großer Bedeutung ist, daß die Stadt das jetzt tut und das sie es schnell tut. Nachdem schnelle Hilfe doppelte Hilfe ist, sehe ich auch diesen Aspekt für uns ein gutes Geschäft aber gleichzeitig auch eine Förderung. Ich würde mich sehr freuen, wenn alle Wirtschaftsförderungen in dieser Weise ablaufen würden, daß man dafür immer ein schönes Grundstück bekommt.
Schlußwort.

STATDTRAT

MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein kurzes Schlußwort, ich wollte also auch den Wert betonen und vor allem darauf hinweisen, die wahre Förderung liegt darin, daß wir der Liquidität der GFM zu Hilfe eilen, obwohl wir selbst nicht gerade in Liquidität schwimmen. Somit wollte ich noch einen Hinweis auf die Finanzsituation machen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, ist jemand gegen den Antrag, oder übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nun gebe ich den Vorsitz ab an den Kollegen Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:
Ich übernehme den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Der Dringlichkeitsantrag Nr. 2, eingebracht von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, sieht nachstehende personelle Veränderungen in den gemeinderätlichen Ausschüssen vor und es wird vorgeschlagen, daß im Finanz- und Rechtsausschuß seitens der ÖVP-Fraktion die Gemeinderäte Klaus Jansky, Franz Strasser und Wilhelm Spöck vertreten sein mögen. Im Kulturausschuß, ich werde das in einem machen, wenn es gestattet ist. Im Kulturausschuß die Kollegen, Engelbert Lengauer, Richard Gollatsch, Klaus Jansky. Im Bauausschuß, Ing. Schloßgangl, Klaus Jansky, Josef Mayr. Im Wohnungsausschuß Engelbert Lengauer, Wilhelm Spöck, Franz Strasser. Im Prüfungsausschuß Richard Gollatsch und Wilhelm Spöck. Im Wohlfahrtsausschuß Franz Strasser, Brigitte Lohnecker, Josef Mayr. Im Ausschuß Schule und Sport, Richard Gollatsch, Engelbert Lengauer, Brigitte Lohnecker. Im Verkehrsausschuß Brigitte Lohnecker, Klaus Jansky, Wilhelm Spöck. Im Umweltausschuß Josef Mayr, Klaus Jansky, Franz Strasser, im Ausschuß für komm. Betriebe und Freizeiteinrichtungen, Josef Mayr, Ing. Schloßgangl, Richard Gollatsch. Am Ausschuß für Angelegenheiten des APT, Josef

Mayr, Engelbert Lengauer, Franz Strasser. Der Antrag ist ausreichend unterstützt, stimmberechtigt sind nur bei dieser Wahl die Mitglieder der ÖVP-Fraktion. Ich bitte den Vorsitzenden darüber zu diskutieren oder abzustimmen.

Dringlichkeitsantrag 2)
Abänderung der Zusammensetzung der
GR-Ausschüsse;

An den Bürgermeister der Stadt Steyr:

Zufolge der personellen Änderung in der ÖVP-Gemeinderatsfraktion ergeht § 7 GÖGR. zur Tagesordnung des Gemeinderates in der Sitzung von 28.10.1993 nachstehender Dringlichkeitsantrag.

Nachstehende personelle Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse wird vorgeschlagen:

Finanz- u. Rechtsausschuß:
Klaus Jansky, Franz Strasser,
Wilhelm Spöck

Kulturausschuß:
Engelbert Lengauer, Richard
Gollatsch, Klaus Jansky

Bauausschuß:
Ing. Schloßgangl, Klaus Jansky,
Josef Mayr

Wohnungsausschuß:
Engelbert Lengauer, Wilhelm
Spöck, Franz Strasser

Prüfungsausschuß:
Richard Gollatsch, Wilhelm
Spöck

Wohlfahrtsausschuß:
Franz Strasser, Brigitte
Lohnecker, Josef Mayr

Ausschuß Schule u. Sport:

Richard Gollatsch, Engelbert
Lengauer, Brigitte Lohnecker
Verkehrsausschuß:
Brigitte Lohnecker, Klaus
Jansky, Wilhelm Spöck
Umweltausschuß:
Josef Mayr, Klaus Jansky, Franz
Strasser
Ausschuß für komm. Betriebe:
Josef Mayr, Ing. Schloßgangl,
Richard Gollatsch
Ausschuß für APT:
Josef Mayr, Engelbert Lengauer,
Franz Strasser. Für die GR-
Fraktion der ÖVP im --
Gemeinderat der Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wenn sich niemand von seiten
der ÖVP meldet, bitte ich um die
Abstimmung. Wenn die ÖVP-
Fraktion den Antrag voll
unterstützt, dann ein Zeichen mit
der Hand.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir stimmen mit.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Brauchst eine Hilfe. Keine Hilfe.
Sehr gut, der Mann.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übergebe den Vorsitz an den
Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme wieder den
Vorsitz. Ich teile mit, daß die
Tagesordnung erschöpft ist und
daß wir heute Kenntnisnahme
von Beschlüssen genommen
haben in Höhe von S 1.089.200,-
- bei den Verhandlungsgegen-
ständen Ausgaben in Höhe von S
29.775.300,-- beschlossen
haben. Ich darf fragen, ob unter
dem Tagesordnungspunkt -
aktuelle Stunde - die SPÖ-
Fraktion ein Thema anschneiden
möchte. Nicht der Fall. Die
FPÖ-Fraktion sehr wohl. Wer
wird das tun, Sie persönlich,
bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr
verehrten Damen und Herren.
Ich möchte kurz auf unser
Vorgespräch vom letzten
Stadtsenat zurückkommen. In
diesem haben wir kurz über
Termine gesprochen, die das
heurige bzw. das nächste Budget
betreffen. Dort sind Worte
gefallen, die ich hier nicht
wiederholen möchte und die
noch unentschuldigt sind. Wo
Sie, Herr Bürgermeister gesagt
haben, unter anderem nicht sehr
passend, aber der Herr Dr. Pfeil
nimmt sich auch etwas heraus,
was ihm nicht zustehen würde.
Ich möchte anfangs darauf
eingehen, daß ich hier einen
Künstler, den wir alle gemeinsam
gefördert haben, nämlich Bertl
Mütter, der sich mit einem
Musikstück für die Förderung

der CD bei den Gemeinderäten, bei den Steyrer bedanken wollte. Das Kulturamt hat das mit seinem Büro abgeklärt, das wurde mir berichtet, eingeladen wurde von Bertl Mütter und ich habe das selbstverständlich gern angenommen und habe das sehr gerne unterstützt. Es haben von der SPÖ nicht sehr viel teilgenommen, ich glaube, sie sind gerade von Krems zurückgekommen und ihr Bedarf an Wein war vielleicht noch nicht zu viel, wir haben dann ein Glas Wein getrunken und ein Stück Brot dazu gegessen und haben den Klängen von Bertl Mütter gelauscht. Der oder die, die dabei waren, haben es genossen. Aber Herr Bürgermeister, weil sie so darauf bestehen, daß man sich nicht in Ihr Geschäft einmischt, ich möchte jetzt ein Beispiel bringen, wo sie sich massiv in andere Ressorts einmischen und wo sie Versprechungen bzw. Ausmachungen ihrer Fraktion nicht einhalten. Wir haben damals im Dezember 1992 ein Protokoll unterzeichnet, für die Zustimmung für das Budget 1993. Ich möchte nur zwei von den nicht eingehaltenen Punkten ansprechen. Wir warten bis heute auf das Konzept für eine mittelfristige Finanzplanung. Es wurde hier mit Unterschrift besiegelt, daß bis spätestens zu der letzten Stadtsenatssitzung des 1. Halbjahres 1993. Vorgelegt ist dieser Wunschkatalog mit einer halben Milliarde nicht finanzierbarem

Abgang im September. Seit diesem Zeitpunkt hat man davon wieder nichts gehört. Auch für dieses Konzept haben wir keine Besprechung gehabt. Nun zu einem anderen Punkt zum Punkt 1.1 d), den wir damals ausgehandelt haben, für Ankäufe von Kunstgegenständen Steyrer Künstler an Stelle von S 150.000,-- bei VAST.: 1/3600/043000.1 S 250.000,-- . Wir haben uns ausgemacht, daß diese Vergabe natürlich auch dem Kulturbeirat dem Stadtsenat vorbehalten bleiben soll. So soll es auch sein, daß man kulturelle Dinge jetzt nicht als Person X oder als Tierarzt entscheiden soll, sondern ich möchte mich auf die Fachgremien berufen können. Jetzt haben wir im Kulturbeirat, wo übrigens die SPÖ scheint es mir nur mehr Beobachter ist, also sie fallen praktisch überhaupt nicht mehr auf. Bei der letzten Sitzung war nur mehr einer da. Ich weiß nicht warum, aber es wird der Ausschuß nicht mehr besucht. Jetzt wo wir beraten wollten, welche Kunstgegenstände angekauft werden sollten, für den Fundus einer eigenen Stadtgalerie. Hier sollen Steyrer Künstler gefördert werden, und im Kulturausschuß sollen Schwerpunkte gesetzt werden in Richtung der bildnerischen Kunst, wo wir in Steyr ja sehr viel vor zu weisen haben. Die Musik ist in Steyr ja an zweiter Stelle, wir nehmen das aber zur Kenntnis und wir freuen uns darüber, daß diese

Entscheidungen getroffen worden sind. Wir haben eben auf diesem Konto S 250.000,-- zu vergeben. Wir haben, so war ich der Meinung, ein Bild bis jetzt gekauft, das durch die Gremien gegangen ist, daß ist das Bild vom Herrn Ebenhofer, ein Doppelfoto um S 36.000,--. Also sollten auf diesem Konto, die Kontobezeichnung ist Heimatmuseum und Betriebsausstattung, aber noch einmal ich lasse nicht gelten, wir haben wörtlich gesagt, für Ankäufe von Kunstgegenständen von Steyrer Künstlern. Jetzt muß dort bei dieser Beiratssitzung zur Kenntnis, daß von diesen S 250.000,-- bereits schon S 232.128,21 verbraucht sind. Jetzt habe ich mir einen Kontoauszug von diesem Konto ausdrucken lassen und mit großer Erstaunung mußte ich zur Kenntnis nehmen, daß hier schon Ausgaben sind, die man im Kulturbeirat bzw. -ausschuß oder Stadtsenat besprechen hätte müssen. Ich darf hier einige Dinge noch anführen, z. B. Strahler, Fa. Mitterhuemer; Schaukästen, Fa. Form & Farbe; ein Schrank ist hier auch dabei. Ich habe das absichtlich gesagt, ich habe auf deinen Zwischenruf gewartet, danke. Ich habe den Schrank nicht gekauft, denn es ist kein Kunstgegenstand. Es wurde ein Kopiergerät angekauft, ein Kopiergerät angeblich für das Heimathaus, ich habe kein Verständnis, auch für meinen eigenen Bereich nicht. Es wurde auch mit mir darüber nie

gesprochen, daß das Heimathaus ein Kopiergerät benötigt, dafür habe kein Verständnis. Hier könnte man Inventarien sparen, hier könnte man den Sparhebel ansetzen. Jetzt kommen wir zu den Kunstgegenständen, die hier angekauft worden sind. Es ist hier, wie schon gesagt, ein Bild angekauft worden von Herrn Ebenhofer. Dieser Kauf ist mir bekannt, aber nicht bekannt ist, daß aus diesem Konto auch andere Bilder angekauft wurden. Zwei Bilder, hier steht: Wallner Foto-Steyr; S 8.500,-- und S 27.280,--. Wenn das die beiden Bilder sind, die sie und ihr Sekretär im Büro hängen haben, dann bitte ich Sie, Herr Bürgermeister, so etwas nicht aus diesem Konto zu bezahlen. Wenn das Kunst ist, wenn eine nackte Frau mit Zylinder am Stadtplatz sitzt, dann möchte ich das im Kulturbeirat besprochen und beschlossen haben und nicht im Alleingang. Es sind auch Bilder angekauft worden; Wolfram, dieses ist mir vollkommen unbekannt, aber irgendwer muß es ja gekauft haben. Hier steht auch Lions-Club-Bild S 10.000,--, dieses ist mir auch unbekannt. Ich bitte Herr Bürgermeister, dazu Aufklärung zu leisten, ich bitte auch, daß Vereinbarungen, die wir mit der SPÖ beschlossen haben (im Dezember 92), eingehalten werden, und daß insbesondere im Kulturbereich die Verantwortlichen und die Ausschüsse, sie legen ja soviel Wert darauf, daß alles in die

Ausschüssen besprochen wird, daß das in den Ausschüssen tatsächlich passiert. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe den Vorsitz kurz ab. Ich möchte ein paar Erklärungen versuchen, meine Damen und Herren.

Ich kann mich jetzt nicht genau an dieses Protokoll, auf das Sie Bezug nehmen - offenbar auf Budgetverhandlungen - erinnern, aber wenn Sie es so sagen, wird es so sein. Ich möchte nichts anderes unterstellen. Richtig ist natürlich eines: Wenn es sich um Beträge handelt, die über die Größenordnung hinausgehen, die ein Stadtsenatsmitglied oder ein Bürgermeister ausgeben kann, dann sollte das in den Stadtsenat kommen. Das vertrete ich uneingeschränkt. Ich bin ein wenig überrascht, daß hier dieses eine Photo, das bei mir im Büro hängt, so teuer geworden ist. Diese Größenordnung hat mir niemand gesagt, wahrscheinlich ist der Rahmen auch noch dazugekommen. Es ist so, daß bei einer Ausstellung, die von der Gemeinde, Bürgermeister, Bürgermeisterkonferenz oder so hat das organisiert in St. Ulrich, daß dort Künstler aufgetreten sind, Ausstellungen stattgefunden haben, von einem sehr renommierten Photographen, Herrn Wallner, der sehr bekannt ist. Dort waren alle Bürgermeister und ich bin damit konfrontiert worden, daß ein

Bild vom Steyrer Stadtplatz - über Kunst kann man ja bekanntlich streiten - vorhanden war, daß natürlich gekauft werden sollte. Ich habe mich dort entschlossen, dieses Bild zu kaufen. Eine Vorgangsweise, die an sich üblich ist. Es hat aber unter S 10.000,- gekostet. In jedem Fall habe ich natürlich nicht die Möglichkeit, die entsprechenden Rücksprachen zu halten, ich habe das so gemacht und dazu stehe ich auch. Als wir das Bild abgeholt haben, war dieses interessante, gleich große Bild - übrigens ca. 1,20 m x 80 cm, etwa in dieser Größenordnung, Preis ca. 5000,- Schilling - von dem Kind und der Totenmaske, vor dem Urgestein photographiert. Ich glaube, bei den Umbal-Fällen, sie haben das ja in meinem Büro festgestellt. Das ist ein Ersatz für ein historisches Bild, daß ein wenig märchenhaft gewesen ist und eigentlich die Stadt nicht sehr gut getroffen hat. Das haben wir auch angekauft, aber die Vergrößerung war natürlich nicht eingeplant und die war offensichtlich wesentlich teurer, als man sich das gemeinhin vorstellt. Die Vergrößerung war offensichtlich teurer, als das Bild selbst und wenn diese Größenordnung entstanden ist, wie Sie sagen, muß das natürlich im Stadtsenat abgeseget werden. Da pflichte ich Ihnen bei. Insofern ist Ihre Kritik berechtigt und es freut mich, daß Sie das ansprechen. Das hätten Sie allerdings früher und

schneller machen können, dann hätten wir schon den Amtsantrag in den Stadtsenat bringen können, aber das war ja wohl nicht Ihre Absicht, daher haben Sie es heute und hier gesagt. Man kann das natürlich auch so machen. Nichts dagegen einzuwenden und es ist auch gerechtfertigt. Die andere Geschichte, die Sie angesprochen haben, ist Vorgespräch vor dem Stadtsenat. Es ist so, daß der Bertl Mütter nicht in den Festsaal des Rathauses einladen kann. Wenn Sie das auch gerne möchten. Es kann nämlich nur der Bürgermeister in den Festsaal des Rathauses einladen. Da ändert sich auch dadurch nichts, daß die FPÖ-Fraktion jetzt 25 % der Mandate hat. Und mit meinem Büro ist nicht abgesprochen worden, das kann ich Ihnen versichern. Nachdem es so ist, daß ich ressortzuständig für Öffentlichkeitsarbeit bin - ich bin da sowieso nicht sehr empfindlich - möchte ich schon sehr bitten, daß man da gewisse Grundregeln beherzigt. Wenn jemand in den Festsaal zu einem Empfang oder zu einer sonstigen Veranstaltung einlädt, dann ist das der Bürgermeister. Man kann natürlich über alles reden und man wird sicher einen Weg finden. Aber so geht es noch nicht, daß Sie glauben, daß Sie mit dem Bertl Mütter irgendein Arrangement treffen. Ich schätze den Künstler sehr. Aber deswegen kann er noch lange nicht in den Festsaal einladen.

Ich habe, weil ich einige Tage vorher darüber informiert worden bin, daß das stattfindet, nichts getan und habe meine Toleranz walten lassen, weil ich dem Künstler, den ich sehr schätze - wir haben ja alle gemeinsam eine Unterstützung für ihn beschlossen - eine laufende Veranstaltung nicht in irgendeiner Weise einschränken wollte. Aber für die Zukunft - und deswegen habe ich Ihnen das persönlich gesagt - möchte ich schon bitten, daß Sie die Regeln und Formen ein wenig einhalten. Im Prinzip bin ich dafür, Vereinbarungen einzuhalten. Ich bin auch überrascht, daß hier so ein großer Betrag verbraucht worden ist. Es ist allerdings so, daß es der Brauch ist, bei vielen Ausstellungen und Eröffnungen den Künstler auch ein wenig zu unterstützen und Bilder anzukaufen. Aber bei großen Bildern bin ich wirklich der Meinung, daß die hier entsprechend beraten werden sollten, ob man sie ankauft. Ich bin auch dafür, daß man in erster Linie Steyrer Künstler unterstützen sollte, aber Bilder, die gekauft wurden, die waren in der Größenordnung - soweit ich das kenne, ich war vielleicht einmal oder zweimal dabei, da waren auch Mitarbeiter unseres Kulturausschusses dabei - von ca. 2.000,- bis 3.000,- Schilling. Eines ist jetzt im Haus, ich habe gehört, es wurde jetzt Herr Anzinger eingeladen, ein Angebot zu machen. Das hat mir Frau Pohlhammer nähergebracht.

Es ist auch Herr Mostböck mit einer Sammlung im Haus und ich würde wirklich einladen, das ist die Absicht, daß man einmal als Stadtsenat uns anschauen, was wir dazu sagen. Das Beschlußgremium ist ja immer noch der Stadtsenat in dieser Größenordnung. Darauf lege ich schon Wert. Es kann natürlich durchaus sein, daß der Kulturbeirat Vorstellungen hat, die kann er auch bringen, die haben einen empfehlenden Charakter für uns, aber beschlossen sollte im Stadtsenat werden. Ich persönlich bin dafür, daß man sich über solche Vorgangsweisen auch unterhält. Und jeder soll sich im Rahmen seiner Möglichkeiten, seiner Funktion und der Kompetenzen, die aufgrund des Stadtsenates vorgegeben sind, verhalten. Das trifft natürlich genauso auf mich zu und es wird sicherlich notwendig sein, daß man, wenn diese Kostenüberschreitung stattgefunden hat, in diesem einen Fall - wie sich das genau zusammensetzt, weiß ich im Detail nicht - dann wird das auch im Stadtsenat zu beschließen sein.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Der § 11 des Stadtstatutes besagt, daß zur aktuellen Stunde von jeder Fraktion ein Vertreter und einer, dessen Geschäftsbereich berührt wird, das Wort hat. Und beides deckt jetzt Stadtrat Zagler für die SPÖ ab.

STADRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Geschätze Damen und Herren, liebe Herren Bürgermeister, lieber Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Zunächst zur Einleitung für jene, die das nicht erkannt haben, wer hier vor der Stadtsenatssitzung böse Worte sprach, das war ich. Ich gebe diese "Bekennermeldung" ab und gebe auch zu, daß vielleicht eine gewisse Geschmacklosigkeit vorhanden war, die aus einer Erregtheit entstanden ist, die ich gerne deslangen und desbreiten erklären würde. Ich dachte, daß Du diese, in meiner Erregung geäußerte Tätigkeit, die Dich nicht persönlich betroffen hat, sondern nur einen Stil charakterisiert hätte, für den ich unter Umständen auch den Wahrheitsbeweis antreten würde, verziehen hättest. Nur Du hast damals nein gesagt, Du nimmst an der Sitzung nicht teil, bevor das nicht geklärt ist. Du warst bei drei Antragspunkten nicht dabei, bis dann zu Deinem Antrag geholt worden, bist dann um 12.36 Uhr groß- und kommentarlos wieder aus dem Stadtsenatssitzungssaal hinausgegangen, also das ist auch nicht ganz die feine Art.

VIEZBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mich beim Bürgermeister verabschiedet und mich entschuldigt. Das wird er auch bestätigen. Ich möchte, daß Du mitschreibst. Weil Du bist der, der am meisten weggeht.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Ich glaube, über das brauchen wir auch nicht streiten. Es ist nämlich leider ohnehin eine Tatsache, daß Steyr wie ein Bergbauerndorf regiert wird, oder wie eine mittel-amerikanische Bananenrepublik. Wenn sich eine Stadt wie Steyr, mit einem Milliardenbudget, mit über 1000 Beamten, nur einen vollbezahlten Politiker, nämlich den Bürgermeister leisten kann und will, und als Vizebürgermeister jemand fungieren muß - als geschäftsführender und stellvertretender Bürgermeister -, der entweder in Pension oder arbeitslos ist, oder Hausfrau, weil er über ein Zeitbudget verfügt, das es überhaupt ermöglicht, eine solche Arbeit zu tätigen, wenn ein zweiter Vizebürgermeister da ist, der eine Tierklinik leiten muß, wenn Stadtsenatsmitglieder da sind, die in ihrer beruflichen Tätigkeit bis zum Hals in Arbeit stecken, dann ist das vielleicht auch ein Systemfehler und kein Fehler der handelnden Personen. Ich bin zumindest ein Stadtrat mit Terminkalender, Du bist ein Vizebürgermeister ohne Terminkalender, denn es war nicht möglich - und ich komme schon wieder zurück auf unsere Budgettermine - daß Du einen Termin bestätigen konntest. Du hast immer gesagt, Du hättest keinen Terminkalender dabei, egal ob das in der Ordination oder heute ist. Vielleicht sieht es wirklich blöd aus, wenn man

so ein Buch herumträgt, aber ich bin in der Lage, über Termine zu diskutieren, Termine einzutragen und auch einzuhalten. Du bist auch - und das ist ein Vorwurf, den ich hier erheben muß - nicht nur ein Vizebürgermeister ohne Terminkalender, sondern auch ein Kulturreferent ohne Kulturkonzept. Höchstens Du bist der Meinung, das Kulturkonzept, daß Dir der Herr Dr. Grohs einmal übermittelt hat, wäre das gemeinderätliche Kulturkonzept. Ich glaube aber, da sind wir etwas weit entfernt. Und ich muß noch etwas dazusagen, obwohl wir das in einer Vorbesprechung zum kommenden Budget besprochen haben, gerade diesen Ansatzposten, bei dem es sich um Betriebsausstattung handelt, mit der Anordnungsbefugnis 1 - Frau Kollegin Lohnecker, wenn ich das jetzt sage, dann nicht weil Sie neu sind, sondern auch um aufklärend zu wirken -. Was heißt das: Das Budget ist in allen Positionen versehen mit einer Anordnungsbefugnis. Es gibt eine Anordnungsbefugnis 0, eine Anordnungsbefugnis 1, und eine Anordnungsbefugnis 2. Dort, wo die Befugnis 2 ist, heißt das, ein Kollegialorgan muß über diesen Betrag verfügen. Sprich, entweder der Stadtsenat - das ist von einer Betragsgrenze abhängig - oder der hohe Gemeinderat. Bei Anordnungsbefugnis 0 und 1 ist das auf die Sachbearbeiter bzw. Geschäftsbereichsleiter und Fachabteilungsleiter hinunterge-

gangen. Wenn jetzt beispielsweise Dr. Lutz - oder wer auch immer - intern den Auftrag gegeben hat, für die Damen, die im Bummerlhaus oder im Schloßmuseum die Aufsichtsdienste verrichten, einen Strahler zu kaufen, dann muß er das beispielsweise auch von irgendwo machen, damit die zumindest im Winter keine kalten Waden bekommen. Sie bekommen eine "fürstliche" Entlohnung dafür, S 60,- pro Stunde während der Woche, allerdings brutto, also ohne die Abzüge, und am Sonntag die "riesige" Gratifikation von S 70,- pro Stunde, nur um das zu erhellen. Daher ist hier ein Handlungsbedarf aus dem Kulturamt gegeben. Und das ist vielleicht auch die Tatsache - und ich komme zurück auf das Bergbauerndorf Steyr - daß wir eben nicht die Chance haben, uns so viel mit den internen Abläufen zu beschäftigen, daß wir alles, was in der eigenen Abteilung läuft und durchgeführt wird, kennen. Das möchte ich sagen. Zu den Budgetverhandlungen aus dem vorigen Jahr mit Dir bzw. mit Deiner Fraktion: Wir haben verhandelt, mein Spruch, den Dr. Tilman Schwager hier herinnen eingeführt hat, gilt: Pacta servanda sunt, das was dort geschrieben wird, wird klarerweise auch erfüllt. Aber man kann von uns nicht verlangen, daß wir immer die treibende Kraft sind, hier etwas zu tun. Wenn der Wunsch hier so ausgebreitet war, dann müßte man auch in der Real-

sierung einen Schritt weitergehen. Es war eine sehr teure Zustimmung, die wir damals gegeben haben, das sei auch noch dazugesagt, vor allem, wenn man die Kulturausgaben in Relation zur Entwicklung anderer Ausgaben der Stadt sieht. Wenn natürlich ein Kulturausschuß oder Kulturreferent der Meinung ist, das ist zuwenig, weil er zuwenig Spielraum hätte, sich zu bewegen, kommt mein Ruf als Finanzreferent zurück, daß ich sage: Bitte ein anderes Konzept, sparen wir uns 10 Mio Schilling für das Linzer Landestheater an Verlustabgang, machen wir alternative Kultur, machen wir etwas anderes, lege bitte ein Konzept diesbezüglich vor. Aber dem Bürgermeister oder dem Finanzreferenten einen Vorwurf zu machen, er hielte Versprechungen nicht ein, oder er hielte Dinge nicht ein, die im Budget festgeschrieben sind, wenn das Dein Spitzenbeamter in seiner Anordnungsbefugnis macht und daß das Bürgermeistereibüro renoviert worden ist glaube ich, ist ja keinem verborgen geblieben - daß auch dort über die Betriebsausstattung und Geschäftsausstattung Einrichtungen fällig sind, dann ist das so zu sehen. Ich bin nicht der Moralapostel dafür, ich kann nur sagen, wie die finanzielle Vorgangsweise gegeben ist. Bitte das als Auskunft zu verstehen, ohne weiter hier von mir eine Alterierung zu erwarten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nun sind die anderen Fraktionen aufgerufen, die ÖVP ist am Wort.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Erwarten Sie von mir jetzt nicht ein weiteres Vorwürfespiel. Ich möchte Ihnen meine Gedanken in 4 Punkten darlegen. Fürs erste möchte ich sagen: Ich möchte nicht die Kompetenzen des Bürgermeisters in unserer Stadt angreifen. Was ihm vom Statut zusteht, soll ihm zustehen. Zweitens aber meine ich - und so haben wir es heute schon einmal gesagt - gemeinsames Arbeiten für wichtige Ziele der Stadt ist dringend notwendig. Nun meine ich, daß Kultur und der Kulturbereich unserer Stadt sehr wohl ein sehr wichtiges Ziel sind und daher bitte ich wirklich und ersuche höflichst und mahne dringlichst ein, hier eine Zusammenarbeit zu finden. Fürs dritte meine ich, daß es nicht stimmt, daß wir kein Kulturkonzept haben. Es stimmt sicherlich nicht, denn wir haben uns im Kulturausschuß sehr wohl mit vielen Belangen der Kultur beschäftigt. Mit den schwierigen Belangen der Kultur beschäftigt, mit den geringen Mitteln, die uns zustehen, wirklich Leistungen für die Stadt Steyr zu erbringen. Wir haben auch versucht, trotz dieser festge-

legten Abgaben, die uns ja fast das Kulturbudget abschnüren, für Kultur etwas zu tun. Ich meine also, hier haben wir sehr wohl viel beraten und viel überlegt. Und jetzt bin ich beim vierten Punkt und da meine ich, hier liegt das Grundübel unserer Kulturarbeit und auch das Auseinandergehen in den Ansichten. Ich glaube, das Grundübel liegt dort, daß man am Beginn dieser Funktionsperiode unseren Kulturbereich geteilt hat, indem man einen Kulturvorsitzenden gemacht hat und dann ihm einen Kulturreferenten gemacht hat und einen anderen Vorsitzenden im Kulturausschuß. Und darin - meine ich - liegt das Übel, denn dort scheint mir der Widerspruch hervorgerufen zu werden. Ich meine, hier liegt das Grundübel und damit ist unsere Kulturarbeit so schwierig geworden. Ich meine also noch einmal: Kulturarbeit für unsere Stadt ist eine ganz wichtige Arbeit. Ich glaube, wir müssen gemeinsam für unsere Stadt hier in der Kultur arbeiten, denn Nachholbedarf haben wir sehr viel. Und bei der Budgetlage ist es auch nicht leicht. Bitte also noch einmal: Sehen wir hier doch das Gemeinsame in unserer Arbeit zum Wohle unserer Stadt. Kultur in der Stadt liegt vielleicht auch hier.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Die GAL bitte. Meldet sich nicht dazu.

Dann ist dieser Tagesordnungspunkt beendet. Ich frage die ÖVP, haben Sie Beiträge zur aktuellen Stunde? Die GAL. Bitte, Sie sind am Wort.

GR. KURT APFELTHALER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren im Gemeinderat. Am 9. November begehen wir den 55. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht. Vor 55 Jahren wurden an diesem Tag viele Synagogen angezündet und zerstört und viele Juden gedemüdiget und verhaftet oder umgebracht. Und auch in Steyr wurde so gegen die Juden vorgegangen. Viele von Ihnen kamen ins Gefängnis, Wohnungen wurden demoliert, Geschäfte beschmiert. Und jetzt - nach 55 Jahren - kommen ehemalige jüdische Mitbürger auf Einladung in ihre alte Heimatstadt zurück und es wird am Dienstag, den 9. November, um 18.00 Uhr eine Gedenkfeier am jüdischen Friedhof abgehalten. Ich möchte Sie nun in aller Form bitten und einladen, an dieser Feierlichkeit teilzunehmen, um auch seitens der Politiker in dieser Stadt ein positives Zeichen zu setzen, um auch zu sagen, wir Steyrer und Vertreter aller politischen Parteien heißen euch in eurer ehemaligen Heimatstadt willkommen, als Beweis dafür, daß Steyr sich auf der Basis von Humanität und Demokratie verändert hat. Nochmals meine

herzliche Einladung, am Dienstag, den 9. November, um 18.00 Uhr am jüdischen Friedhof an der Gedenkfeier teilzunehmen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer von den anderen Fraktionen will zu dieser Einladung das Wort ergreifen. Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann dazu nur sagen, daß auch ein Empfang dieser letzten noch lebenden Juden hier stattfinden wird. Ich habe die Herrschaften eingeladen.

VIEZBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch ein weiteres Wort dazu? Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das kann ich sicher auch gleich von meinem Platz hier aus machen. Diese Gedenkstunde am jüdischen Friedhof würde es sich verdienen, daß die bewußten Menschen in unserer Stadt hier den Verfehlungen der Vergangenheit gedenken. Es wird für den einen oder anderen aus unserer Fraktion schwierig sein, dort hinzukommen, weil das nämlich eine terminisierter Fraktionsroutinetermin ist, der

nicht so leicht verschoben werden kann. Das wollte ich nur noch sagen. Es handelt sich nicht um ein Mißachten der später Geborenen vor den unseligen Taten der Vergangenheit, sondern daß es tatsächlich terminliche Notwendigkeit ist, wenn nicht die ganze ÖVP-Mannschaft dort antritt. Im übrigen liegt mir sehr an der Feststellung, daß wir als Menschen unserer Zeit uns nicht zu entschuldigen haben, daß wir aber sehr viel zu bedenken haben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung mehr zu diesem Thema? Gibt es noch ein Thema, das angeschnitten werden sollte. Wir könnten natürlich eine Stunde diskutierten, eine Stunde. Wir könnten wieder von vorne anfangen. Aktuelle eine Stunde. Aber nachdem keine weiteren Themen mehr angesprochen wurden, danke ich für das Erscheinen, die Diskussionsbeiträge und schließe die heutige Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 20.06
UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

Gabriele Angerbauer e.h.

Andrea Garstenauer e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Anna Jeloucan e.h.

Richard Gollatsch e.h.